1. Juni — internationaler Kindertag

1 H 3752 CX

Seite 11

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 2. Juni 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

Argentinien '78

Fußball — Ja! Militärdiktatur — Nein!

In dieser Woche hat in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft begonnen. Millionen Fußballfreunde in allen Erdteilen haben schon lange auf diesen Augenblick gewartet und werden den ganzen Juni über die Spiele verfolgen. Aber eines wird sich dann auch durch die geschickteste Fernsehregie nicht verbergen lassen: daß vor und in den Stadien Tausende von schwerbewaffneten Militärs aufgezogen sind, daß über diesem Land, in dem die Spiele ausgerichtet werden, ein schwerer, lähmender Schatten liegt, der blutige Griff einer faschistischen Militärdiktatur.

Zehntausende von Werktätigen, die eingekerkert oder einfach spurlos verschwunden sind, Tausende hingemordet, alle vom Volk erkämpften Rechte abgeschafft — das ist die Terror-Bilanz der neuen Herren Argentiniens, die vor zwei Jahren in einem Militärputsch die Macht an sich rissen. Und offen bekennen sie, daß die WM ihnen eine willkommene Gelegenheit ist, um ihre blutige Fratze durch heitere Spiele zu maskieren. Argentina 78 in der Nachfolge von Hitlers Olympiade 36.

Unter den Fußball-Anhängern auch in unserem Land wächst die Kritik und die Empörung über dieses schmutzige Spiel. Weltmeisterschaft ja — aber nicht als Kulisse für die faschistischen Generäle. Immer lauter wird von den Offiziellen des Deutschen Fußballbundes gefordert, daß sie unmißverständlich Stellung nehmen gegen die Diktatur der Generäle. Aber diese Herren denken nicht daran. Im Gegenteil. Nach dem Putsch freute sich DFB-Boß Neuberger: „Wir haben Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen".

Ähnlich freundliche Worte für die Faschisten fanden auch andere Funktionäre des DFB, die jetzt mit Vertretern des Bonner Staates Seite an Seite mit den faschistischen Generälen auf den Ehrentribünen in Buenos Aires oder Cordoba sitzen werden. Trotzdem werden uns diese Herren nicht den Blick auf das wirkliche Argentinien, die faschistische Diktatur und den heldenhaften Kampf der Werktätigen verstellen können. **Wenn jetzt die Augen von Millionen auf Argentinien gerichtet sind, dann heißt das auch: überall auf der Welt ist die WM den Arbeitern ein besonderer Anlaß, gerade in diesen Tagen die internationale Solidarität mit den kämpfenden argentinischen Klassenbrüdern zu bekunden.** (Siehe Seite 12/13)

„Front gegen Reaktion und Faschismus"

Aktion gegen NPD-Wahlkundgebung

In Delmenhorst plante die NPD eine Wahlkundgebung. Die „Front gegen Reaktion und Faschismus" hat gegen dieses Treffen mobilisiert. Sie verteilte Flugblätter. Außerdem prangerte sie mit einem Transparent und der plastischen Nachbildung eines KZ-Häftlings auf einer Bahre die Nazi-Verbrechen an. Als die NPD-Faschisten auf dem Marktplatz auftauchten, standen sie einer empörten Menge von Antifaschisten gegenüber. Es flogen Farbbeutel.

Fünf Hundertschaften der Polizei schützten die Handvoll Faschisten. Sie nahmen einen Antifaschisten fest. Darauf bildete sich eine spontane Demonstration von 200 Antifaschisten, geführt von der „Front" und einer Delmenhorster Antifaschistischen Initiative. Um 14 Uhr mußte die Polizei den Verhafteten freilassen.

Während der antifaschistischen Kundgebung und der Agitation der Antifaschisten auf dem Marktplatz flog ein Polizeihubschrauber so provokativ dicht über der Menge, daß an den Marktständen die Schirme wegflogen. Das provokative Auftreten der NPD-Faschisten, wie auch der 500-Mann-starke Einsatz der Polizei, hat Vielen die Augen über die Faschisierung dieses Bonner Staates geöffnet.

Zeche „Waltrop" wird stillgelegt

Vor einigen Wochen wurde der Ruhrkohle AG von der Bundesregierung sowie vom Land Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre weitere Milliarden DM als Subventionen bewilligt. Zuvor hatten die RAG-Bosse gedroht, falls diese Gelder nicht bewilligt würden, sei mit der Stillegung von vier Zechen zu rechnen. Vor kurzem nun — die Entscheidung über das neue Milliardengeschenk an die Zechenherren war gerade erst gefallen — kündigte die Ruhrkohle AG an: Die Schachtanlage „Waltrop" im Raum Dortmund wird im ersten Halbjahr 1979 stillgelegt. Begründung: Geologische Störungen in den Lagerstätten machten die weitere Förderung unrentabel.

Wie es heißt, „ist die Bergwerks AG Westfalen bemüht", den von der Zechenstillegung betroffenen Kumpels „möglichst" einen Arbeitsplatz innerhalb des Bergwerks „Minister Achenbach/Waltrop" oder auf einer der benachbarten Anlagen anzubieten. Im Klartext: Ein Teil der Kumpels soll auf die Straße gesetzt werden. Andere sollen lange Anfahrtswege und womöglich auch schlechtere Bezahlung in Kauf nehmen. Insgesamt sind 1.600 Belegschaftsmitglieder betroffen. Ihre Arbeitsplätze werden durch die Stillegung vernichtet, auch wenn ein Teil von ihnen zunächst noch woanders unterkommt.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hatte im Zusammenhang mit der Bewilligung der Subventionen an die Zechenkapitalisten erklärt, auch weiterhin seien „Stillegungen aus Gründen der Rentabilität" nicht auszuschließen, man dürfe der „Gesundung" des Ruhrbergbaus nichts in den Weg legen. Jetzt ist schon wieder die Rede von vier Zechen, die unrentabel seien, bzw. zu werden drohten. Die Stillegung der Schachtanlage „Waltrop" ist also, wie befürchtet werden muß, nur der erste Schlag bei einer neuen Stillegungswelle.

Wußten Sie schon..?

...daß allein in der Metallverarbeitenden Industrie in den letzten drei Jahren 64.000 Angestellten-Arbeitsplätze vernichtet wurden? Durch die Einführung von Kleincomputer-gesteuerten Geräten soll die Rationalisierung im Büro- und Verwaltungsbereich in den nächsten Jahren sogar noch sprunghaft verschärft werden. Nach Schätzungen eines schweizerischen Prognosen-Instituts werden in der Bundesrepublik im Zuge der Umstellung auf elektronische Steuer- und Regeltechnik bis zum Jahre 1985 3,7 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Die Angestellten werden einen Großteil der Rationalisierungsopfer ausmachen.

...daß die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst seit Juni letzten Jahres um 27.000 zurückgegangen ist? Am stärksten rationalisierte der Staat bei der Bundesbahn, wo im vergangenen Zeitraum 20.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden.

DGB-Kongreß auf Abwegen?

Delegierte zurückgepfiffen



Parole auf einer Demonstration der Revolutionären-Gewerkschafts-Opposition

„Betriebsunfall" beim DGB-Kongreß. War an dem einen Tag mit großer Mehrheit ein Beschluß gefaßt worden, der die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen forderte, so wurde derselbe Beschluß am Tag darauf wieder für nichtig erklärt — ebenfalls mit großer Mehrheit.

Die Oberbonzen des DGB-Apparats hatten ihren Schäfchen ins Gewissen geredet, und diese spurten, ohne zu mucken. Und das nennen sie dann „Parlament der Arbeit". Eine Abstimmungsmaschine, die nach der Pfeife der DGB-Führungsspitze tanzt.

Was war eigentlich nun so Radikales an dem Beschluß? Bekanntlich ist ja fast die gleiche Forderung sowieso Bestandteil des DGB-Grundsatzprogramms. Mit dem rein theoretischen Unterschied, daß dort nur von Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und marktbeherrschenden Unternehmen die Rede ist und nicht speziell von Banken und Versicherungen. Offensichtlich fürchteten aber Vetter und Co., diese Konkretisierung könnte bereits einige Vertreter des Großkapitals ungnädig stimmen. Dabei ist doch längst das Bankkapital mit dem Industriekapital zu einem Ganzen verschmolzen und konzentriert sich in den Händen weniger Finanzhaie.

Aber so ernst nehmen die DGB-Bonzen diese Verstaatlichungsforderungen ohnedies nicht. Dienen sie doch lediglich dazu, den Werktätigen einen „radikalen Kampf" des DGB gegen die Gebrechen des Kapitalismus, speziell gegen die Arbeitslosigkeit vorzugaukeln. (Zur Frage „Nützt Verstaatlichung den Werktätigen?" siehe Seite 5).

Die Queen in Bonn

Die Medien der Bonner Meinungsmacher versuchten, einen bleibenden Eindruck vom glanzvollen Treffen der Repräsentanten Bonns und Londons zu schaffen. Worum ging es wirklich? Hier trafen sich die Vertreter der britischen und westdeutschen Monopole, die ihre gemeinsamen imperialistischen Interessen demonstrierten. Das zeigte sich u. a. an der Besichtigung des deutsch-britischen Angriffs-Kampfflugzeuges „Tornado" durch Prinz Philip. Aber auch an den kernigen Worten, die die Queen in Westberlin zur Unterstützung der revanchistischen Berlin-Politik Bonns verlor. Aber es gibt nicht nur gemeinsame Interessen.

Als Frechheit und chauvinistische Anmaßung zugleich aber konnte man nur die Äußerung des Bonner Oberhauptes Scheel verstehen, daß „das Zusammenleben in der EG für die Briten und mit den Briten zuweilen mühsam" sei. Hier will der westdeutsche Imperialismus einmal mehr festgestellt haben, daß er in der EG als stärkste Macht die erste Geige spielt. Mit ihrer Antwort, daß seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG Europa „wachsenden Einfluß auf die Welt" gewinne, will die Queen die Ansprüche Londons anmelden und der westdeutschen Konkurrenz entgegentreten. Aber diese Feststellung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeiten der „Großmacht England" vorbei sind. Sie läßt auch nicht vergessen, daß der Beitritt der britischen Bourgeoisie zur EG gegen den erbitterten Widerstand der britischen Werktätigen stattfand, die wissen, daß sie mit der EG nur verschärfte Ausbeutung erwartet. Aller Pomp dieses Staatsbesuches kann weder die deutschen noch die britischen Werktätigen darüber hinwegtäuschen, daß sie von einer „Völkerfreundschaft" à la Queen und Schmidt nichts zu erwarten haben. Ihre Interessen lassen sich nur im Kampf gegen sie verwirklichen.

„Steuerpartei" — nichts als Bauernfängerei

Hermann Fredersdorf, Chef des Verbandes deutscher Finanzbeamter, machte von sich reden. Während er früher — sicher berechtigte — Forderungen nach vereinfachten Steuergesetzen, überschaubaren Verwaltungsentscheidungen und manchmal auch gerechteren Steuerlasten erhob, sprach er jetzt von der Gründung einer Steuerpartei. Damit hat er in Bonn einige Unruhe und Nervosität hervorgerufen. Denn Fredersdorf, ein karrieristisches Element, das danach giert, „Steuerminister" zu werden, hat einschlägige Erfahrungen mit der kriminellen Praxis der Besteuerung durch den Bonner Staat. Er könnte so einiges ausplaudern. Zunächst beschränkte er sich darauf zu drohen: „Wenn allen Mitbürgern alle Einzelheiten unserer Besteuerungswirklichkeit bekannt wären, hätten wir in der Bundesrepublik längst den revolutionären Aufstand." Mit diesem offenen Bekenntnis dürfte er sicher recht haben.

Aber bezeichnend ist, daß er natürlich gar nicht daran denkt, seine Geheimnisse der Öffentlichkeit preiszugeben. Er will nur die Bonner Regierung etwas erschrecken und ihr mit der „Steuerpartei" drohen, um seinem Ziel, einem Ministerposten, näher zu kommen. Für die Millionen Werktätigen aber, die unter der Steuerlast und Besteuerungsungerechtigkeit des Bonner Staates zu leiden haben, gibt es keine Hilfe von einer „Steuerpartei". Diese Hilfe können die Werktätigen nur von ihrer revolutionären Partei, der KPD/ML, erwarten, die den von Fredersdorf angekündigten revolutionären Aufstand auch ganz sicher führen wird.

Für das Grundgesetz feiern?

Den 17. Juni als Nationalfeiertag abschaffen will Helmut Schmidt. Dieser Tag sei eigentlich immer ein Tag der Niederlage des Freiheitswillens gewesen. Das stimmt insofern, als am 17. Juni 1953 der Bonner Revanchismus sein Ziel, einen konterrevolutionären Putsch und die Einbeziehung der damals noch sozialistischen DDR in seinen Herrschaftsbereich, nicht erreichte. Helmut Schmidt hat ein feines Gespür für die „Profilneurose" der herrschenden Klasse, die er vertritt. Denn das Märchen vom 17. Juni zieht nicht mehr in der Bevölkerung! Schmidt ruft deshalb nach dem 23. Mai als „selbstbewußtem" „Tag des Grundgesetzes". Heißt das, daß Bonn die revanchistischen Ziele aufgeben will? Keineswegs! Man muß sich nur daran erinnern, daß dieses — auch von der revisionistischen DKP so gelobte — Grundgesetz mit seiner Präambel gerade den Alleinvertretungsanspruch des Bonner Staates für ganz Deutschland erhebt. Chauvinismus und Revanchismus sollen im Gewand dieses „selbstbewußten" Tages noch mehr zur Blüte kommen.

Aber Schmidt verfolgt auch noch ein anderes Ziel. Nicht umsonst machte er seinen Vorschlag ausgerechnet vor dem DGB-Kongreß. Die Arbeiterklasse will er auf das Grundgesetz einschwören. Mit gutem Grund! Allein die Kämpfe im letzten halben Jahr haben gezeigt, daß die Werktätigen sich gegen die verschärfte Ausbeutung zu erheben beginnen. Daß es auf die Dauer nicht nur bei Streiks bleiben wird, weiß auch ein Helmut Schmidt. Sein „Tag des Grundgesetzes" soll die revolutionären Arbeiter an die Bonner Verfassung ketten und ihren Kampf in „legale" Bahnen lenken. Die DKP wird sicherlich jubeln. Die deutschen Arbeiter aber werden sich für so einen „Nationalfeiertag", sei es nun der 17. Juni oder der 23. Mai, bedanken!

Schmidt vor der UNO

Bonn bittet um Vertrauen

Zum zweiten Mal trat in der vergangenen Woche ein Bonner Regierungschef vor der UNO auf. Und es war ausgerechnet eine sogenannte Abrüstungskonferenz, die sich Schmidt, der den drittstärksten Militärapparat der Welt kommandiert, für seinen Auftritt ausgesucht hatte. Wie sein Vorgänger Brandt vor einigen Jahren, so trat auch er in der Maske von Bescheidenheit und Friedfertigkeit auf.

Schmidt beschwor sogar den „von Hitler entfesselten zweiten Weltkrieg, die Schrecken der Vergangenheit", um dann zu behaupten, er spreche für einen Staat, der keinerlei Großmachtpolitik betreibe. Er forderte die Welt zu einer „Offensive der Vertrauensbildung" auf, zum Vertrauen in diesen angeblich von den Schrecken der Vergangenheit geläuterten Bonner Staat. Im gleichen Atemzug aber erklärte Schmidt: „Was im Nahen Osten, im östlichen Mittelmeer, in Afrika oder in Südostasien passiert, das geht uns alle an."

Gewiß, Schmidt wollte auch dieses Interesse mit der angeblichen Bonner Friedenssehnsucht begründen, mit der Sorge über die bewaffneten Konflikte in diesen Regionen, die sich zu einem Weltkrieg ausweiten könnten. Aber sehen wir uns doch die Tatsachen einmal an. Wer hat denn zum Beispiel den Krieg am Horn von Afrika angeheizt? Das waren die beiden Supermächte, die jeweils die von ihnen kontrollierten Regimes bis an die Zähne aufgerüstet und gegeneinander gehetzt haben, um ihre Herrschaft über diese Region zu errichten. Und Bonn? Die westdeutschen Imperialisten waren an der Seite Washingtons mit dabei, mit massiven Waffenlieferungen an das somalische Regime.

Ob man den Einmarsch der UNO-Truppen im Südlibanon nimmt, der teilweise über eine Luftbrücke der Bundeswehr erfolgte, oder die Aggression der westlichen Imperialisten im Kongo, die zum Teil mit Bonner Krediten abgedeckt war: Die westdeutschen Imperialisten haben überall dort ihre Finger mit im Spiel. Und es geht ihnen dabei nicht um die von Schmidt geheuchelte Sorge um die Ausweitung solcher Konflikte. Es geht ihnen darum, ihren imperialistischen Einfluß in diesen Regionen zu erweitern.

Welch ein Hohn, wenn Schmidt jetzt vor der UNO-Abrüstungskonferenz Entwicklungshilfe statt Waffenlieferungen für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fordert. Ist doch Bonn längst zu einem der größten internationalen Waffenhändler nach den beiden Supermächten aufgestiegen, ein Waffenhändler, der die reaktionären und faschistischen Regimes von Argentinien bis Indonesien mit dem modernsten Kriegsgerät ausrüstet und der gerade erst das „Rüstungsgeschäft des Jahrhunderts" mit dem Schah-Regime abgeschlossen hat. Wahrhaftig, für die Völker der Welt besteht nicht der geringste Grund, diesem imperialistischen Räuber mit einer „Offensive der Vertrauensbildung" zu begegnen.

Schmidts Auftritt vor der UNO war noch einem anderen Problem gewidmet: der zunehmenden Aufrüstung der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke, die immer größere Besorgnis unter den Völkern hervorruft. Aber hatte er etwa auf dieser Abrüstungskonferenz auch nur das geringste Angebot eines Abbaus des westdeutschen Militärapparats zu unterbreiten? Nein, er machte die übliche Reklame für das sogenannte Gleichgewicht zwischen den Militärblöcken. Dadurch allein würde die Sicherheit und die Entspannung gewährleistet. Aber dieses Märchen vom Gleichgewicht der Kräfte wird immer durchsichtiger. Im Namen der Herstellung des Gleichgewichts rüstet die russische Supermacht wie wild auf. Und im gleichen Namen, nur mit anderem Vorzeichen, betreibt die amerikanische Supermacht ihre gigantische Hochrüstung. Das Märchen vom Gleichgewicht wird nur erzählt, um unter den Völkern Illusionen über die aggressiven Absichten der Supermächte und ihrer Blöcke zu erwecken, um sie glauben zu machen, daß sie Schutz vor der drohenden Kriegsgefahr nur unter dem Atomschirm der einen oder der anderen Supermacht finden könnten.

Schmidts Reise in die USA war übrigens selbst ein schlagendes Beispiel dafür, wie es um den angeblichen Abrüstungs- und Entspannungswillen der Imperialisten in West und Ost wirklich steht. Sein Auftritt vor der UNO in New York war nämlich sozusagen nur ein Abstecher. Eigentliches Ziel seiner Reise ist die NATO-Gipfelkonferenz, die diese Woche über die Bühne geht. Und dort wird im Mittelpunkt der Beratungen ein Rüstungsprogramm stehen, das nicht weniger als 20 Milliarden Mark umfaßt. Ein Drittel dieser gewaltigen Rüstungskosten soll nach dem Willen der amerikanischen Imperialisten Bonn tragen, sollen also letzten Endes die westdeutschen Werktätigen bezahlen.

So treiben die Supermächte hinter dem Schleier des Abrüstungs- und Entspannungsgeschwätzes die Rüstung ihrer aggressiven Militärblöcke voran. Von ihrer Rivalität um die Weltherrschaft geht die Gefahr eines neuen Krieges aus. Die Völker der Welt müssen sich im revolutionären Kampf gegen diese Hauptkriegstreiber und ihre Blöcke zusammenschließen.

Kurz berichtet

Hannover

5.000 Studenten demonstrierten am 10. 5. gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz, das dann zwei Tage später vom Landesparlament verabschiedet wurde. Die KSB/ML-Organisationen Göttingen und Hannover beteiligten sich an der Demonstration und trugen ein eigenes Transparent. In einem Flugblatt wurden die Studenten aufgerufen, im Kampf gegen die reaktionären Hochschulgesetze nicht nachzulassen.

Münster

Am 24. 5. 78 zeigte die Rote Garde Münster den Film „Nackt unter Wölfen". Schon Wochen vorher machte die Rote Garde an Uni, Betrieb, Berufsschule, bei Freunden und Bekannten Werbung für diesen Film. So wurde die Filmveranstaltung auch von 180 Personen besucht! Ein gelungener Abend!



Osterholz-Scharmbeck

Für den 20. 5. hatte die DKP — wie an mehreren Orten der Bundesrepublik — in Osterholz-Scharmbeck zu einer Kundgebung gegen die Neutronenbombe aufgerufen, während sie selbst die Kriegsvorbereitungen der Sozialimperialisten decken. Auf großen Plakaten warben die Revisionisten mit Friedentauben für ihre Aktion. Unsere Partei machte ihnen einen Strich durch die Rechnung — mit Überklebern, auf denen stand: „Heuchelei der Freunde Moskaus: Hinter diesen Vögeln lauern Panzer".



Berichtigungen:

1. Im RM Nr. 20 ist uns ein Versehen unterlaufen: Die Wahlbroschüre „Se wöllt uns allwedder anscheten" ist nicht von der Partei in Niedersachsen, sondern von der Parteiorganisation in Buxtehude zur Landtagswahl herausgegeben worden. Außerdem ist die Parole der Partei: „Boykottiert die Wahl"

2. Unter dem Titel „Kutterfischer blockieren den Kieler Hafen" hatten wir im RM Nr. 20 fälschlich behauptet, der Heikendorfer Fischer Fritz Draasch sei über einen Monat in polnischer Haft. Richtig ist, daß das Landwirtschaftsministerium die geforderte Kaution bezahlt hat und Fritz Draasch in Polen blieb, weil er seinen Kutter nicht im Stich lassen wollte.

Offen gesagt ...

Dr. Sewering — SS-Arzt

Was da am 23. Mai auf dem 81. Deutschen Ärztetag seinen Tätigkeitsbericht vorlegte, kann nur als der reaktionärste Standesklüngel bezeichnet werden. Ein Club „alter Herren", die meist schon unmittelbar nach ihrer Ausbildung Ärzte-Funktionäre wurden und ihre Haupttätigkeit im Geldverdienen sehen — das ist der Vorstand der Bundesärztekammer. Einen „Verfall spätrömischen Ausmaßes" glauben diese Herren in unserer Gesellschaft feststellen zu müssen und schwadronieren: Der Leistungswille der „Arbeitnehmer" sei abgebaut und utopische Begehrlichkeiten der Versorgungsberechtigten seien aufgebaut worden. Mit einem Wort: Die Werktätigen haben ein zu gutes, zu luxuriöses Gesundheitssystem bekommen und sind zu verwöhnt. Auch gibt es offenbar zu viele Ärzte: „Die kostspielige Produktion von Akademikern auf unseren Hochschulen schafft schon heute die sozial Unzufriedenen, die Systemveränderer und die Revoluzzer von morgen." Wo käme er auch hin, der bisherige Verbandsvorsitzende Sewering, wenn sein 1,8-Millionen-Mark-Umsatz bei dem Verleih von Mammographie-Geräten geschmälert würde, weil es zu viele Ärzte gibt?

Diese Herren sind wirklich typische Repräsentanten des modernen kapitalistischen Gesundheitswesens des Bonner Staates. Ihr Lotterleben ist der angemessene Ausdruck eines Systems, das die Masse der Werktätigen mehr und mehr zu ausgepowerten, physisch und psychisch ruinierten Arbeitssklaven macht, sich um ihre Gesundheit immer weniger, dafür aber zunehmend um die Wehwehchen der Reichen und ums Geldverdienen kümmert.

An der Spitze dieses Clans stand bis vor wenigen Tagen der Mann, der durch seine aktive Beteiligung an der faschistischen Euthanasie die für dieses Amt nötige Gesinnung bewiesen hat. Eine frühere Mitarbeiterin berichtete vom sogenannten „Tuberkulose-Hilfskrankenhaus" in Schönbrunn, wo der SS-Arzt Dr. Sewering „lebensunwerte" Patienten in die „Heil- und Pflegeanstalt" in Eglfing-Haar bei München überwies, wo sie mit Luminal-Spritzungen getötet wurden: Wenn etwa Sewering und ein SS-Kollege am Sonntag in schwarzer Uniform spazieren gingen, habe sich „kein Pflegling im Freien blicken lassen".

Sicher, Sewering mußte jetzt endlich gehen. Aber der menschenfeindliche Geist dieses Gesundheitssystems, das er repräsentierte, bleibt...

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeiter und Angestellte im Einzelhandel:

Unterbezahlt und schikaniert

Gegenwärtig stehen die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel in Tarifverhandlungen. In einigen Tarifbezirken wurde bereits abgeschlossen. Wir haben dies zum Anlaß genommen, mit einer Verkäuferin über die Lohn- und Gehaltssituation im Einzelhandel und über die Arbeitsbedingungen dort zu sprechen. Die Kollegin, nennen wir sie Ursula, arbeitet seit einigen Jahren in einem Warenhaus der Karstadt-Bosse in Nordrhein-Westfalen.

RM: Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Tarifverhandlungen für den Einzelhandel so gut wie abgeschlossen. Die HBV-Bonzen sprechen von einem „Tariferfolg". Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Ursula: Zunächst einmal muß man sagen, daß der Tarifabschluß für uns einigermaßen überraschend kam. Denn das Informationsblatt über den Schlichtungsspruch bei den Tarifverhandlungen, dem die Große Tarifkommission der HBV auch zugestimmt hat, war für die meisten Kollegen zugleich die *erste* Nachricht über die Tarifverhandlungen. Die HBV-Bonzen haben es weder für nötig gehalten, uns darüber zu informieren, wann die alten Tarifverträge ausgelaufen sind, noch darüber, welche Forderungen die HBV stellt. Die Tarifverhandlungen wurden vollständig über unsere Köpfe hinweg geführt.

Um zu zeigen, was von dem angeblichen Tariferfolg zu halten ist, genügt es, einige Beispiele über die neuen Löhne und Gehälter zu nennen. Nach der jetzt vereinbarten Erhöhung von rund fünf Prozent verdient z. B. eine Verkäuferin im ersten Berufsjahr 1.020 DM brutto und im vierten Berufsjahr 1.095 DM brutto. Erst vom sechsten Berufsjahr an bekommt sie mehr als 1.200 DM brutto. Ungelernte Kräfte, Auszeichnerinnen, Lagerarbeiter und Putzfrauen der Lohngruppe I bekommen danach 1.160 DM brutto usw. Dazu muß man wissen, daß in den Karstadt SB-Warenhäusern sehr viele Frauen beschäftigt werden, die einen Vertrag als Auszeichnerinnen haben, weil sie keine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung besitzen. Sie stehen oft trotzdem in Lebensmittelabteilungen als Verkäuferinnen hinter der Theke und haben teilweise eine Berufserfahrung von 20 Jahren. Trotzdem werden sie als „ungelernte Kräfte" behandelt und verdienen nach dem neuen Tarifvertrag jetzt 1.240 DM brutto, während eine gelernte Kraft mit gleicher Berufserfahrung 1.555 DM brutto verdient.

Es ist natürlich allgemein bekannt, daß im Einzelhandel sehr niedrige Löhne und Gehälter gezahlt werden. Deshalb wird bei Neueinstellungen den Frauen oft eine außertarifliche Zulage gewährt. Als Köder sozusagen. Diese Zulagen, die bis zu 100 DM gehen, werden dann aber bei den Tariferhöhungen Stück für Stück gestrichen. Besonders gern werden als Spülhilfe, Putzfrau oder für andere sogenannte „schmutzige Arbeiten" Jugendliche eingestellt, die gerade von der Volks- oder Sonderschule kommen und keine Lehrstelle finden. Sie bekommen dann nur 60 bis 70 Prozent des Gehalts einer Putzfrau oder Auszeichnerin — also 812 bis 868 DM brutto. Dazu kommt noch, daß gerade die Verkäuferinnen von ihren sowieso schon niedrigen Gehältern einen beträchtlichen Teil ihres Nettoeinkommens praktisch für die Firma wieder ausgeben müssen. Denn es wird immer gepflegtes Aussehen und tadellose Kleidung verlangt, die natürlich teuer ist.

RM: Nicht nur mit den Löhnen, sondern auch mit den Arbeitsbedingungen sieht es im Einzelhandel finster aus...

Ursula: Ja, das fängt schon an mit dem langen Arbeitstag. Wir arbeiten von 9 Uhr bis 18.30 Uhr mit 70 Minuten Pause am Tag, wobei man diese Pause in der Kantine verbringen muß. Außerdem wird uns vorgeschrieben, daß wir uns unser Essen an den Verkaufstheken im Erfrischungsraum holen müssen. Mittags ist hier aber sehr viel Betrieb, und wir haben schon oft mehr als zehn Minuten für unser Essen abgestanden. Insgesamt bleibt deshalb, weil auch die Kantine ziemlich weit entfernt ist, von den 70 Minuten Pause nicht sehr viel übrig. Oft wird man auch während der Pause aus der Kantine abgerufen, weil gerade ein großer Ansturm an der Kasse ist und Kassiererinnen gebraucht werden usw.

Zu dem achteinhalbstündigen Arbeitstag kommen täglich noch zehn Minuten Aufräumungs- und Vorbereitungsarbeiten hinzu, die nicht vom Unternehmer bezahlt oder vergütet werden müssen. Das ist tariflich vereinbart. Überstunden werden bei uns nur noch in ganz seltenen Fällen bezahlt. Meistens sollen sie als Freizeit abgegolten werden. Bei den Kassiererinnen werden z. B. fünf Minuten Pause angehängt, um die Zeit auszugleichen, in der sie abends (bis 19 Uhr) die Kasse abrechnen. Es gibt Kolleginnen und Kolleginnen, die haben 100 bis 200 aufgelaufene Überstunden. Wenn sie Glück haben, können sie die in einem Stück abfeiern. Aber auch das hat einen Haken. Wenn z. B. bei unseren zwei Köchen der eine mal zwei Wochen zu Hause bleibt, um seine Überstunden abzufeiern, dann muß der andere durcharbeiten. Das heißt, er bekommt in dieser Zeit keinen freien Tag, muß häufig länger arbeiten — macht also auch wieder Überstunden. Es herrscht also immer eine besonders schlimme Arbeitshetze.

Im Einzelhandel gilt die Sechs-Tage-Woche. Man hat außer dem freien Sonntag einen sogenannten Rolltag. Das ist ein freier Tag, der jede Woche auf einen anderen Wochentag fällt. Nur ungefähr alle acht Wochen kommt man so zu einem langen Wochenende. Aber selbst dieser Rolltag ist einem nicht sicher. Ist besonders viel zu tun, kann es passieren, daß man in der Woche nur zwei halbe Freitage bekommt. Und davon hat man natürlich dann gar nichts mehr.

Die vier langen Samstage vor Weihnachten müssen voll gearbeitet werden. Hierfür gibt es auch keine besondere Vergütung, da sie laut Jahresarbeitszeitberechnung bereits berücksichtigt sind. Wenn der Rolltag (der freie Tag in der Woche) auf einen Feiertag fällt, was jedem ca. zweimal im Jahr passiert, wird er auch nicht extra vergütet.

RM: Zu diesen schlechten Arbeitsbedingungen kommen auch noch besondere Schikanen hinzu...

Ursula: Zu diesen besonderen Schikanen zählen die Personalkauf- und Taschenkontrollen. Wenn man eingekauft hat, muß man den Beutel mit Heftklammern schließen, den Bon und den Personalkaufschein mit seinem Namen daran befestigen und den Beutel im Personalkaufraum abstellen. Vielen Kollegen ist es schon passiert, daß sie abends ihre Beutel durchwühlt wiedergefunden haben. Die Abteilungsleiter scheuen bei diesen Kontrollen nicht davor zurück, Frischwurst, Fleisch, Obt usw. auszupacken und nachzuwiegen, um so zu prüfen, ob man auch ja nicht ein Gramm zuviel Ware erhalten hat.

Außerdem ist bei uns an der Stempeluhr jetzt ein Knopf angebracht, den man beim Verlassen des Ladens drücken muß. Leuchtet das rote Licht auf, muß man seine Handtasche im Büro kontrollieren lassen. Bis jetzt haben wir uns dagegen erfolgreich gewehrt, und das Ganze ist allmählich eingeschlafen. In Zukunft soll dieses Kontrollsystem aber mit der Stempeluhr gekoppelt werden, so daß auf der Stempelkarte zu ersehen ist, ob man „rot gehabt" hat und zur Kontrolle gegangen ist. Eine besondere Schikane ist auch, daß man den Personalausgang und -eingang, der ziemlich abgelegen ist, auch dann benutzen muß, wenn man an seinem freien Tag einkaufen geht und ein Kunde ist wie jeder andere auch.

Die Verkäuferinnen werden außerdem von sogenannten Testkunden kontrolliert, die nichts anderes sind als Spitzel der Geschäftsleitung. Kürzlich wurde bei uns eine Kassiererin von so einem Testkunden beim Geschäftsleiter angeschwärzt, weil sie während der Arbeit ein Bonbon gelutscht hatte, was streng verboten ist. Außerdem wird über die sogenannte Diebstahlsprämie versucht, die Kollegen untereinander zu spalten. Meldet man einen Kunden, der etwas gestohlen hat, bekommt man 50 DM Prämie, meldet man eine Kollegin, bekommt man 100 DM!

RM: Auch im Einzelhandelsbereich wird in den letzten Jahren massiv rationalisiert. Wie sieht das bei euch aus?

Ursula: Der Personalstellenplan wird bei Karstadt von der Größe des Hauses und vom Umsatz abhängig gemacht. Wenn eine Abteilung nicht den vorgeschriebenen Umsatz erreicht, wird sofort gekürzt. Zum Beispiel werden die Teilzeitarbeitsverträge von 24 Stunden auf 20 Stunden gekürzt oder die Kollegen werden zur Kündigung getrieben. So wird etwa Frauen, die vormittags arbeiten, gesagt, sie müßten jetzt nachmittags kommen. Da sie das wegen ihrer Kinder aber oft nicht können, kündigen sie dann oft. Für sie wird dann keine neue Kraft eingestellt.

In unserer Filiale soll der Wareneingang (Auszeichnungen usw.) in Zukunft von einer anderen Karstadt-Filiale übernommen werden. Den betroffenen Frauen hat man Arbeitsplätze im Laden angeboten. Hier geht aber die Arbeitszeit von 9 Uhr bis 18.30 Uhr. Im Lager haben die Frauen von 8 Uhr bis 17 Uhr gearbeitet und hatten samstags frei. Da einige Frauen bei dieser anderen Arbeitszeitregelung nicht arbeiten können, sind sie gezwungen zu kündigen.

Da in den Anstellungsverträgen steht, daß man sich verpflichtet, auch in anderen Filialen zu arbeiten, wird auch das oft benutzt, um Kolleginnen zur Selbstkündigung zu treiben. Man sagt ihnen, daß sie aber in einer Filiale 100 Kilometer entfernt arbeiten können. Auch das ist für viele natürlich nicht möglich. Eine Kollegin bei uns kommt z. B. aus einer Nachbarstadt. Sie sitzt jeden Tag drei bis dreieinhalb Stunden in Zug und Bahn und bekommt keinen Pfennig Fahrgeldrückerstattung. Sie ist schon 60, hat nichts gelernt, ist alleinstehend. Sie muß also ihren Arbeitsplatz behalten, sonst hätte sie sicher ebenfalls schon gekündigt.

Als die Filiale, in der ich arbeite, vor fünf Jahren eröffnet hat, waren wir 170 Beschäftigte. Heute sind wir noch ca. 90. Jeder von uns arbeitet also heute praktisch für zwei.

RM: Wir danken dir für das Gespräch und wünschen dir und deinen Kolleginnen einen erfolgreichen Kampf für eure Interessen.

Kein Lohnausgleich durch Lohnverzicht!

Einen raffinierten Plan hat sich die Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten (NGG) ausgedacht, um die Beschäftigten ihrer Branche im Kampf für Arbeitszeitverkürzung hinters Licht zu führen. Ihr Vorschlag, der jetzt allerdings vorläufig bei den Unternehmern abgeblitzt ist, sieht vor: Arbeiter ab dem 55. Lebensjahr sollen nur noch 35 Stunden und ab dem 60. Lebensjahr nur noch 30 Stunden arbeiten müssen. So weit — so gut. Aber der Pferdefuß ist der: Um den Lohnausgleich (der 1,9 Prozent der Lohnkosten beträgt) zu finanzieren, soll eine gemeinsame „Lohnausgleichskasse" gebildet werden. Die Gewerkschaft erklärt sich bereit, von den von ihr „erkämpften" Lohnerhöhungen die eine Hälfte der 1,9 Prozent abzuzweigen, wenn die Unternehmer die andere Hälfte einzahlen. Durch die so bewerkstelligte Arbeitszeitverkürzung sollen dann angeblich neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dieser Vorschlag ist ein doppelter Betrug. Einmal müssen die Arbeiter den Lohnausgleich bezahlen, denn die Unternehmer werden ganz einfach die ganzen 1,9 Prozent von den jährlichen Lohnerhöhungen abziehen. Natürlich sind sie nicht bereit, auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen. Das ganze läuft darauf hinaus, daß alle Arbeiter durch teilweisen Verzicht auf Lohnerhöhungen für den Lohnausgleich der älteren Kollegen aufkommen müssen. Der zweite Haken dieses Vorschlags ist der, daß durch nichts garantiert ist, daß durch diese Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Praxis, Überstunden nicht zu bezahlen, sondern durch Freizeit abzugelten, wird im Tarifbereich der NGG schon lange geübt (siehe auch nebenstehendes Interview über Karstadt). Das hat aber nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt. Ganz im Gegenteil! Von 1973 bis Juni 1977 ist die Zahl der in dieser Branche Beschäftigten um 63.000 auf 442.000 gesunken. Was sich hinter dieser Art von Arbeitszeitverkürzung verbirgt, versteht man, wenn man hört, daß 1976 gegenüber 1975 je Arbeitsstunde 7,2 Prozent mehr produziert worden ist bei 2,9 Prozent weniger Beschäftigten! Die NGG-Bonzen wissen ganz genau, daß die Rationalisierungswelle verschärfte Ausbeutung und Entlassungen mit sich bringt. Sie wollen die Illusion erwecken, als könne man durch Lohnverzicht neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten kämpfen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das ist die richtige Forderung angesichts der verschärften Ausplünderung und dem Rationalisierungsterror, eine Forderung, die aber nur im unversöhnlichen Klassenkampf durchgesetzt werden kann. Die NGG-Bonzen haben es aber gerade darauf abgesehen, diesen gerechten Kampf zu torpedieren. Ihr Konzept des Lohnverzichts ist diesem Kampf direkt entgegengesetzt.

Opel-Rüsselsheim: Betriebsrat stimmt Sonderschichten zu

Kurz vor der Betriebsratswahl bei Opel-Rüsselsheim ließ sich der alte und neue Betriebsratsvorsitzende Heller im Fernsehen groß als angeblicher Gegner von Sonderschichten herausposieren. Jetzt hat die reaktionäre Betriebsratsmehrheit, kaum war Heller wieder zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, der Geschäftsleitung schon wieder die Zustimmung zu acht Sonderschichten erteilt. So bleibt es den Opel-Bossen also erspart, neue Arbeiter einzustellen. Ohne die Sonderschichten wären sie darum bei den starken Auftragseingängen nicht herumgekommen. Von Juni bis Oktober sollen nun jeden Monat zwei Sonderschichten verfahren werden. Wie es heißt, soll gleichzeitig eine Vereinbarung getroffen worden sein, die der Belegschaft einen Tag Urlaub in diesem Jahr mehr bringt. Damit will die IGM-Heller-Clique die Zustimmung zu den Sonderschichten annehmbarer erscheinen lassen, um die Empörung der Opel-Arbeiter abzuwiegeln.

Klöckner-Bekorit will 250 Mann entlassen

Becorit ist eine alte Bergbauspezialgesellschaft, die in Recklinghausen und Castrop-Rauxel hauptsächlich Anlagen für den Grubenausbau herstellt. Vor einem Jahr wurde sie von Klöckner übernommen. Jetzt kündigte die Geschäftsleitung an, daß von der 1.800 Mann starken Belegschaft rund 250 Arbeiter und Angestellte in den kommenden Monaten entlassen werden sollen. Zynisch erklärte Geschäftsführer Beckmann, es würden „auch jüngere Leute entlassen, die die Möglichkeit haben, bald einen neuen Arbeitsplatz zu finden".

Klagen gegen Aussperrung abgewiesen

Einerseits hatte der IGM-Apparat in der letzten Lohnrunde durch seine spalterische und abwieglerische Schwerpunktstreik-Taktik dem Aussperrungsterror der Kapitalisten voll in die Hände gearbeitet. Andererseits hatte er eine Massenklage-Aktion organisiert, d. h. betroffene Kollegen dazu mobilisiert, massenhaft Klagen gegen die Aussperrung bei den Arbeitsgerichten einzureichen. Inzwischen liegen die ersten Gerichtsentscheidungen dazu vor. In Ulm wurde über vier, in Reutlingen über eine der Einzelklagen entschieden. In allen Fällen wurde die Klage abgewiesen. Höhnisch kommentierten die Sprecher der Kapitalistenverbände: „Diese Gerichtsentscheidung haben wir erwartet". Fragt sich nur, wer hat eigentlich von der bürgerlichen Klassenjustiz etwas anderes erwartet? Die IGM-Bonzen selbst auch nicht. Anstatt den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Aussperrungsterror zu organisieren, wiegeln sie ihn ab und schüren Illusionen über die kapitalistische Justiz.

Supergewinne für Bau-Kapitalisten

Der Tarifabschluß für die Bauarbeiter brachte jämmerliche 5,6 Prozent und eine lächerlich geringe Verbesserung des sogenannten 13. Monatsgehalts. Die Bauarbeiter sind alles andere als zufrieden mit diesem Abschluß. Sie müssen Schwerstarbeit leisten und stehen dazu weit unten in der Lohnskala. Die Bonzen der IG Bau, Steine, Erden versuchen diesen Verrat dadurch zu übertünchen, daß sie über den Abschluß eine „Mitgliederbefragung" durchführten (keine Urabstimmung, wie wir im letzten RM irrtümlich meldeten). Dabei werden sie vermutlich entsprechende Methoden und Tricks anwenden, die gewährleisten, daß das Ergebnis dieser „Befragung" auch ihren Wünschen entspricht: „Zustimmung" zu ihrem Schandabschluß. Die Tragweite ihres Verrats (die Bonzen hatten verhindert, daß es zum organisierten, unbefristeten Streik kam) wird jetzt noch deutlicher dadurch, daß die Bilanz des größten deutschen Baukonzerns „Hochtief" für das vergangene Geschäftsjahr veröffentlicht wurde. Pro 50-DM-Aktie hat der Konzern sage und schreibe 48 DM Gewinn gemacht (nach Abzug aller Steuern). Die Aktionäre kassieren jetzt inklusive Steuergutschrift 22 Prozent Dividende.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Gottwalt & Co./Westberlin:

316 Menschen verlieren den Arbeitsplatz

Mitte April gab es bei der Papierfabrik Gottwald & Co. in Spandau/Westberlin große Unruhe. In der Frühstückspause zwischen Frühstücksbrot und Morgenkaffee erhielten die Kollegen am 19. 4. die Nachricht, daß der Betrieb Konkurs macht. Nicht etwa, weil keine Aufträge da waren oder ähnliches. Nein, der Betrieb hat hohe Aufträge. Aber der Chef (Gottwald) hat das von den Arbeitern erarbeitete Geld „zum Fenster rausgeschmissen".

316 Menschen müssen deshalb jetzt fest damit rechnen, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Dazu kommt, daß es in ganz Westberlin keine entsprechende Fabrik gibt, wo die entlassenen Kollegen wieder anfangen können. Denn Melitta, die andere Papierfabrik, stellt nicht ein. Die einzige Möglichkeit, wieder als Papiermacher zu arbeiten, ist, in der Bundesrepublik nach Arbeit zu suchen. Aber umziehen ist nicht so einfach — schon wegen des Wohnungsgründungsdarlehens, das die Westberliner an die Stadt fesselt. Denn der Restbetrag muß man beim Auszug sofort zurückzahlen.

Die Kollegen haben von den Arbeitern der staatlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) und der Spinne (Betrieb der Textilbranche) Solidaritätstelegramme erhalten, worin ihnen Unterstützung bei eventuellen Aktionen zugesichert wird.

Schon zweimal wurde die schwarze „Trauer"-Flagge gehißt. Das ist ein schwarzes Stück Lumpen, das auf Halbmast gesetzt wurde. Chef Gottwald meinte dazu auf einer Betriebsversammlung: „Aber Jungs, ich bin doch nicht gestorben." Die Antwort der Kollegen: „Noch nicht." Worauf Gottwald „fluchtartig" die Versammlung verließ, obwohl ihm wohl nichts passiert wäre, wie Betriebsratsbonze Dommeyer meinte.

Die Lage der Kollegen ist im Moment sehr schlecht. Erst am 9. 5. kamen die Arbeitslöhne für April. Viele Kollegen mußten die Konten überziehen, manche Kredite aufnehmen. Ein besonderer Skandal ist: Im Betrieb werden fünf Jugendliche ausgebildet. Im Herbst ist Prüfung. Mit etwas Pech werden diese Lehrlinge wohl nie auslernen...

In der Zwischenzeit haben die Kollegen feststellen müssen, daß manche Meister schon neue Stellen haben. Gleichzeitig wird den Kollegen vorgelogen: Vielleicht wird noch was aus dem Betrieb...

In dieses Horn bläst auch die IG Chemie. Sie verteilte am 19. April eine „Schnellinformation", in der sie erst den Erhalt der Arbeitsplätze verspricht und dann den Kollegen droht: „Wir dürfen aber auch von euch erwarten, daß Ihr unsere Bemühungen tatkräftig unterstützt. Das bedeutet aber auch, unbedingt Ruhe zu bewahren und die Produktion voll aufrecht zu erhalten." Natürlich, wenn es nach den IG-Chemie-Bonzen geht, soll Gottwald bis zur letzten Minute auf keinen Pfennig Profit verzichten!

Rot Front,
ein Genosse aus Westberlin

Eine famose Idee

Liebe Genossen!

Vor einiger Zeit wurde die Germania-Brauerei Münster von der Dortmunder Union aufgekauft. Obwohl der Umsatz der Germania-Brauerei relativ gut ist und sogar gesteigert werden konnte, soll ein bedeutender Teil nach Dortmund verlegt werden, weil bei der Dortmunder Union der Umsatz zurückgegangen ist, andererseits in Dortmund aber die moderneren Produktionsanlagen stehen. Für die Kapitalisten ist die Rechnung ganz einfach, für die 400 Germania-Arbeiter bedeutet das aber, daß ein großer Teil von ihnen auf die Straße fliegt.

Aber der unglaubliche Hammer kommt erst noch: Es ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß die Germania-Brauerei eventuell geschlossen werden soll. Dies brachte einige Betriebsräte und die Gewerkschaftsbonzen auf eine „famose" Idee:

Da die Produktionsanlagen bei Germania zum Teil sehr veraltet sind, könnte man sie doch modernisieren, um so der drohenden Schließung zuvorzukommen. So machten sie den Vorschlag, daß die Schwankhalle modernisiert und vergrößert werden sollte.

Aber — diese Modernisierung soll nicht etwa von den Aktionären, die sich seit 25 Jahren den Gewinn reingeschoben haben, bezahlt werden, sondern von den Kollegen selbst. So legten sie eines guten Tages den Kollegen ein Papier zur Unterschrift vor, in dem sich die Kollegen bereiterklären sollten, drei Prozent von ihrem Lohn zur Modernisierung der Schwankhalle abzuführen, aber es unterschrieben nur wenige Kollegen. Die meisten sind über diese Methode der Gewerkschaftsbonzen empört, und viele haben jetzt ihre Funktion als Handlanger der Kapitalisten erkannt, auch wenn viele Kollegen noch nicht wissen, wie sie sich wehren sollen.

Elac: Flugblätter förmlich aus der Hand gerissen

Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichteten, ist die Kieler Firma Elac in Konkurs gegangen. Elac produzierte Plattenspieler und Nautische Geräte, letzteres hauptsächlich für den militärischen Bereich. Von den rund 1.000 Belegschaftsmitgliedern verlieren mindestens 250 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Die Firma wird geteilt. Der nautische Bereich wird von dem amerikanischen Konzern Honeywell übernommen und zwar unter Vermittlung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums. Es ist zu vermuten, daß den US-Rüstungs-Bossen großzügige Subventionen vom Staat gewährt werden. Die Betriebszelle unserer Partei hat schon im Februar in ihrer Betriebszeitung „Roter Lautsprecher" gefordert, daß die Belegschaft rechtzeitig über die Pläne der Kapitalisten informiert wird. Jetzt wurden die Kollegen plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Man fürchtete, daß sie nicht kampflos die Vernichtung der Arbeitsplätze hinnehmen würden. Für die Betriebsratswahlen hatte sich eine klassenkämpferische Liste mit drei Kandidaten zur Wahl gestellt. Am 23. Mai hätte die Wahl stattfinden müssen. Am 22. jedoch, einen Tag davor, wurde der Konkurs bekanntgegeben, womit auch die Betriebsratswahl hinfällig wurde. Kurz vor Bekanntwerden des Konkurses schickte uns ein Genosse noch folgenden Bericht über seine Erfahrung beim Verteilen des „Roten Lautsprecher".

„Ich steh jetzt fast vier Jahre regelmäßig vorm Tor, aber so was wie heute ist mir noch nicht passiert. Die Dinger wurden einem ja förmlich aus der Hand gerissen. Verteilungsquote fast 90 Prozent. Das ging ruck, zuck. ‚Gib mal zwei, gib mal drei.' Saßen mehrere Kollegen in einem Wagen, dann wurde mit den Fingern angezeigt, wieviele sie haben wollten. Bei den Kollegen, die mit dem Wagen durchs Tor fahren, hat das bisher immer ein bißchen gehapert. Gas weg, bremsen, Fenster runter, na ja, kann man sich ja vorstellen. Heute hat auch von denen weit über die Hälfte die Zeitung genommen. ‚Ach, der ‚Rote Lautsprecher', was gibt's denn Neues, gib mal her.' So bin ich heute morgen oft begrüßt worden. Teilweise geben die Frauen, die von ihren Männern zur Arbeit gebracht werden, ihm auch ein Exemplar mit. Unter solchen Bedingungen macht das Verteilen echt Spaß. Wir werden uns bemühen, die Zeitung noch lebendiger und aktueller zu machen. In diesem Sinne

Rot Front!
Ein Verteilergenosse von Elac Kiel

Baden-Württemberg: Buchhandlung

Warnstreik bei Wittwer!

Korrespondenz. Am 16. 5. 78 streikte die Belegschaft der Buchhandlung Wittwer, der größten in Baden-Württemberg, für zweieinhalb Stunden. Das war der erste Streik in der Geschichte des Sortimentbuchhandels. Wie kam es dazu?

Der Unternehmerverband hatte die Unverschämtheit besessen, mit der DAG (einer im Buchhandel vollkommen unbedeutenden Standesgewerkschaft) einen Tarifvertrag abzuschließen, der die Forderungen der Buchhändler völlig ignoriert. Nämlich 55 bis 150 DM mehr, je nach Lohngruppe. Das sind 5,1 Prozent mehr, also ein Witz, wenn man bedenkt, daß ein ausgelernter Buchhändler im Schnitt nur ca. 1.300 DM brutto verdient.

Die in der Gewerkschaft HBV organisierten Kollegen beschlossen auf der letzten Mitgliederversammlung, die Forderung 170 DM mehr für alle. Die HBV-Führung aber hatte ihre eigene Idee und zwar 110 bis 190 DM. Sie besaß die Unverfrorenheit, die zwei Mitglieder der Tarifkommission aus Stuttgart einfach nicht zu den Verhandlungen einzuladen. Zähneknirschend hofften die Kollegen wenigstens auf die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung.

Der Kapitalistenverband wollte nach dem Tarifabschluß mit der DAG mit der HBV nur noch über einen „gleichlautenden Abschluß" verhandeln. Das hätte vollständigen Lohnraub bedeutet. Deshalb beschlossen, angefeuert durch einen Warnstreik beim Ulmer-Verlag, die Kolleginnen und Kollegen bei Wittwer, ebenfalls in den Streik zu treten.

Da die Betriebsratsvorsitzende den Streik blockieren wollte, organisierten die Kollegen den Streik selbständig über ihren Kopf hinweg. Nach der Organisierung der Aktion verbot die Landesleitung der Gewerkschaft HBV mit allen möglichen Ausreden den Streik. Was tun? Wir beschlossen, der Gewerkschaftsführung am Streiktag einen Besuch abzustatten. 15 Leute trafen sich um sieben Uhr und zogen zum Gewerkschaftshaus und störten den Vorsitzenden der Landesleitung, Köhler, in seiner unverdienten Ruhe. Etwas verschreckt vernahm er die Forderung der Kollegen: „Sofortige Genehmigung des Streiks!"

Diesem Druck mußte er nachgeben. Pünktlich zu Arbeitsbeginn begann der Streik. Außer Dreien machten alle mit, sogar die Lehrlinge. Fünf Minuten vor Ladenöffnung erhielt der Chef vom Hausmeister einen Anruf, daß gestreikt werde. Kurz darauf brauste er an und öffnete mit totenbleichem Gesicht sein Geschäft.

Wir verteilten ein vorbereitetes Flugblatt an die Kunden, die in ihrer großen Mehrheit Solidarität bewiesen und nicht einkauften. Es gab sogar Kunden, die in den Laden gingen und die dortigen Streikbrecher als solche bezeichneten. Nach zweieinhalb Stunden wurde der Streik organisiert beendet. Seitdem ist die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen hervorragend. Alle sind sich einig, daß dies erst der Anfang war!



Während des Streiks verteilten die Kollegen Flugblätter an die Kunden des Buchladens.

Kabelwerke Rheinshagen/Westberlin

40 Prozent für die Liste „Frischer Wind"!

Es hat sich bewahrheitet: Wahltag ist Zahltag! 163 Kollegen haben den alten Betriebsräten ihre Absage erteilt. Und es wären mit Sicherheit noch bedeutend mehr gewesen, hätte nicht der alte Betriebsrat in Zusammenarbeit mit der IG-Metall und der Geschäftsleitung eine derartige Hetzkampagne gegen den kommunistischen Listenführer entfacht.

Ausgezeichnet war die Stimmung am Wahltag in Halle 3. Die Kollegen hielten fest die Daumen, wünschten viel Erfolg und klopften ihren Kandidaten voll Zuversicht auf die Schultern. Ihr Kreuz war der Liste 1 „Frischer Wind" sicher. Sie hatten sich nicht einschüchtern lassen von dem konzertierten Druck von oben. Sie ließen sich auch nicht dadurch verwirren, daß zwei Kandidaten der Liste im letzten Augenblick unter dem ständigen Druck „aus Überzeugung und freien Stücken" zurückgetreten sind.

Am letzten Tag vor der Wahl erschienen noch zwei verschiedene Flugblätter gegen den Listenführer: eins von der Ortsverwaltung der IG Metall und ein weiteres von den IG-Metall-Betriebsräten. Zusätzlich hingen sie noch zig Exemplare einer Karikatur des Listenführers in den Werkhallen auf, die allerdings sofort wieder von den Kollegen entfernt wurden. Schon möglich, daß diese Kampagne in den Werksteilen eine gewisse Wirkung erzielte, wo die Kandidaten der Liste „Frischer Wind" nicht persönlich Stellung beziehen konnten.

IG-Metall-Bonze Vandrei schreibt in seinem Flugblatt: „Wir blödeln nicht mit Programm und hohlen Versprechungen. Die Leistungen und Erfolge unserer Gewerkschaft sind meßbar und es sollte uns zu denken geben, wenn Chaoten (wie die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition des Herrn Vollmer) zum Kampf blasen." Ja, gerade weil die Leistungen der IG Metall am Betrieb meßbar sind und viele Kollegen aus eigener Erfahrung wissen, daß der Kollege Vollmer kein Chaot ist, gerade deswegen haben sich 163 ganz bewußt gegen die Kandidaten der IG-Metall-Liste und für die Liste „Frischer Wind" entschieden.

Zu guter Letzt wurde dem Listenführer noch verboten, bei der öffentlichen Stimmenauszählung teilzunehmen. Die Empörung der Kollegen und die Beantragung einer Einstweiligen Verfügung beim Arbeitsgericht (der fünften während der Wahl) haben aber schließlich für seine Teilnahme gesorgt.

Drei Kandidaten der Liste „Frischer Wind" sind nun in den Betriebsrat eingezogen. Die erste Sitzung hat stattgefunden. Erwartungsgemäß wurde der alte Vorsitzende und sein Stellvertreter erneut in ihrem Amt bestätigt. Allerdings zum ersten Mal mi. drei entschiedenen Gegenstimmen.

AEG Brunnenstraße:

Ein Betriebsrat der RGO gewählt!

Einen besonders schweren Stand hatte die Liste „Frischer Wind" der RGO, die sich während der Betriebsratswahlen bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin gleich gegen zwei Fronten zur Wehr setzen mußte.

Einmal hat der IGM-Apparat mit allen Mitteln die RGO-Liste zu isolieren versucht. So trat der heutige Betriebsratsvorsitzende Jäckel mit dem lächerlichen Argument auf, die Liste „Frischer Wind" würde die Persönlichkeitswahl verhindern. Dabei ist derselbe Jäckel 1972 auch über eine zweite Liste in den Betriebsrat gekommen! Insgesamt drei Flugblätter brachte die IG Metall zur Wahl heraus, in denen die Liste „Frischer Wind" als Chaoten und Leute, die das Gewehr im Emblem führen, bei den Kollegen madig gemacht werden sollte.

Der revolutionären Kandidatin Ilse Töle war wegen einer Rede auf der Betriegsversammlung mit fristloser Kündigung gedroht worden. Diese Drohung konnte die Geschäftsleitung nicht wahrmachen, denn mit 118 Unterschriften für die Liste „Frischer Wind" zeigte sich, daß die Liste bei den Kollegen Unterstützung fand. Der Wahlvorstand versuchte noch, durch Streichung von 26 Unterschriften die Liste ungültig zu machen. Als dann aber auf Druck der Kollegen noch fünf Kollegen nachträglich in die Wählerliste eingetragen werden mußten und außerdem 16 Unterschriften nachgereicht wurden, kam man an der Anerkennung der Liste nicht vorbei.

Aber auch die Liste „Arbeitereinheit" (Alternative) hetzte gegen die RGO und ihre Liste, wo es nur ging. Auf dieser Liste, die von der GRF und anderen Opportunisten getragen wird, kandidierten unter anderem zwei Leute, die schon drei Jahre lang im Betriebsrat und oppositionell aufgetreten sind. Diese Liste tat sich vor allem durch ihre Einheitsaufrufe mit der IG Metall und ihre hinterhältige Hetze gegen die RGO hervor, und machte sich damit zum Handlanger des reaktionäre IGM-Apparats. Wenn unter diesen Umständen die Liste „Frischer Wind" ein Betriebsratsmandat mit 124 Stimmen (6,8%) errang (IGM 13%, „Arbeitereinheit" 4 Mandate), dann ist das ein guter Erfolg.

Die Anzahl der errungenen Betriebsratssitze ist aber auch nicht allein ausschlaggebend. Im Laufe des Kampfes hat die Liste „Frischer Wind" Kollegen in der Betriebsgruppe der RGO organisiert. Die neugegründete RGO-Gruppe brachte noch vor der Wahl zwei Flugblätter heraus. Auf den Versammlungen der RGO-Gruppe kamen die Probleme zur Sprache, mit denen Kollegen an die Kandidaten der RGO-Liste herangetreten waren. Deshalb unterstützten diese Kollegen auch am entschiedensten den Wahlkampf der RGO.

11. Ordentlicher Kongreß des DGB

Beschlüsse und Forderungen

Weichen auf Verrat gestellt

Angesichts der schweren Angriffe der Kapitalisten und der Regierung auf die soziale Lage der werktätigen Massen wäre es die Aufgabe einer wirklichen Klassengewerkschaft des Proletariats, ein revolutionäres Aktionsprogramm aufzustellen, ein Kampfprogramm, das von der kompromißlosen Verteidigung der Interessen des Proletariats ausgeht. Der DGB-Kongreß jedoch ist nicht einer Kampforganisation der Arbeiterklasse verpflichtet, sondern einem arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat, der den Kampf gegen den Kapitalismus sabotiert und unterdrückt.

So hat der Kongreß die meisten Forderungen der Kollegen vom Tisch gefegt oder aber entschärft und verfälscht. Oder sie wurden „dem Vorstand als Material überwiesen", das heißt in das „Schubfach für fromme Wünsche" abgeschoben, wo sie vor sich hinstauben und die DGB-Führung zu nichts verpflichten.

Was wurde zum Beispiel aus der Forderung „35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich"? Loderer hatte noch vor wenigen Tagen so getan, als sei er ein konsequenter Verfechter dieser Forderung. Aber das diente nur zur Täuschung des Publikums. Was der Kongreß verabschiedete, war nicht diese Forderung, sondern eine verstümmelte Version: „Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden". Von vollem Lohnausgleich ist in dem Beschluß keine Rede. Das ist Verrat, ist ein Tiefschlag gegen die Interessen der Kollegen. Damit wird die Möglichkeit von Arbeitszeitverkürzung **ohne** vollen Lohnausgleich offengelassen. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich jedoch ist das gleiche wie eine Art festgeschriebene Kurzarbeit.

Ein ähnliches Schicksal erlitten die meisten anderen Forderungen, die heute für die Verteidigung unserer Interessen so wichtig sind. Hier seien nur einige genannt:

- Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze — keiner Entlassung darf zugestimmt werden!
- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
- Gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei Umsetzungen — keine Abgruppierungen!
- Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und auf 55 Jahre für Frauen bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!
- Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
- Weg mit der Sperrfrist!
- Anerkennung aller arbeitssuchenden Erwerbslosen als zum Bezug von Arbeitslosengeld berechtigte Arbeitslose!

Genausowenig wie um diese Forderungen, scherte sich der Kongreß um die innergewerkschaftlichen Forderungen, die sich gegen die Diktatur des Apparats bzw. der Gewerkschaftsspitze richten und mehr Mitgliederrechte verlangen. Solche Forderungen waren sogar völlig Tabu auf diesem „Parlament der Arbeit".

Beim Metallerstreik in Stuttgart hatte sich klar gezeigt, daß die Mehrheit der Kollegen gegen die undemokratische 75-Prozent-Klausel ist und dafür, daß bei Urabstimmungen die einfache Mehrheit entscheidet. Oder nehmen wir die Forderung „Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen". Sie wurde bei den Betriebsratswahlen von Tausenden von Kollegen dadurch unterstrichen, daß klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte hohe Stimmenanteile erhielten, gerade die Kollegen also, die von den Bonzen ausgeschlossen werden. Aber die Aufgabe dieses Kongresses war es halt nicht, den Willen der Mitglieder zu erfüllen, sondern ihn vielmehr mit Füßen zu treten.

Um den Schein einer „Arbeitnehmervertretung" zu wahren, wurden auch einige wenige Zugeständnisse an die Basis gemacht. Dazu gehört die Forderung nach Verbot der Aussperrung und der Beschluß, nicht mehr an der „Konzertierten Aktion" teilzunehmen. Niemand sollte sich jedoch die Illusion machen, daß der DGB-Apparat ernsthaft daran denkt, den Kampf für die Durchsetzung eines Verbots der Aussperrung wirklich zu führen. Er wird diesen Kampf genauso sabotieren, wie er die Durchsetzung anderer wichtiger Forderungen der Arbeiterklasse seit jeher sabotiert. Und auch wenn die DGB-Bonzen sich nun plötzlich als Gegner der Konzertierten Aktion produzieren — ihre reaktionäre, verräterische Politik der Klassenzusammenarbeit und der Unterdrückung des unversöhnlichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung werden sie fortsetzen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Kongreß der Bonzen und Arbeiterverräter

Scheel und Schmidt auf dem DGB-Kongreß

Verunglimpfung der Arbeiterklasse

Bei jedem klassenbewußten Arbeiter muß es Ekel und Empörung ausgelöst haben, wenn er im Fernsehen oder in Zeitungen mitbekam, was sich Schmidt und Scheel, die obersten Vertreter der kapitalistischen Regierung, auf dem angeblichen „Parlament der Arbeit" herausnehmen konnten.

Unverschämt forderte Scheel wiederholt „größere Opferbereitschaft" von den Arbeitern und unteren Angestellten. Die versammelten DGB-Bonzen mahnte Scheel, den Gewerkschaftsmitgliedern besser klarzumachen, daß sie „Opfer für das Gemeinwohl" zu bringen hätten. Eine geradezu unglaubliche Provokation leistete der Bundespräsident sich, als er mit folgender Behauptung die Arbeitslosen beschimpfte: den „freigesetzten Arbeitnehmern fehlt es bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz an Mobilität" und das liege an unserem hervorragenden „System der sozialen Sicherheit". In verständlichem Deutsch ausgedrückt: die Arbeitslosigkeit kommt hauptsächlich daher, daß es den Arbeitslosen bei uns viel zu gut geht, daher sind viele Arbeitslose arbeitsscheu, sie sind nicht einmal willig, jede angebotene Arbeit unter jeder Bedingung (und sei sie auch noch so unzumutbar) anzunehmen.

Auch Kanzler Schmidt stand dem Bundespräsidenten in nichts nach, was seine Angriffe und Beleidigungen gegen die Arbeiterklasse betrifft. Frech tönte er, die Arbeiter sollen „in ihren Ansprüchen kurztreten und Augenmaß behalten". Unverfroren geiferte er: „Das Wort Pflicht gegenüber der Gemeinschaft wird mir zu klein geschrieben". Zynisch richtete er einen „Apell an die Eltern", sie sollten doch ihren Töchtern nicht „den Weg ins Berufsleben verbauen". Schmidt verzichtete auch nicht darauf, die berechtigte Forderung nach Verbot der Aussperrung anzugreifen. Das brutale Mittel der Aussperrung bezeichnete er als „legitimes Kampfmittel".

So konnten sich diese eingeschworenen Feinde der Arbeiterklasse auf dem DGB-Kongreß aufführen, konnten sie ihn auf Einladung der Bonzen als Tribüne für die Verunglimpfung und Beleidigung des arbeitenden Volkes benutzen. Haben die Delegierten auf diese Provokation wenigstens mit Protest und Mißfallensäußerungen reagiert? Keineswegs. Sie hörten sich alles ruhig mit an. Da kann man nur sagen: wirklich, ein schönes „Parlament der Arbeit" ist das!

Große Worte vom Recht auf Arbeit

Aber was sind die Taten?

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß in den kommenden Jahren die Vernichtung von Millionen weiterer Arbeitsplätze droht, daß eine rapide Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit zu befürchten ist. Auch die DGB-Bonzen mußten diese düstere Perspektive eingestehen. Dennoch erklärten Hauenschildt, Loderer und Vetter in einer Fernsehdiskussion, die in der letzten Woche aus Anlaß des DGB-Kongresses stattfand, ihr Ziel sei es, in den nächsten Jahren für den „Abbau des Sockels der Arbeitslosen" zu sorgen. Wahrlich ein gewaltiges Ziel. Erstaunlich, mit welch lässigem Optimismus die Supermänner des DGB darüber sprachen. Dabei sind doch bis jetzt alle ihre diesbezüglichen Programme und Maßnahmen, ihre Proklamationen und Apelle in der Luft verpufft — Ergebnis: gleich Null.

Genau genommen: „gekämpft" haben die DGB-Bonzen für das Recht auf Arbeit nur in Worten. Ihre Taten hingegen sahen anders aus. Ob im Betriebsrat oder als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat — fast in jedem Fall mußten die Belegschaften mit Empörung erleben, wie die Vertreter des DGB-Apparats zu Kurzarbeit ohne vollen Lohnausgleich, zu Entlassungen und Stillegungen ihre Zustimmung gaben. Und auch zu Sonderschichten und Rationalisierungsmaßnahmen gaben die DGB-Vertreter meist ihr Ja. Wenn die Belegschaften sich nicht zum Stillhalten zwingen ließen, wiegelte der Gewerkschaftsapparat ab und verhinderte radikale, erfolgversprechende Kampfmaßnahmen.

Wenige Tage, nachdem die DGB-Bosse im Fernsehen so große Töne über ihren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geschwungen hatten, beschloß der DGB-Kongreß, auf die Forderung zu verzichten, daß das Recht auf Arbeit im Grundgesetz verankert werden soll. Nun sind wir zwar keineswegs der Meinung, daß ein entsprechender Paragraph im Grundgesetz den Werktätigen auch in Realität das Recht auf Arbeit gewährleisten würde. Im Grundgesetz stehen manche schönen Worte, und Papier ist geduldig. **Aber wenn den DGB-Bonzen schon dies zu radikal ist, wie muß es dann erst mit ihrem „Kampf" für die reale Verwirklichung des Rechts auf Arbeit aussehen?**

Natürlich kann der DGB-Apparat nicht darauf verzichten, der Arbeiterklasse vorzuspiegeln, daß er sich für „die Überwindung der Arbeitslosigkeit" stark mache und daß er auch ein erfolgversprechendes Konzept dafür habe. Dieses Konzept besteht in einem Katalog von Reform-Forderungen, angefangen von der Durchsetzung der "echten paritätischen Mitbestimmung" bis hin zu „demokratischer Investitionslenkung", zur „Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken" und zur Einrichtung von „Sozial- und Wirtschaftsräten". Aber einmal angenommen, diese Forderungen blieben nicht nur auf dem Papier, sondern der DGB setzte sie auch durch — was rechtfertigt denn die Behauptung, daß dadurch der Arbeitslosigkeit beizukommen ist?

Seit Jahrzehnten besteht bereits die paritätische Mitbestimmung im Bergbau und in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie. Wurden in diesen Bereichen weniger Arbeiter entlassen, wurden weniger Betriebe bzw. Zechen stillgelegt? Im Gegenteil! Hunderttausende Kollegen verloren auf den Zechen und in den Hüttenwerken an Rhein und Ruhr bereits ihren Arbeitsplatz. Genausowenig sind die Arbeitsplätze in den bestehenden verstaatlichten Betrieben und Branchen gesichert, sei es bei Post und Eisenbahn, sei es in Staatskonzernen wie dem Stahlunternehmen Salzgitter oder sei es bei halbstaatlichen Konzernen wie VW, Ruhrkohle AG und andere. **Der bürgerliche Staat vertritt eben nicht „das Gemeinwohl" oder gar die Interessen der Werktätigen. Er ist das Werkzeug der Ausbeuterklasse, sein oberstes wirtschaftliches Prinzip ist genau wie in der Privatindustrie der Profit.**

Es gibt in Wahrheit nur ein Mittel, das gegen wachsende Arbeitslosigkeit hilft: der konsequente Kampf der werktätigen Massen gegen jeden Angriff der Kapitalisten und ihres Staates auf unsere Arbeitsplätze, gegen Entlassungen und Stillegungen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, für mehr Ausbildungsplätze und Übernahme aller Lehrlinge und für ähnliche Forderungen. Diesen Kampf führt die RGO. Der DGB-Apparat aber sabotiert ihn. Selbst wenn dieser Kampf aber machtvoll und kompromißlos geführt wird, kann dadurch die Massenarbeitslosigkeit noch nicht besiegt werden. Denn dieses Übel gehört zum kapitalistischen System wie der Dekkel zum Topf.

Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß die bürgerliche Ausbeuterordnung gestürzt und der Sozialismus errichtet werden, wie in Albanien, dem einzig wahrhaft sozialistischen Land in Europa. Albanien ist auch das einzige Land, das weder Wirtschaftkrisen noch Arbeitslosigkeit kennt, das einzige Land mit wirklicher Vollbeschäftigung. Denn hier herrscht nicht die Profitgier der Unternehmer, hier kann sich niemand an der Arbeit anderer bereichern. Denn in Albanien ist der Staat in der Hand der Arbeiterklasse.

Der wahre Sinn der Reformkonzepte des DGB besteht genau darin, uns Werktätige vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, zu verhindern, daß wir uns eines Tages zur sozialistischen Revolution erheben, und uns damit wirlich das Recht auf Arbeit erkämpfen.

DKP-Chef Mies

Draußen vor der Tür

Im Gegensatz zu Scheel, Schmidt und Brandt war DKP-Chef Herbert Mies nicht geladen. So mußte er sich damit begnügen, „dem Kollegen Vetter" per Post zu seiner Wiederwahl zu gratulieren. Bei solch offiziellen Anlässen werden die DKP-Führer von der DGB-Spitze auf Distanz gehalten. Die Revisionisten sind darüber natürlich sauer.

Verständlich, denn wer wollte leugnen, daß die DKP eine treue und wichtige Stütze des DGB-Apparates ist? Zwar übt die DKP hin und wieder schon mal Kritik an der Gewerkschaftsführung. Besonders, wenn in den Betrieben die Wogen der Empörung hochschlagen, weil die Kollegen sich von den Bonzen wieder einmal verraten und verkauft sehen. Dann machen die Revisionisten schon mal in „Opposition von links". Aber das ändert schließlich nichts an ihrer grundsätzlichen Loyalität gegenüber den Vetter, Loderer und Konsorten.

Auch wäre es nur oberflächlich, würde man sagen: so ist eben der Charakter der Revisionisten, sie lekken denen die Füße, die oben sitzen. So einfach ist das nicht. Abgesehen davon, daß viele DKP-Funktionäre selbst im DGB-Apparat sitzen, hat das gute Verhältnis dieser Partei gegenüber den Gewerkschaftsbossen schon tiefere Gründe. Und die wären? Sowohl Mies und Konsorten als auch die DGB-Bonzen haben quasi den gleichen Beruf: Sie sind professionelle Abwiegler.

Gemeinsam betrügen sie die Werktätigen, indem sie sie mit der Politik der Klassenversöhnung, mit illusionären Reformstrategien vom kompromißlosen Kampf für ihre Interessen abzuhalten versuchen. Gemeinsam erzählen sie uns das Märchen, durch eine paritätische Mitbestimmung könne sich unsere Lage zum Besseren wenden, die Unternehmer könnten dann nicht mehr „den Herrn im Hause" spielen. Gemeinsam appellieren sie ständig an die Regierung, doch endlich gegen die Unternehmer härtere Saiten aufzuziehen und das Recht auf Arbeit zu verwirklichen usw. usf. Gemeinsam verachten sie die Arbeiterklasse und fürchten den proletarischen Klassenkampf.

Deshalb hat das DKP-Sprachrohr „UZ" Ursache genug, den DGB-Kongreß über den grünen Klee zu loben, seinen „gesellschaftskritischen Geist" zu bejubeln und freudig festzustellen: hier herrsche "absolute Einigkeit über die Notwendigkeit, konsequente Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit einzuleiten".

Natürlich gibt es auch politische Differenzen und Unstimmigkeiten zwischen beiden Seiten. So gefällt es den DGB-Bossen nicht, daß die DKP am Gängelband Moskaus und Ostberlins geht und auf die Millionenbeträge von dieser Seite angewiesen ist. Die DGB-Führer sind ja engstens mit dem westdeutschen Finanzkapital liert und fühlen sich ihm und auch dem amerikanischen Imperialismus verbunden. Zudem preisen die DKP-Revisionisten die brutalen Diktaturen wie die Sowjetunion und die DDR und finden sogar Mauer und Schießbefehl in Ordnung. Die DGB-Führer dagegen geben sich lieber als Verfechter von „Freiheit und Demokratie" westlichen Musters. Aber wie dem auch sei. Das alles schließt ja nicht aus, daß man Herbert Mies eines Tages doch noch den Gefallen tut und ihm einen Platz auf der Ehrentribüne eines DGB-Kongresses reserviert. Verdient hätte er es schließlich.

GEGEN REAKTION

Ein Dokument des Polizeiterrors

Pfingstsamstag in Lübeck. Dichtes Gedränge. Plötzlich fahren mehrere Mannschaftswagen mit Polizei heran und räumen einen Informationsstand des KBW ab. Es bilden sich Diskussionstrauben. „Das ist doch nicht in Ordnung. Wo ist denn da die Meinungsfreiheit". Diese Meinung haben viele. Auch der Offsetmontierer Peter P. Der 31-jährige Arbeiter sagte dies der Polizei — ruhig und sachlich. Was er dann erlebte, schildert er in einem Gedächtnisprotokoll. Ein ungeheuerliches Dokument des Polizeiterrors.

„Da rief einer: ‚Festnehmen, abführen!' Sofort wurde ich brutal von einem Polizisten in den Schwitzkasten genommen und von zwei anderen zusätzlich gepackt. Die drehten mir die Arme um und würgten meinen Hals, so daß ich glaubte, ersticken zu müssen. Da ich keine strafbare Handlung zuvor begangen hatte, war es für mich unverständlich, aus welchem Grund ich so brutal gepackt und überhaupt abgeführt wurde. Aktiver Widerstand war meinerseits in dieser Situation unmöglich, ich wurde teilweise sogar getragen. Auf dem Wege zum Mannschaftswagen fiel ich mit den Polizisten dreimal zu Boden. Vor dem Wagen wurde ich an den Beinen hochgezogen, Arme und Beine wurden festgehalten und dann sprühte ein Polizist aus ca. 30 cm Entfernung mir Tränengas oder ähnliches in Gesicht und Nase. Sie traten mich mehrmals mit Füßen in die Rippen und in den Rücken. Zwei Faustschläge drangen durch meine Armdeckung seitlich ins Gesicht. Der eine traf mich an der rechten Schläfe zum Auge hin, der andere etwas tiefer an Ohr und Kiefer. Meine Beine, insbesondere die Knie, sind zerschunden, die linke Hand weist mehrere blutige Schürfwunden auf.

Der ältere Polizist schrie die ganze Zeit, ich solle die Taschen meiner Kleidung ausleeren. Er schrie es wohl deshalb so lange, weil ich nicht so schnell in meine Taschen greifen konnte, denn jedesmal, wenn ich nach einer Jacken- oder Hosentasche langte, hieben alle auf mich ein, und ich brauchte die Arme, um meine Körper vor den brutalen Schlägen abzudecken. Der Ältere schrie wieder: ‚Zieh die Jacke aus, na wird's bald!' und ‚Schuhe aus, die Rotzfahne



Peter P. wird von den Polizisten brutal gepackt, abtransportiert und mißhandelt.

Im Wagen hatte ich große Atemnot, und die Augen tränten und brannten mir so, daß ich nur verschwommen sah. Dann ging es mit Blaulicht zur Mengwache. Als die Seitentür des VW-Busses links von mir aufging, packte mich sofort der rechts von mir sitzende Polizist aggressiv am Arm, wobei ich sagte: ‚Faß mich nicht an'. Auf der Wache setzte die schlimmste Prügelei ein, die ich je erlebt habe. Der ältere Polizist mit der braunen Brille zog mich in die Wache, wobei beide kräftig mithalfen, indem sie mich stießen und durch die Wache prügelten. Ich konnte kaum die Räumlichkeiten wahrnehmen, da ich mein Gesicht vor den dauernden Faustschlägen mit meinen Armen schützen mußte. Die größte Gemeinheit war, daß mich beide Polizisten gegen die Türpfosten schleuderten und mich dabei noch festhielten. Sie legten es offensichtlich darauf an, mir das Gesicht zu zertrümmern. Ich wurde zweimal gegen die Türeckpfosten geschleudert, konnte aber mit verschränkten Armen meinen Kopf vor dem Aufprall schützen. Die Gesichter der beiden Polizisten habe ich mir tief eingeprägt.

Mit Prügel und Tritten wurde ich auf die Holzpritsche getrieben, dann hagelte es von den Polizisten von allen Seiten Faustschläge. Der Polizist mit dem kantigen Gesicht schlug mich mit seinem Knüppel mehrere Male auf den Rücken und dann vier mal auf den Kopf. Ich wurde von der Pritsche auf den Steinfußboden gestoßen und weiter ging es mit der Schlägerei. Die Kopfschläge waren so schmerzhaft, daß ich zweimal laut aufschrie. Einmal landete der Knüppel auf meiner rechten Hand, die ich zum Schutz über den Kopf hielt. Der Handrücken ist geschwollen und der Knüppelabdruck noch zu sehen. Nicht genug damit, daß sie mit Fäusten und Knüppeln unter wüsten Pöbeleien auf mich einschlugen. Sie trakannste behalten!' — er meinte die Taschentücher. Ich entleerte so mühsam, durch Schläge und Tritte unterbrochen, meine Taschen. Dazu sagte ich, daß ich, wenn sie schlügen, eben nicht schneller auspacken könnte, und ich alles, was sie mit mir dort machten, meinen Arbeitskollegen berichten werde. Darauf der Ältere: ‚Deine Kollegen? Du bist ja zu doof, du mußt erst mal zur Schule gehen.' Als er dann mein kleines Taschenmesser in die Hand nahm, schrie er: ‚Du hast ja ein Messer!' — und zu den zwei anderen gewandt — ‚der wollte uns stechen!' Nachdem sie mich noch einige Male schlugen, ließen sie mich allein in der Zelle.

Während der gesamten Zeit der Festnahme wurde mir nicht gesagt, aus welchem Grund ich festgehalten und geschlagen wurde, man ließ mich kommentarlos gehen.

Meine Verletzungen: Hautabschürfungen am Kinn und an der Stirn, Bluterguß im rechten Augenbereich sowie Hautabschürfungen, Kieferprellung, weitere Hautabschürfungen an den Händen, Beinen und Knien. Auf der Kopfhaut sind Blutergüsse sichtbar. Starke Prellungen und Blutergüsse auf dem Rücken. Selbst Fußabdrücke von den Tritten waren auf dem Rücken sichtbar."

Vier Passanten wurden so verhaftet, verprügelt, mißhandelt. In Lübeck hat dieser Polizeiterror gegen die vier Verhafteten große Empörung geweckt. Fünf Tage später, am 18. Mai, demonstrierten 300 Menschen gegen die Prügelpolizei. Die Demonstration führte an der Mengwache vorbei. 200 Polizisten mit angeketteten Polizeihunden hatten sich vor dem Tatort der Mißhandlung postiert. Auf der Demonstration und der anschließenden Kundgebung verteilte die RHD 500 Solidaritätsflugblätter und sammelte 63 Mark für die vom Polizeiterror Betroffenen. Kampf dem Polizeiterror!

Grohnde-Prozesse

Ein gerechter Kampf findet Unterstützung

Seit einigen Monaten finden in Hannover vor dem Landgericht Prozesse gegen Demonstranten statt, die gegen das Atomkraftwerk in Grohnde gekämpft haben. Das Gericht sprach bereits mehrere Gefängnisstrafen aus. Verurteilt wird nicht die Polizei, die mit bürgerkriegsähnlichem Terror gegen die Demonstranten vorging, verurteilt werden diejenigen, die sich gegen das mörderische Atomprogramm dieses Staates zur Wehr setzen. Der Rote Morgen sprach mit dem Elektrotechnik-Studenten Klaus Hahn, der zur Zeit vor Gericht steht.

Klaus: Als die Polizei die Demonstranten in einer Zangenbewegung umkesselte, sind die Polizisten äußerst brutal vorgegangen. Die Reiter sind in vollem Galopp in die Demonstranten hineingeritten. Ich kenne ein Mädchen, das hat einen Hufschlag auf den Kopf gekriegt, ihr Helm war völlig zertrümmert. Wenn sie keinen Helm aufgehabt hätte, wäre sie nicht mehr am Leben. Einige festgenommene Demonstranten lagen am Boden mit schweren Gehirnerschütterungen und gebrochenen oder geprellten Rippen.

RM: Wieviele Demonstranten sind verhaftet worden?

Klaus: Festgenommen wurden 26 Demonstranten. Von ihnen haben 11 eine Anklage vorm Landgericht, Hannover, zwei vor dem Amtsgericht in Hameln. Die Demonstranten, die festgenommen wurden, hat man willkürlich und zufällig verhaftet. Später haben die Polizisten dann überlegt, was kann man ihnen vorwerfen.

RM: Eure Anklage lautet auf Landfriedensbruch.

Klaus: Landfriedensbruch ist ja nach den Paragraphen schon, wenn jemand aus einer Menge, aus der Steine geworfen werden, dies psychisch, durch das, was er denkt, unterstützt. Früher haben sie das noch viel deutlicher gesagt — bei den alten Preußen. Da hieß es, Landfriedensbruch ist, wenn sich eine Menge aus den unteren Klassen des Volkes gegen die Obrigkeit widersetzt. Heute sagen sie das ein bißchen anders, etwas geschickter. Aber es ist ganz klar, dieser Paragraph wird gegen Demonstrationen angewendet, gegen die, die sich gegen Unterdrückungsmaßnahmen des Staates wehren.

RM: Ihr seid schon vor dem Prozeß öffentlich verurteilt worden...

Klaus: Ja, Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Groß haben eine erhebliche Hetze losgelassen. Als Albrecht bei den Festgenommenen in Hameln war, sagte er beispielsweise zu einem Demonstranten: „Du kommst jetzt hinter Gitter!" Innenminister Groß hat gesagt, man solle nicht von Demonstranten sprechen, das wären keine Demonstranten, sondern Verbrecher, die politische Sachen vorschieben, um gewalttätig zu sein. Und in der Presse hießen die Überschriften: „Die Schlacht von Grohnde" oder „Bürgerkrieg in Grohnde".

RM: Tatsache ist aber, daß die Polizei sich bürgerkriegsmäßig vorbereitet hat...

Klaus: Die Polizei ist mit Panzerwagen aufgefahren. Sie haben auf einzelne Demonstranten Jagd gemacht mit ihren Pferden. Ein Bundesgrenzschutzbeamter, der oben im Hubschrauber geflogen ist, hat als Zeuge ausgesagt, seiner Meinung nach wäre es notwendig gewesen, Schußwaffen einzusetzen, aber er wäre ja nicht der Leiter des Polizeieinsatzes gewesen.

RM: Wie sind denn die bisherigen Prozesse abgelaufen?

Klaus: Der erste Prozeß war vor dem Amtsgericht in Hameln, gegen Linda aus Bremen. Sie soll zwei Polizeibeamte gegen das Schienbein getreten haben. Die beiden waren aber nicht auffindbar. Das war kein Hinderungsgrund, sie zu verurteilen.

Der nächste Prozeß war gegen Gerd Schulz aus Hameln. Er erhielt 13 Monate ohne Bewährung.



Klaus Hahn

Einem anderen Demonstranten wird vorgeworfen, er habe ebenfalls mit einem Knüppel auf einen Polizisten geschlagen. Der Polizist sagt aus: „Es kam ein Schatten auf mich zu, schlug mich nieder, ich wurde Bewußtlos und ging zu Boden". Dann soll dieser Polizist wieder aufgesprungen sein und ihn festgenommen haben. Das war Christian aus Hannover. Er hat 11 Monate ohne Bewährung bekommen.

Ein weiterer Fall: Helmut Oldefest, er wird Eso genannt. Auch ihm wird vorgeworfen, er hätte mit einem Knüppel Polizeibeamte geschlagen. Das Beweisfoto aber zeigte, daß er ein Seil in der Hand hält. Insofern wurde der Beweis praktisch widerlegt. Aber trotzdem 12 Monate ohne Bewährung.

Das letzte Urteil war gegen Rüdiger aus Hamburg. Ihm wurde vorgeworfen, mit einer Zwille auf Polizeibeamte geschossen zu haben. Nun wurde der Hauptbelastungszeuge sogar vom Richter als unglaubwürdig hingestellt und der Falschaussage überführt. Er wurde nämlich von mehreren Demonstranten als derjenige identifiziert, der einen Demonstranten auf dem Bauplatz mißhandelt hat. Er hat ihn dauernd mit dem Knüppel auf den Kopf geschlagen, obwohl der Demonstrant schon am Boden saß mit blutenden Beinen, weil sie Hunde auf ihn gehetzt hatten. Rüdiger haben sie zu neun Monaten, diesmal auf Bewährung, verurteilt.

Ich denke mir das so. Bisher sagte der Staatsanwalt bei jedem Plädoyer: Liebe Angeklagten, sprecht euch doch gegen die Demonstration aus, gegen die Gewalt. Wenn ihr Reue zeigt, dann könnt ihr auf Bewährung davonkommen... Es hat sich aber keiner gefunden, der zurücksteckte. Auch Rüdiger nicht. Und jetzt heißt es in der Urteilsbegründung, der Prozeßverlauf hätte gezeigt, daß Rüdiger sich davon distanziert hätte. Davon ist aber kein Wort wahr. Das ist nichts als ein hinterhältiger Trick, Angeklagte zu finden, die sich aus der Front herausbrechen lassen. Bisher sieht es aber nicht so aus.

RM: Und was wird dir vorgeworfen?

Klaus: Ich soll einen Stein auf einen Polizisten geworfen haben. Der Polizist hat mich erkannt, so sagt er, weil ich völlig gelb gekleidet war, einen roten Helm aufhatte und vermummt war. Sonst wäre keiner so gekleidet gewesen. Jeder, der dort war, weiß aber, daß viele so aussahen.

Ursprünglich hatten sie nur einen Zeugen. Das war wohl selbst dem Oberstaatsanwalt zu dünn. Auf seine Anordnung wurde nämlich das Verfahren eingestellt. Mit der Begründung, ein hinreichender Tatverdacht ist nicht gegeben. Dann kam plötzlich ein zweiter Zeuge aus der Versenkung. Der sagte, er hat einen gesehen, der völlig gelb angezogen wat, er hätte allerdings keine Festnahme gesehen. Daraufhin wurde die Anklage gegen mich erhoben, obwohl der zweite Zeuge sagte, vielleicht war ich es, vielleicht auch nicht. Offensichtlich wollten sie noch einen Demonstranten hinter Gitter bringen.

Heute auf der Gerichtsverhandlung wurde nun ein Polizeifilm vorgeführt, auf dem ich eindeutig zu erkennen bin. Dort habe ich keine gelbe Jacke an. Nun sagt der Polizist, er wisse es nicht mehr so genau, er könnte sich das nicht erklären, aber daß ich einen Stein geschmissen habe, das wüßte er noch. Er hat wohl Angst, wenn er sich festlegt. Nun wird man sehen, was sich das Gericht weiter ausdenkt. Die Polizeiaussage ist durch den Polizeifilm widerlegt. Das ist bisher die schärfste Widerlegung, die in den Grohnde-Prozessen gelungen ist.

RM: Der Prozeß ist streng bewacht.

Klaus: Die Besucher werden durchsucht, ihnen werden die Personalausweise abgenommen, hinten im Prozeßsaal sitzen bewaffnete Polizeibeamte. So versuchte das Gericht zu verhindern, daß viele Besucher hinkommen. Ich kenne einige Freunde, die wollen Lehrer werden. Sie haben Angst, in den Prozeß reinzugehen, weil dann ihr Name an den Verfassungsschutz weitergeleitet wird. Trotzdem sitzen immer eine Reihe Besucher da. Obwohl im Februar und im März jeden Tag Verhandlung war. Wer kann schon jeden Tag von morgens bis abends dahinkommen? Auch das ist ein Mittel, um zu verhindern, daß Besucher sich beispielsweise auch nur einen Prozeß von Anfang bis Ende ansehen können. Wir haben Anträge gestellt, um diese polizeilichen Maßnahmen aufzuheben. Jeder Antrag ist abgelehnt worden. Nach einer kleinen Kaffeepause kam das Gericht dann wieder rein, egal, ob der Antrag fünf Minuten lang war oder eine dreiviertel Stunde. Die beraten immer genau eine Kaffeetassen-Länge. Manche Gerichte brauchen etwas länger, 20 Minuten, dann ist da ein Zigarrenraucher dabei.

RM: Hast du Unterstützung bei deinem Kampf?

Klaus: Aus dem Studentenheim, in dem ich wohne, haben schon viele den Prozeß besucht. Ich erhalte zahlreiche Solidaritätserklärungen, auch aus anderen Städten. Die Bürgerinitiativen in Hannover haben auch schon Geld zur Unterstützung gesammelt. Ebenfalls die RHD. Man sieht daran, daß die Solidarität mit unserem gerechten Kampf gegen die Atomkraftwerke nicht nachläßt.

RM: Wir wünschen dir bei deinem Kampf vor Gericht viel Erfolg.

UND FASCHISMUS!

Sondereinheiten der Polizei

Bespitzeln, zuschlagen, töten

Auf dem Gelände des alten Nürnberger Fernmeldezeugamts seilen sich junge Männer in Kampfanzügen vom Dach des Gebäudes ab. Sie sprengen das Schloß einer Tür auf und stürmen die Wohnung. Mit Nahkampf-Schlägen demonstrieren sie, wie der „Feind" überwältigt wird. Die jungen Männer gehören zu den Sonderkommandos der bayrischen Polizei. Innenminister Seidl führte sie im Mai der Presse vor.

Bisher 11,6 Millionen Mark hat allein das Land Bayern in den Ausbau dieser Terror- und Killer-Trupps investiert. In Nordbayern gehören 120 ausgesuchte Polizeibeamte zu den Spezialeinheiten: SEK (Sondereinsatzkommandos), MEK (Mobile Einsatzkommandos) und PSK (Präzisionsschützenkommandos). Dazu gibt es Einheiten bei den Polizeipräsidien München und Augsburg und den Standorten der Bereitschaftspolizei.

Waren früher einzelne Bundesländer wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg beim Aufbau dieser Spezialeinheiten vorausgeeilt, so gibt es seit der Innenministerkonferenz 1974 ein gemeinsames Konzept für Organisation, Ausrüstung und Ausbildung dieser Terrortrupps, sowie eine Planung für den gemeinsamen Einsatz.

Diese Sonderkommandos werden keineswegs in erster Linie zur Bekämpfung von schweren Verbrechen eingesetzt und ausgebildet. Die Aufgabe dieser Spezialtruppen ist es, die Kämpfe des Volkes zu zerschlagen, die Werktätigen zu terrorisieren. So begründete Innenminister Weyer 1973 den Aufbau der nordrhein-westfälischen Spezialeinheiten mit dem „Sturm anarchistischer Demonstranten auf das Bonner Rathaus". Und inzwischen gibt es kaum eine Demonstration, kaum einen größeren Einsatz in Arbeitervierteln, bei dem nicht diese Kommandos auftauchen, zuschlagen, prügeln — und morden.

Mobile Einsatzkommandos (MEK)

In diese Sondereinheiten werden nur junge Polizisten, zwischen 25 und 35 Jahren, aufgenommen. Sie erhalten einen 13wöchige Grundausbildung, anschließend eine einjährige Spezialausbildung. Darunter Karate und vor allem Schießen. Aus allen Lagen, mit Pistole, Gewehr, Maschinenpistole. Um zu treffen, um zu töten.

Das „Mobile Einsatzkommando" wird, so heißt es, vor allem zur Fahndung, Beobachtung und Aufklärung von Objekten und Personen eingesetzt. Was das praktisch heißt, haben viele schon erlebt. Da prügeln blitzartig junge Männer in Jeans und Pulli mitten in einer Demonstration auf Demonstranten los, schlagen sie blutig und nehmen sie anschließend fest — die Blutarbeit des MEK. Da tauchen nachts abenteuerliche Gestalten mit Lederjacken und langen Haaren auf, fordern zum Anhalten auf. Wenn man nicht sofort darauf eingeht, weil man diese Gestalten für Kriminelle hält, schlagen sie los, ja schießen auch. So in München, in Frankfurt oder Köln. Die Wegelagerer sind vom MEK. Diese Terrortruppe, die mit ziviler Kleidung und Zivilautos arbeitet, ist gewöhnlich dem Landeskriminalamt untergeordnet.

Sondereinsatzkommandos (SEK)

Anders die Sondereinsatzkommandos. Sie sind in den meisten Ländern den Polizeipräsidenten zugeordnet. Diese Truppe ist darauf spezialisiert, so heißt es, dann einzugreifen, „wenn die Lage ein geschlossenes Vorgehen unter Anwendung unmittelbaren Zwangs gegen Gewalttäter erfordert". Die „Elite" der Terroristen in Uniform.


Ein „Sondereinsatzkommando" stürmt eine Wohnung. Das Schloß der Tür wird „kurzerhand mit einer gezielten Ladung" gesprengt.

Diese Polizeitruppe hat nichts mehr mit dem täglichen Papierkrieg, mit Streifendienst und üblichen Einsätzen zu tun. Diese Sondereinsatzkommandos werden systematisch darauf gedrillt, mit terroristischer Gewalt und Schießeinsätzen loszuschlagen. So haben allein die 60 Mitglieder der SEK-Kommandos in Rheinland-Pfalz pro Woche zwei Tage Nahkampftraining. Dazu Schießübungen. Und zwar nicht einfaches Scheibenschießen, sondern „praxisorientiert": aus der Hüfte ziehen und losballern. Ziel dieser Übungen ist es, „im Notfall" töten zu können — ohne Überlegung und mit dem ersten Schuß.

Präzisionsschützenkommandos (PSK)

Neben diesen beiden Terrortruppen haben die Bundesländer Spezialpolizeitruppen aufgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, gezielt töten zu können. In Rheinland-Pfalz gehören 114 Polizisten zu den Präzisionsschützenkommandos. Diese Scharfschützen trainieren jede Woche einmal ganztägig den Todesschuß.

Töten trainieren — dazu ist den Ministerien kein Geld zu schade. Als Weyer in Nordrhein-Westfalen seine Todeskommandos im Jahre 1972 aufbaute, verschossen die 700 Polizisten, die an dem Scharfschützenlehrgang teilnahmen, allein in drei Monaten 840.000 Schuß Munition. Pro Mann 2.010 Kugeln.

Besonderen Wert bei dieser PSK-Ausbildung wird darauf gelegt, den Polizisten das „Tötensollen, -dürfen und -müssen deutlich zu machen". Gerade das neue „Einheitliche Polizeigesetz" hat jetzt die letzten juristischen Hindernisse und möglichen Skrupel beiseite gefegt, um den gezielten Todesschuß verstärkt einzusetzen. Die PSK-Mordschützen sitzen üblicherweise bei verschiedenen Dienststellen des Polizeipräsidiums. Für ihren Einsatz werden sie fallweise zusammengerufen. Dann, wenn MEK und SEK das „Objekt" umstellt haben!

Der Aufbau dieser Terrorkommandos ist in allen Bundesländern abgeschlossen. Der skrupellose Einsatz dieser Mord- und Killer-Truppen gegen Demonstrationen, bei Hausdurchsuchungen, bei Fahndungen zeigt mehr als viele Worte, daß dieser Staat sich unter dem Deckmantel der „Rechtsstaatlichkeit" mehr und mehr faschisiert. Was diese Spezialtruppen, weitgehend anonym und durch Befehle aus den höchsten Staatsbehörden gedeckt, treiben, erinnert nicht zu Unrecht viele Werktätige an die Nazi-Polizei. Kämpfen wir gegen die zunehmende Faschisierung! Verstärken wir die Anstrengungen, die Front gegen Reaktion und Faschismus aufzubauen!

Filbinger

Nazi-Justizmord „rechtmäßig"!

Das Landgericht Stuttgart hat jetzt ein vorläufiges Urteil im Verfahren Filbinger gegen Hochhuth gesprochen. Es war nichts anderes von dieser durch Nazi-Juristen aufgebauten westdeutschen Justiz zu erwarten. Sie hat Filbinger bescheinigt, daß sein Handeln als Marinerichter „rechtmäßig" gewesen sei. „Rechtmäßig": das Urteil nach Nazi-Gesetzen im Kriegsgefangenenlager!

Dagegen ist es nichts als ein Hohn, wenn das Gericht Hochhuth gestattet, er dürfe weiterhin sagen, Filbinger sei ein „furchtbarer Jurist" gewesen, er habe nach „Nazi-Gesetzen verurteilt". Dies sind nichts als Tatsachen. Und das Aussprechen von Tatsachen zu verbieten, fällt sogar dieser Klassenjustiz noch schwer.

Mit diesem Urteil der „Rechtmäßigkeit" von Nazi-Gesetzen und Nazi-Gerichten hat das Stuttgarter Gericht den faschistischen Terror, Mord, Unterdrückung und Verfolgung gerechtfertigt! Es hat sich in offenen Gegensatz sogar zu der Beurteilung im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß gestellt, das in seinem Juristen-Urteil festhielt: „Der Kern der Anklage in diesem Falle besteht ja gerade darin, daß die Gesetze, die Hitler-Erlasse und das drakonische, korrupte und verderbte nationalsozialistische Rechtssystem als solches in sich selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen an der Menschlichkeit darstellen und daß eine Teilnahme an dem Erlaß und der Durchführung dieser Gesetze verbrecherische Mittäterschaft bedeutet... Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen."

Daß Filbinger die mörderische Nazi-Justiz nicht nur vertreten, sondern von Anfang an propagiert hat, wurde nicht zuletzt durch die Veröffentlichung seiner faschistischen Artikel aus dem Jahre 1935 deutlich. Filbingers dreiste Verteidigung der Blutjustiz in aller Öffentlichkeit, die Rückendeckung dieses Blutrichters durch die Klassenjustiz, ist eine Provokation für alle Antifaschisten. **Weg mit Filbinger! Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!**

Terror in Uniform

Hamburg. Folgende unglaubliche Geschichte vom 21. Mai in Hamburg erzählte der Polizeibericht. Die Polizei hatte einen 20jährigen jungen Mann festgenommen, weil er in einem Hotel seine Rechnung nicht bezahlt haben soll. Vor der Polizeiwache habe der Festgenommene, so berichten die Polizisten, eine Pistole gezogen und die Beamten zum Weiterfahren aufgefordert. Einem Polizisten sei es gelungen, die Waffe herunterzudrücken, während der andere Beamte seine Waffe zog. Darauf sei der junge Mann mit den Worten „Wenn es so ist, kann ich mich auch selbst umbringen" vom Sitz gerutscht, habe seinen Kopf an seine vom Polizisten heruntergedrückte Pistole gehalten und abgedrückt. Der junge Mann starb in der Klinik. Welche Selbstmordmärchen will uns die Polizei eigentlich noch verkaufen?

Polizei lügt zwei Jahre lang

Frankfurt. Detlef Schulz und Johannes Roos standen in Frankfurt vor Gericht, weil sie am 7. Mai 1976 einen Polizisten erschossen haben sollen. Sie waren damals an einem Baggersee von der Polizei kontrolliert worden. Plötzlich ging die Schießerei los. Zwei Jahre lang behauptete die Polizei, Schulz und sein Begleiter hätten den Polizisten erschossen. Nun ergab eine neue Untersuchung der Kugel während der Gerichtsverhandlung, daß der tödliche Schuß aus der Dienstpistole des zweiten Polizisten stammte. Schulz und Roos mußten freigesprochen werden. Zwei Jahre lang saßen sie schuldlos in Untersuchungshaft!

Falschaussage

Westberlin. Der durch den Todesschuß auf den Studenten Benno Ohnesorg bekannte Polizist Karl-Heinz Kurras stand wieder vor Gericht. Er hatte sich mit einem „Stern"-Reporter geprügelt, der ein Bild von ihm machen wollte. Der Reporter zeigte Kurras wegen Körperverletzung an. Verfahren eingestellt. Stattdessen erhielt der Reporter eine Anzeige, weil er Kurras mehrfach „Mörder" genannt haben soll. Vor Gericht kam nun heraus, daß Kurras persönlich die belastenden Aussagen eines ausländischen Hausmeisterehepaares formuliert, geschrieben und zur Polizei gegeben hatte. Die Ausländer hatten die Aussagen unterschrieben, aber nicht gelesen. Ein Fall, der ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der Polizei wirft.

Treffen der SS verhindert

Spenge. Auch im Kreis Herford haben sich Faschisten zur HIAG, der Organisation der Angehörigen der Waffen-SS, zusammengerottet. Am 20. Mai wollten sie ein öffentliches Faschistentreffen in der Spenger Stadthalle veranstalten. Diese Absicht rief den Widerstand aller Antifaschisten im Raum Spenge-Herford hervor. Für sie stand fest: Die Faschisten sollten am 20. Mai aus der Stadthalle vertrieben werden. Einige Jugendliche malten Parolen: „Raus! 33 bis 45 waren genug!" Der Spenger Stadtrat, der die Räume schon zugesagt und der HIAG einen Zuschuß von 1.100 Mark gezahlt hatte, mußte aufgrund des Drucks der antifaschistischen Öffentlichkeit seine Zusage für die Stadthalle zurückziehen!

Volker Nieber — wieder vor Gericht

Volker Nieber, der schon freigesprochen war, muß erneut wegen des Roten Antikriegstages 1972 vor Gericht. Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt und will die Zeugen neu laden. Ziel dieses Prozesses ist, Volker noch zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen. Dieser ungeheuerliche Angriff hat unter Volkers Freunden und Bekannten große Empörung hervorgerufen. Im Celler Land hat sich zur Unterstützung seines Prozesses und auch der Grohnde-Prozesse bereits eine Rote-Hilfe-Gruppe gegründet. Unterstützt den Genossen Volker Nieber! Der Prozeß wird am 11., 12. und 18. Juli in München, Neues Justizgebäude, Nymphenburger Straße, jeweils um 8.30 Uhr stattfinden.

Hausverbot für Brückner

Heidelberg. Der Rektor der Heidelberger Universität hat für den Hannoveraner Professor Brückner Hausverbot erteilt. Brückner wurde im Zusammenhang mit der Buback-Dokumentation vom Dienst suspendiert. Er wollte auf einer Diskussionsveranstaltung im Philosophischen Seminar der Uni Heidelberg sprechen. Kämpfen wir gegen die politische Unterdrückung an den Hochschulen!

Nazi-Sumpf

Bonn. In Bonn und im Siegkreis wurde ein Großhandel mit Nazi-Abzeichen von angeblichen Antiquitätenhändlern aufgedeckt. Dort lagerten säckeweise Hakenkreuz-Abzeichen, SS-Dolche, Ordens- und Ehrenzeichen sowie SS-Uniformen.

Hamburg. Neun Angehörige der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" wurden von der Polizei festgenommen. Sie trugen schwarze Kleidung mit Totenkopfabzeichen, die an die SS-Uniform erinnert. Auf mitgeführten Plakaten war zu lesen „Ich Esel glaube an die Vergasungslügen" oder „Ich Esel glaube, daß im KZ Juden vergast wurden". Kurze Zeit später ließ der Haftrichter sie frei.

Westberlin. Die Westberliner Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen elf Neonazis wegen Neugründung der NSDAP erhoben. Wie allerdings die Ermittlungen geführt werden, zeigt die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft dem 35jährigen Wolfgang R. ein Dokument zurückgab, daß ihn als „Gerichtsherr" eines „Gaugerichts für Parteiangelegenheiten in der Reichshauptstadt" auswies. Ebenso wurde ihm ein bereits beschlagnahmtes Hitler-Bild und mehrere Exemplare der Nazi-Zeitung „Wille und Weg" zurückgegeben.

Neue Rote Hilfe-Zeitung

Eine neue Ausgabe der Rote-Hilfe-Zeitung ist erschienen. Hauptthema: die Kontaktbereichsbeamten.



Preis 30 Pfennig. Bestellungen an: RHD, Stollenstraße 12, 46 Dortmund 30

Antifaschisten-Prozeß



Bremen/Hamburg. Die Bremer Genossen fordern durch ein großes Transparent in ihrem Buchladen zur Unterstützung des Kampfes der Hamburger Antifaschisten auf.

VOLKSKORRESPONDENTEN BERICHTEN

Über einen Besuch in Ermershausen

„Hetzt die Stiere auf die Bullen!"

Volkskorrespondenz

„Da müssen wir hin", sagte mein Kollege, und so machten wir Rast in Ermershausen. Nach einer harten Tour mit dem LKW wollte er unbedingt die Stimmung in Ermershausen erleben. Vier Tage waren gerade vergangen seit dem brutalen Polizeieinsatz gegen die Ermershäuser. Selbst Nebenerwerbsbauer aus einem kleinen Dorf in Oberfranken, das auch gerade eingemeindet wurde, interessierte er sich stark für den Kampf der Landbevölkerung. Also kehrten wir in die Dorf-Kneipe ein.

Als wir die Wirtsstube betraten, wurden wir mißtrauisch von den Einheimischen gemustert. Spitzel? Schreiberlinge, die einem das Wort im Munde rumdrehen? Aber schnell war das Mißtrauen verflogen, als wir uns setzten und sie zu ihrem Kampf beglückwünschten. Wir stellten einige Fragen. Wie war es wirklich? Macht ihr weiter? Im Nu waren wir umringt. Jeder gab eine Schilderung aus seiner Sicht. Begeisterung und Kampfesstimmung kam auf. Nach und nach wurde uns klar, wie der Kampf gegen die Eingemeindung tatsächlich zustande kam.

Nicht eine alte Urfehde, wie die bürgerliche Presse uns glauben machen will, sondern die materiellen Interessen der Ermershäuser, ihr Freiheits- und Gerechtigkeitsgefühl waren die Triebfeder zu ihrem Aufstand. Gegen die einfachen Leute aus Maroldsweisach hat niemand etwas, sondern gegen Parteibonzen, Fabrikbesitzer, Bürokraten in den Ämtern und vor allem gegen den Maroldsweisacher Bürgermeister richtet sich ihr Zorn. Von ihren Steuergeldern läßt er sich Tag und Nacht von einer Hundertschaft Bereitschaftsbullen bewachen, die ihre Polizeistation in einem Haus eingerichtet haben, das er ihnen vermietet hat. Empört, berichten die Ermershäuser weiter, sind sie vor allem über die ständigen Polizeipatrouillen, die alle paar Minuten durch ihr Dorf fahren und die Bespitzelung der Telefone. Jedes Gespräch über ihren Kampf wird sofort unterbrochen und andere Gespräche abgehört.

Dann erfahren wir über den eigentlichen Grund für die Eingemeindung: In Ermershausen gibt es einen großen Gemeindewald, der wirtschaftlich erschlossen werden soll, das heißt, ausgeraubt und abgeholzt. Außerdem eine gefüllte Gemeindekasse, denn verschuldet war Ermershausen nie. Auch zu investieren braucht man hier nicht mehr. Wasser, Abwasser, Strom, Flurbereinigung und Straßen sind seit Jahren in vorbildlichem Zustand. „Und das alles wollen sie uns klauen." „Aber den Widerstand geben wir nicht auf." „Wenn die Bullen das nächste Mal kommen, werden wir die Stiere auf sie hetzen". So rufen sie erregt durcheinander. Aber trotz entschlossenem, ernsthaften Kampf haben sie ihren Humor nicht verloren. Erheitert erzählen sie uns von Streichen, mit denen sie „unseren verfluchten Polizeistaat" lächerlich machten.

Da war die Sache mit den Feuerlöschern. Als sie mit einem Autowrack die Straße absperrten und das Wrack plötzlich brannte, war die Polizei nicht in der Lage, den Brand zu löschen. Vor Aufregung und Angst konnten sie die Plomben an ihren Feuerlöschern nicht loskriegen. Erst durch einen Einsatz der Ermershäuser Feuerwehr wurde der Brand souverän gelöscht. Natürlich wurden dabei auch einige Bullen naß.



Ein brennendes Autowrack als Straßensperre

Oder die Geschichte mit dem Rathausschlüssel. Obwohl er offiziell überreicht worden war, mußten zwei neue Schlösser angefertigt werden, weil die Amtspersonen beim Ausplündern des Rathauses so aufgeregt waren, daß ihnen die Aufsicht über die Schlüssel aus den Händen glitt. Natürlich hat irgendeine flinke Hand die Schlüssel verschwinden lassen.

Besonders empört schildern sie uns den Abtransport des Archivs und der Akten. „Wie Müll in Wäschekörben und Säcken, wahllos durcheinander geschmissen, haben sie unsere Unterlagen in ihre Autos geworfen". „Das wieder zu ordnen, wird Jahre dauern, und vieles wird unauffindbar bleiben".

Als Maßnahme gegen die Ausplünderung ihres Rathauses wollen sie die Verwaltung in Maroldsweisach boykottieren. Ein Bauer schildert uns das so: „Keine Geburt, keine Heirat und kein Todesfall wird angezeigt. In der Großgemeinde Maroldsweisach gebären, heiraten oder sterben wir nicht, selbst wenn wir uns strafbar machen". Ein anderer Bauer: „Die Bürgermeisterwahl haben wir auch boykottiert. Nur vier Haushalte sind wählen gegangen. 98 Prozent von uns haben sich an dem Boykott beteiligt. Das bedeutet, daß für uns unser alter Bürgermeister mit überwältigendem Stimmenanteil in seinem Amt bestätigt wurde". Ein anderer ruft dazwischen: „Jawohl, unser Dorf steht wie ein Mann, und wir werden unser Recht erstreiten. Für uns gibt es keinen Mittelweg".

Tatsächlich haben wir in der kurzen Zeit den Eindruck gewonnen, daß dieses Dorf wie ein Mann zusammensteht und unerschütterlich für seine Unabhängigkeit und seine dörfliche Demokratie eintritt. Als wir uns von ihnen mit den besten Wünschen verabschieden, laden sie uns für den nächsten 19. Mai ein. „Entweder wird das ein Feiertag oder es bleibt ein Gedenktag bis zu der Zeit, bis wir wieder eine selbständige Gemeinde sind. Ermershausen arbeitet am 19. Mai nicht mehr!

Auf dem Heimweg haben wir uns noch lange über die Eingemeindungswelle in Bayern und speziell den Kampf der Ermershäuser unterhalten. Als wir durch die Gemeinde Schney kamen, stellten wir fest, daß auch hier der Kampf gegen Eingemeindung geführt wird. Auf einem Transparent lasen wir die Parole: Ermershausen ist unser Vorbild!

Weil die Decke herunterkam, sollten 6 Familien ins Asyl

Volkskorrespondenz aus Witten

Am 23. 5. 78 erschien in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" ein Artikel, der berichtete, daß sechs Familien eines Wohnhauses in Witten ins Asyl sollten. Grund: Im Kinderzimmer einer Familie war die Decke heruntergekommen. Das Bauordnungsamt, dem der Vorfall gemeldet worden war, hatte die anderen Decken geprüft und festgestellt, daß sie alle einsturzgefährdet waren. Dem Vermieter passierte nichts — die Mieter aber sollten — unter Androhung einer Geldbuße — die Wohnungen räumen und ins Asyl ziehen.

Ich habe daraufhin mit zwei der betroffenen Familien gesprochen. Frau Frank zeigte mir das Kinderzimmer: Es sah aus wie nach einem Bombenangriff — ein ca. acht Quadratmeter großes Loch in der Decke, Möbel zertrümmert. Glücklicherweise waren die Kinder nicht in ihrem Zimmer, als die Decke einstürzte.

Das war am Donnerstag vor Pfingsten. Am 16. 5. meldete ihr Mann den Vorfall dem Bauordnungsamt. Dieses kam und teilte mit, daß alle Decken höchst einsturzgefährdet seien, die Mieter müßten ausziehen. Zunächst wurde als Termin das Monatsende angegeben, dann plötzlich der 24. 5. 78. Die Stadtverwaltung Witten teilte ihnen auch gleich mit, daß, wenn sie nicht auszögen, 2.000 DM Geldbuße oder sogar Gefängnis verhängt werde!

Frau Frank erzählte mir noch, daß die Beamten der Stadt zu anderen Bewohnern gesagt haben, daß notfalls „auch mit Waffengewalt" geräumt werde. Das verschwieg die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" denn auch in ihrem Artikel.

Auf die Frage, was ihnen denn die Stadt anbiete, wo sie wohnen sollten, war die Antwort: Notunterkünfte. Dagegen wehrten sich die Mieter sofort. Alle acht Mietparteien des Hauses Körnerstraße 13 haben sich in einem Protestbrief an die Stadt dagegen gewehrt und gefordert, daß sofort die Decken abgesichert werden. Dann machten sie die Machenschaften der Behörde öffentlich bekannt. Und siehe da — aufgrund des Kampfes der Mieter sind sofort die Decken in allen Wohnungen abgestützt worden, die Bauarbeiten sollen jetzt beginnen.

Frau Frank, ihr Mann und ein anderes Ehepaar aus dem Haus waren stolz darauf, einen Sieg gegen die städtische Bürokratie, gegen deren Terror, errungen zu haben. Sie werden auch weiter dagegen kämpfen, daß ihnen die Hausbesitzerin Hausemann-Schluck die Kosten für die Bauarbeiten auf die Miete aufschlägt — zumindest eine Mark pro Quadratmeter mehr soll geplant sein. Ich bin sicher, daß sich auch hier der Kampf lohnen wird.

Denkzettel für Revolvermann

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Mittwoch, 10. 5. 78, Westberlin. Ich war gerade nach ein paar Besorgungen auf dem Weg nach Hause, als ich in der Hauptstraße an einem Schnellimbiß vorbeifuhr. „Eigentlich könntest du ein paar Würstchen und Pommes frites mit nach Hause nehmen", dachte ich bei mir und ging in den Imbiß. Es war ca. 20 Uhr.

Kurz nachdem ich bestellt habe, betritt ein etwa 30jähriger Mann mit Wildlederjacke die Bude, stolziert an allen Gästen vorbei und zeigt dabei auffällig unauffällig seine Pistole in einem Brusthalfter. Nachdem er seine Runde gemacht hat, stellt er sich breitbeinig neben mich an den Thresen.

„Bist du von den Bullen?", fragt ihn einer, der drei Meter entfernt an einem Tisch stehend sein Würstchen ißt. „Geht dich überhaupt nichts an!" bekommt er als Antwort. „Du weißt doch, daß das verboten ist. Entweder du antwortest, oder ich ruf die Polizei!" — „Ach, laß ihn doch", sagt eine Frau neben dem Fragesteller, „das Ding ist noch neu, und nun will er angeben." — „Vielleicht hat er auch Angst, daß es geklaut wird", füge ich hinzu.

„Wenn wir hier könnten, wie wir wollen, würde das hier ganz anders aussehen", tönt jetzt der Revolvermann. „Einen Waffenschein haben wir alle, und wenn es darauf ankommt, sind wir bereit, und dann wird erst mal aufgeräumt." — „Bist du etwa ein Faschist?" brüllt ihn jetzt der Gast an, der ihn zunächst im Verdacht hatte, ein Polizist zu sein. **Was dann folgte, geschah in Sekundenschnelle, so daß für lange Überlegungen keine Zeit blieb. Kaum wird dieser Typ gefragt, ob er ein Faschist sei, als er auch schon seine Pistole aus dem Halfter zieht und sie auf den Fragenden richtet. Da ich direkt neben ihm stehe, packe ich sofort mit beiden Händen seinen Arm und schlage ihn gegen die Thresenkante. Durch die Überraschung und den Schmerz läßt er den Revolver fallen. Der, auf den er gerichtet war, hebt ihn sofort auf und schleudert ihn auf die Straße. Ein großer Doppeldeckerbus fährt über den Revolver hinweg und macht ihn unbrauchbar, wie ich mich später überzeuge.**

Nachdem er den Revolver weggeworfen hat, richtet sich der Mann wieder auf, schaut ungläubig auf den Revolvermann und sagt fast geistesabwesend: „Der wollte mich umlegen." Dann kommt die schnelle Reaktion: Ein Faustschlag in die Leber und auf die Nase richten diesen üblen Burschen so zu, daß er nur noch halb bei Sinnen wankend den Imbiß verläßt.

Ich mache dem Kollegen klar, daß es besser sei, schnell zu verschwinden. Denn egal, ob dieser Typ nun Polizist nach Feierabend, Ziviler oder Faschist war — mit Sicherheit hat er keine Strafe zu erwarten. Übrigens erließ der Wirt dem Kollegen die gesamte und mir einen Teil der Zeche.

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Hildesheim: Veranstaltungsreihe. Die Veranstaltungen finden jeweils donnerstags um 20 Uhr in Hildesheim, Haus der Jugend, Raum 10, Steingrube 18 statt. Themen: 1. 6. „Schulausbildung und Schulsystem in Albanien"; 15. 6. „Stellung und Rolle der Partei der Arbeit Albaniens"; 29. 6. „Rolle der Gewerkschaften"; 13. 7. „Situation im Betrieb"; 27. 7. „Hochschule — Stellung der Intelligenz".

Köln: Ausstellung „Der industrielle Aufbau Albaniens". 5. 6. bis 16. 6., täglich 10 bis 18 Uhr, Alte Mensa, Universitätsstraße 16.

Protestversammlung

Essen: Protestversammlung der Front gegen Reaktion und Faschismus gegen eine Nazikundgebung, 3. 6., 17.30 Uhr, Elisabethstraße 20, Gaststätte „Elise".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Spenden

Liebe Kollegen und Genossen!

Seit dem Aufruf zur Spendensammlung für die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, sind 7.144,34 DM auf die Konten der KPD/ML für die Rote Garde gespendet worden. Auf der Abschlußveranstaltung des 1. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde in Düsseldorf wurden 9.366,17 DM für die Rote Garde gespendet! Wir danken allen Spendern und rufen Euch gleichzeitig auf: Sammelt und spendet weiter für die Rote Garde! Spendet auf die Konten der KPD/ML: Postscheckkonto Dortmund Nr. 6420-467 und Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004547.

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die Rote Garde

3.4., M. Sch., Gelsenkirchen	50,—
7.4., RG Dortmund	122,60
17.4., P. K., München	50,—
17.4., Flingener Skatrunde	89,50
17.4., F. M., Essen	50,—
20.4., Genossen aus Lüneburg	20,—
24.4., P. M., Kassel	70,—
26.4. Genossen aus Hannover	90,—
26.4., B. K., Hamburg	100,—
26.4., A. Sch., Bremen	340,—
27.4., A. K., Münster	500,—
27.4., G. T., Bielefeld	100,—
28.4., G. B., Essen	20,—
2.5., Zelle Lurup, Bahrenfeld	500,—
2.5., G. C., Nordenham	44,50
2.5., Genossen aus Flingern	19,—
2.5., Rote Garde Bonn	50,—
8.5., H. Sch., Bochum	85,—
8.5., Veranstaltung der RG Bremen zum 1. Kongreß der RG	93,—
8.5., MV der RG Bremen	47,—
8.5., Maiveranstaltung Bremen	265,44
10.5., Genossen aus Kiel-Gaarden	100,—
10.5., Genossen aus Hamburg	70,—
10.5., R. B., Gießen	220,—
10.5., Kunden Buchladen „Roter Morgen", Münster	34,50
10.5., Genossen aus Münster	142,—
10.5., W. B., Düsseldorf	500,—
10.5., RG Düsseldorf	50,—
10.5., KSB/ML, Hannover	50,—
10.5., KSB/ML PH-Westberlin	360,—
17.5., P. K., München	50,—
17.5., R. D., Rüsselsheim	99,—
18.5., J., Neuberend (?)	85,—
22.5., RG-Veranstaltung Heilbronn	35,50
24.5., H. B., Westberlin	100,—
24.5., Krankenhauszelle NW, Westberlin	50,—
24.5., W. U., Westberlin	20,—
insgesamt	7.034,34

II. Sonstige Spenden:

3.4., P. K., München, „Roter Morgen"	200,—
4.4., W. K., Essen, KPD/ML	20,—
7.4., RG Dortmund, KPD/ML	39,45
11.4., Genossen aus Kiel, KPD/ML	210,—
3.5., P. K., München, „Roter Morgen"	200,—
9.5., Genossen aus Düsseldorf, Sektion DDR	230,—
10.5., Maiveranstaltung Hoechst, RGO	225,12
10.5., Kunden Buchladen „Roter Morgen", Köln, Sektion DDR	43,—
insgesamt	1.167,57

Somit gingen seit der letzten Veröffentlichung an Spenden 8.201,91 DM auf die Konten der KPD/ML ein.

MAI IM BILD

Über 2.000 Teilnehmer kamen zur Abschlußveranstaltung des 1. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde, der mit der Verabschiedung des Kampfprogramms und des Statuts die organisatorische Selbständigkeit der Roten Garde begründete.

Am 1. Mai demonstrierten fortschrittliche und revolutionäre Werktätige auf den Roten Mai-Demonstrationen, die erstmalig von der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) in 14 Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurden. (Unser Bild: Demonstration in München.)

In einer entschlossenen Aktion blockierten die deutschen Kutterfischer der Ostsee die Kieler Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals und legten den Kanalverkehr lahm. Kollegen aus Bremerhaven hatten sie solidarisch in ihrem Kampf für höhere Fangquoten unterstützt.

Bei Nacht und Nebel überfiel die Polizei das bayrische Dorf Ermershausen, um die Eingemeindung nach Maroldsweisach mit Gewalt zu erzwingen. Die Bewohner setzten sich zur Wehr. „Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten", unter dieser Parole blockierten sie die Bundesstraße 279 mit Barrikaden.

Überall im Bundesgebiet stehen Antifaschisten gegen die frechen Auftritte faschistischer Banden auf, wie z. B. in Hamburg, Singen und anderswo. Unser Bild zeigt eine Demonstration auf der Schäbischen Alb, wo die NPD-Horden ihren Landesparteitag abhalten wollten.

Den NPD-Faschisten wird Verfassungstreue bescheinigt. Antifaschisten werden verfolgt im Bonner Staat. In zwei groß angelegten Prozessen in Hamburg und Kiel sollen Antifaschisten zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, weil sie beherzt gegen das öffentliche Auftreten der faschistischen Banden eingeschritten sind. Auf unserem Bild: acht der neun Angeklagten des Hamburger Antifaschisten-Prozesses.

Über 100.000 Bauarbeiter in der ganzen Bundesrepublik warfen die Brocken für Stunden hin und zeigten auf Kundgebungen und teils auf Demonstrationen — wie hier in Essen — ihre Bereitschaft, für höhere Löhne und gegen die Verschleppung der Tarifverhandlungen durch Bau-Bosse und Gewerkschaftsapparat zu kämpfen.

„Freundschaft und Frieden — wie z. B. Tschechoslowakei" — mit einer originellen Klebeaktion machten Genossen unserer Partei die wahre Bedeutung des Breschnew-Besuchs deutlich.

Zum ersten Mal wieder erschien die „Hamburger Volkszeitung", früher Zeitung der alten KPD. Von unserer Partei neu herausgegeben, greift sie in die Hamburger Bürgerschaftswahl ein und ruft zur Wahl der KPD/ML auf.

Aus aller Welt

KP Spaniens/ML: Legalisierung beantragt

„Aqui estamos!“ (Hier sind wir). Mit diesen Worten präsentierten Vertreter der KPSp/ML im Innenministerium in Madrid Programm und Statuten der Partei, verbunden mit einem Antrag auf ihre Legalisierung. Die marxistisch-leninistische Partei und revolutionäre Organisationen wie die FRAP sind auch im heutigen Spanien der angeblichen Demokratisierung verboten. Der Kampf für ihre Legalisierung ist ein wichtiger Bestandteil der Massenkämpfe gegen das Madrider Regime. Unser Foto zeigt die Vertreter der



KPSp/ML, darunter den Genossen Raúl Marco — den Sekretär des ZK der Partei — vor dem Innenministerium.

Portugal: Erfolge der kommunistischen Jugend

Bei den Wahlen für die Studenten- und Schülerorganisationen in verschiedenen Teilen des Landes haben die Listen der Linken gesiegt, die von der Organisation der portugiesischen Kommunistischen Jugend, UJGR, unterstützt wurden. An vielen Orten mußten die Faschisten und Revisionisten empfindliche Niederlagen hinnehmen. Wichtig ist auch der Sieg der Revolutionäre an der technischen Schule von Madeira, wo sie 52,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Diese Siege sind ein Ansporn für die Studenten, ihren Kampf gegen den Faschismus und für eine wissenschaftliche und demokratische Bildung fortzusetzen.

Kolumbien: Militäreinsatz gegen Studenten

Zu schweren Kämpfen kam es in der vergangenen Woche in den kolumbianischen Universitäten. Unmittelbarer Anlaß dafür war die Aburteilung von zwei Studentinnen wegen „Terrorismus“, weil sie an den Massenkämpfen gegen die „Sparmaßnahmen“ der Regierung teilgenommen hatten. Bei einer Inflationsrate von 29 Prozent will das Regime alle Lasten der kapitalistischen Krise den Werktätigen aufbürden, z. B. dadurch, daß die Preise für öffentliche Verkehrsmittel in schwindelnde Höhen getrieben werden.

Im Verlauf der Kämpfe wurden die Universitäten vom Militär besetzt. In stundenlangen Gefechten leisteten die Studenten erbitterten Widerstand. Viele von ihnen wurden dabei durch das Gewehrfeuer der Truppen verletzt.

Brasilien: Streik bei VW

Eine mächtige Streikwelle entwickelte sich Mitte Mai in der brasilianischen Automobilindustrie. 8.000 Arbeiter traten in den Ausstand und forderten Lohnerhöhungen von 15 bis 20 Prozent. Auch im brasilianischen VW-Werk standen die Bänder still. Durch diesen mutigen Kampf durchbrachen die Arbeiter den Lohnstopp und das Streikverbot des faschistischen Militärregimes.

Peru: Generalstreik und Straßenkämpfe

Unter dem Diktat des vom US-Imperialismus kontrollierten Internationalen Währungsfonds (IWF) hat das peruanische Militärregime ein Wirtschaftsprogramm verkündet, das den Werktätigen weitere schwere Lasten aufbürdet. So sind etwa die Lebensmittelpreise um 50 Prozent gestiegen. Um den Widerstand gegen dieses Programm von vornherein im Keim zu ersticken, verkündete das Regime den Ausnahmezustand und die Aufhebung aller Grundrechte. Aber trotzdem erhob sich die peruanische Arbeiterklasse zu einem machtvollen Generalstreik, der die Produktion und den Verkehr in den meisten Provinzen des Landes lahmlegte. Im Verlauf des Streiks entwickelten sich schwere Straßenkämpfe zwischen den Arbeitern und anderen Werktätigen und den Truppen des Militärregimes. In der Hauptstadt Lima zogen Panzerwagen auf. Um ihre Wohnviertel vor den Angriffen des Militärs zu schützen, bauten die Werktätigen Barrikaden. Im Verlauf der Kämpfe sind mindestens 20 Menschen von den Truppen ermordet worden. Tausende wurden verhaftet.



Gibraltar: NATO-Seemanöver

11.000 Angehörige der amerikanischen, westdeutschen, britischen, holländischen, portugiesischen und italienischen Streitkräfte führten unter dem Kommando der amerikanischen Generäle ein Seemanöver in der Straße von Gibraltar durch. Dabei wurden Überraschungsangriffe, Landungsoperationen usw. trainiert. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die amerikanischen Imperialisten und ihr aggressiver Kriegsblock ihre militärischen Positionen in dieser strategisch wichtigen Region verstärken wollen.

Ungarn: Tagung des Warschauer Pakts

Unter dem Kommando des russischen Marschalls Ustinow fand in Ungarn eine Tagung des Militärrats des Warschauer Pakts statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die weitere Aufrüstung dieses aggressiven, unter der Kontrolle der Kremlherren stehenden Militärpakts.

US-Militarist Brzezinski in China

Chinesische Revisionisten und US-Imperialisten — gleiche Ansichten über die internationale Lage

Wenige Tage vor Beginn der NATO-Gipfelkonferenz in den USA besuchte der US-Militarist Brzezinski, Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, die Volksrepublik China. Zwölf Stunden lang sprach er dort mit dem Außenminister Huang Hua, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Hsiao-ping und Partei- und Staatschef Hua Guo-feng.

Gleich zu Beginn, auf einem Bankett zu Ehren des amerikanischen Militaristen, erklärte der chinesische Außenminister Huang Hua: „Obwohl China und die Vereinigten Staaten unterschiedliche soziale Systeme und Ideologien besitzen und obwohl es grundlegende Differenzen zwischen uns gibt, **vertreten unsere beiden Länder einen gemeinsamen oder ähnlichen Standpunkt in vielen Fragen der gegenwärtigen internationalen Lage.**“ Brzezinski antwortete darauf unter anderem, daß seiner Meinung nach einer von drei Gründen für die immer besseren Beziehungen zwischen der VR China und den USA sei, „daß starke, zuverlässige und weltweit engagierte Vereinigte Staaten in Chinas Interesse sind“ (beide Zitate nach Hsinhua vom 21. 5. 78, Hervorhebung von uns — RM).

Die von uns hervorgehobene Äußerung Huang Huas wurde von allen westdeutschen bürgerlichen Zeitungen zitiert und lauthals bejubelt. Das ist nur zu verständlich. **Denn wie könnten die chinesischen Revisionisten eindeutiger klarstellen, daß sie im weltweiten Klassenkampf auf der anderen Seite der Barrikade, auf der Seite der Konterrevolution stehen?** Wie kann jemand, der sich antihegemonistisch, antiimperialistisch oder gar kommunistisch nennt, in Bezug auf die gegenwärtige internationale Lage gleiche bzw. ähnliche Standpunkte vertreten wie der US-Imperialismus, der zusammen mit dem sowjetischen Sozialimperialismus der größte Feind der Freiheit der Völker, der Revolution und des Sozialismus ist? Und das im gleichen Moment, wo amerikanische Luftwaffe in Zaire gegen die Interessen der afrikanischen Völker eingreift, wo der US-Senat erneut Milliarden Dollar für den Ausbau der amerikanischen Militärstützpunkte in aller Welt bewilligt, wo im Nahen Osten das palästinensische Volk für die Interessen beider Supermächte blutet, wo in Lateinamerika die Völker unter dem Terror faschistischer Regimes leiden, die der US-Imperialismus an die Macht gehievt hat und kommandiert? Aber was kümmert das Leute wie die chinesischen Revisionisten, die US-Imperialisten bekanntlich vor einiger Zeit sogar noch kritisierten, weil sie nicht zügig genug mit dem Bau der Neutronenbombe voranschritten?

Der Besuch Brzezinskis in China und seine Gespräche mit der führenden Revisionistenclique dort, bestätigen erneut, daß es für das internationale Proletariat und die Völker der Welt lebensnotwendig ist, die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten“ zu bekämpfen. Denn **„die ‚Theorie der drei Welten‘ stärkt die Feinde der Revolution und des Sozialismus. Sie unterstützt die Kriegsvorbereitungen des USA-Imperialismus und seiner imperialistischen Verbündeten. Sie ist gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für die sozialistische Revolution und gegen den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker gerichtet. Deshalb ist es die Auffassung unserer Parteien, daß die ‚Theorie der drei Welten‘ und die neue internationale opportunistische Strömung entschlossen bekämpft werden muß“** (aus der gemeinsamen Erklärung fünf europäischer marxistisch-leninistischer Parteien vom Oktober 1977).

„Drei-Welten“-Strömung

An der Seite der Fremdenlegion

Tausende von Werktätigen demonstrierten in Paris, in einigen belgischen Städten wie Brüssel, Gent und Antwerpen gegen den Militäreinsatz der belgischen und französischen Imperialisten in Shaba. Vergebens aber suchte man in ihren Reihen diejenigen, die unter dem Firmenschild von Marxisten-Leninisten auftreten, die Anhänger der „Drei-Welten-Theorie“.

Aber diese Revisionisten hielten sich nicht nur einfach heraus aus der Sache. O nein, sie legten ihre Karten offen auf den Tisch. So schrieb die „Humanité Rouge“, Organ des französischen Ablegers dieser konterrevolutionären Strömung: „Man kann also sagen, daß sich diese Intervention nicht gegen das zairische (das kongolesische — RM) Volk, sondern gegen einen sowjetischen Versuch richtet, ein weiteres Land unter Beschlag zu nehmen... Soweit man sich darauf beschränkt, der Aggression der Katanga-Gendarmen und des Sozialimperialismus zu begegnen, hilft die französische Intervention objektiv Zaire dabei, seinem gegenwärtigen Hauptfeind zu widerstehen.“

Das sind wahrhaftig klare Worte. Das ist das uneingeschränkte Ja dieser Leute zum Kolonialkrieg, den „ihre“ Bourgeoisie in Afrika führt. Die französischen Imperialisten, an der Seite der amerikanischen, belgischen, westdeutschen usw. führen den Kampf um das Kupfer Shabas. Gewiß, sie haben dabei einen Vorstoß ihrer russischen Konkurrenten zurückgeschlagen. **Aber doch nur, um weiterhin die Reichtümer des Landes auszuplündern, um weiterhin durch ihr Werkzeug, das faschistische Mobutu-Regime, und jetzt auch durch ihre eigenen Elite-Truppen, das kongolesische Volk zu unterjochen und unter ihre Knute zu zwingen.**

Die „Humanité-Rouge“-Revisionisten aber ficht das nicht an. Sie sehen ihre Aufgabe darin, für diese unverhüllte imperialistische Aggression die Propaganda-Trommel zu rühren und ihr die höheren Weihen eines angeblich „antihegemonistischen Kampfes“ zu verleihen. Jetzt weiß man auch, wie diese Leute die „Einheit zwischen der Zweiten und der Dritten Welt“ herstellen wollen, von der sie immer schwärmen: nämlich durch die von Washington organisierte Luftbrücke, auf der die Mordbanden der Fremdenlegion in die „Dritte Welt“ transportiert werden.

So sind diese Sozialchauvinisten genau da gelandet, wo die Revisionisten der KPF schon vor 20 Jahren standen, als sie den Krieg der französischen Imperialisten gegen das algerische Volk unterstützten.

Kongo

Neue Truppen nach Shaba verlegt

„Sie schießen auf alles, was sich bewegt.“ So beschrieb ein belgischer Augenzeuge den Einsatz französischer Fremdenlegionäre in der kongolesischen Kupferprovinz Shaba. Und weiter: „Schwarze bedeuten ihnen überhaupt nichts. Sie haben auch vier Belgier ermordet.“ Das ist also die „humanitäre Rettungsaktion“, wie sie in den westlichen Hauptstädten genannt wurde.

Obwohl die von Moskau gesteuerten sogenannten Katanga-Gendarmen längst vertrieben sind, denken die westlichen Imperialisten nicht daran, ihre Truppen abzuziehen. Die belgischen und französischen Fallschirmjäger bezogen neue Stellungen. Es wurden sogar noch marokkanische Truppen eingeflogen, als Söldner der amerikanischen und europäischen Imperialisten. Sogar in der bürgerlichen Presse wird jetzt mancherorts unverblümt von den wirklichen Gründen des Militäreinsatzes in Shaba gesprochen (siehe nachstehendes Faksimile aus der „Wirtschaftswoche“ 22/78).

Wie die Herrschaft der westlichen Monopole über die Reichtümer des Kongo aufrechterhalten werden kann, das war auch das Thema zahlreicher Konferenzen und Treffen der europäischen Imperialisten und ihrer afrikanischen Marionetten. Dabei wurde von verschiedenen Seiten die Bildung einer sogenannten gesamtafrikanischen Streitmacht mit logistischer Unterstützung der EG gefordert. Im Klartext bedeutet das: In den unter der Kontrolle der westlichen Imperialisten stehenden Ländern Afrikas sollen Truppen aufgestellt werden, die unter der Führung von EG-Militärs stehen und die in jeder beliebigen Region Afrikas eingesetzt werden können, wo immer die Herrschaft der amerikanischen oder europäischen Imperialisten bedroht ist.

> **Am Kupfer hängt doch alles**
>
> **Französische und belgische Elitetruppen befreiten etwa 3000 Weiße aus der Gewalt der Katanga-Rebellen. Hinter der Rettungsaktion, an der auch Amerika beteiligt war, aber standen nicht allein humanitäre Gründe. Zaires Kupferprovinz Shaba ist einer der ergiebigsten Rohstofflieferanten der Welt. Und Zaire soll dem Westen erhalten bleiben.**
>
> Im diplomatischen Sprachgebrauch nannte sich das ganze „eine humanitäre Rettungsaktion unter militärischem Schutz“. In Wirklichkeit aber setzten die Großmächte Fallschirmjäger ein, um Wirtschaftsinteressen zu wahren.
>
> Frankreich, Belgien, England und die USA taten dies nicht, um Zaires Staatschef Mobutu die Macht zu erhalten, sondern um den Einfluß des Westens in einem der rohstoffreichsten Länder Afrikas zu sichern.
>
> In Shaba selbst, die Provinz ist fast so groß wie die Bundesrepublik, unterhalten über 50 Firmen aus Deutschland Niederlassungen. Die Kupferexporte des ehemaligen Katanga decken mit 1,3 Milliarden Dollar jährlich ziemlich genau ein Drittel des Staatseinkommens von Zaire.
>
> Wirtschaftswoche Nr. 22 • 26. 5. 1978

Die Bildung einer solchen Eingreiftruppe — für die sich die Regierungen in Brüssel und Paris schon öffentlich stark gemacht haben — würde auch bedeuten, daß sich Bonn offen an militärischen Aggressionen gegen afrikanische Länder beteiligt. Schon jetzt wird — wie z. B. von dem FDP-Wehrexperten Möllemann — unverhohlen die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäraktionen gefordert. In diesem Zusammenhang ist es auch kein Zufall, daß in der Bonner Lumpenpresse die Mordtruppen der Fremdenlegion in den höchsten Tönen als Retter gepriesen werden und etwa Springers „Welt“ stolz feststellt, daß ein Drittel dieser Banditen Deutsche sind und sie „immerhin so etwas wie das Rückgrat der Truppe geblieben“ sind.

INTERNATIONALER KINDERTAG

1. Juni — Internationaler Kindertag. Es war nach dem II. Weltkrieg, als auf Initiative der Internationalen Demokratischen Frauenföderation der 1. Juni zum Internationalen Kindertag erklärt wurde. 1950 wurde dieser Tag zum ersten Mal in 51 Ländern der Welt begangen.

Heute hat der Internationale Kindertag nichts von seiner brennenden Aktualität verloren. Täglich sterben Tausende von Kindern in der ganzen Welt vor Hunger, werden sie das Opfer von imperialistischen Aggressionen. Immer noch sind — selbst nach den offiziellen Angaben der UNESCO — 30 Prozent aller Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen. Statt zu spielen und zu lernen, müssen 43 Millionen Kinder sich durch harte Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Weil sie besonders schutzbedürftig sind, weil sie sich kaum wehren können, deshalb bekommen diese Kinder die ganze Brutalität des Kapitalismus zu spüren.

Verteidigen wir ihre Interessen! Kämpfen wir für eine Gesellschaftsordnung, die unseren Kindern eine sichere und glückliche Zukunft gewährleistet — für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Rote Pioniere Dortmund

„Die meisten Kinder fanden das gut"

Mit tausend Mitteln versucht die Bourgeoisie, die Kinder für sich zu gewinnen: Die Pfaffen predigen Geduld und Unterwerfung unter das Schicksal, die Schule erzieht zu Konkurrenz und Individualismus, im Fernsehen wird ihnen eine wunderbare Welt vorgegaukelt. Um gegen diesen Einfluß zu kämpfen, bauen die Partei und die Rote Garde die Roten Pioniere auf.

Bei den Roten Pionieren sollen die Kinder im Geist des Klassenkampfes und der Klassensolidarität erzogen werden und sich selbst am Klassenkampf beteiligen. Das muß natürlich mit anderen Mitteln gemacht werden als bei der Partei oder der Roten Garde. Singen macht nicht nur Spaß, sondern macht die Kinder mit dem revolutionären Kulturgut vertraut und ist oft ein Anlaß, über die Geschichte der Arbeiterbewegung zu berichten. Spiele und Sport dienen nicht nur der körperlichen Ertüchtigung, sondern erziehen dazu, kollektiv zu kämpfen und zu denken, zu kämpfen beispielsweise gegen Unterdrückung in der Schule oder für die Erhaltung eines Bauspielplatzes.

Ein Pionier aus Dortmund-Scharnhorst erklärte uns, wie die Arbeit in seiner Gruppe aussieht.

RM: Was macht ihr denn bei euren Treffs?

Roter Pionier: Wir machen viel Sport, manchmal auch kämpferischen. Vor allem trainieren wir Fußball, damit wir gegen Straßenmannschaften spielen können, um die Roten Pioniere bekannter zu machen. Dann machen wir Geländespiele, singen, lesen Geschichten oder Gedichte über den Klassenkampf vor. Außerdem unterstützen wir natürlich vor allem die Partei.

RM: Wie sieht diese Unterstützung aus?

Roter Pionier: Wir nehmen an Demonstrationen teil, helfen, Flugblätter zu stecken oder zu verteilen, machmal verkaufen wir den „Roten Morgen" oder die RG-Zeitung. Dann haben wir für die Partei Papierfähnchen geklebt, Linolschnitte gemacht und verkauft. Vor allem reden wir mit unseren Freunden und erklären ihnen, was die Partei tut und was sie will. Und was andere Parteien tun und wollen, z.B. die DKP. Manche Klassenkameraden meinen, das sind auch Kommunisten, weil sie sich so nennen, sie sind aber keine. Und was die Partei gegen die NPD tut. Wir haben neulich an einer Schule ein Hakenkreuz übermalt und „Nazis raus!" geschrieben. Die meisten Kinder fanden das gut.

Roter Pionier: In Scharnhorst ist seit Jahren eine Rattenplage. Die Kanalisation ist kaputt, und die Ratten können sich dort herrlich einnisten. Ein Aktionskreis hat sich gegründet, der die Stadt und die Neue Heimat zwingen will, endlich was dagegen zu tun. Wir haben geholfen, Unterschriften zu sammeln und viele Aufkleber verkauft. Allein bei uns in der Schule haben wir fast 50 Unterschriften bekommen. Dann haben wir ein Lied über die Ratten in den Häusern gesungen, als dort Unterschriften gesammelt wurden. Dabei haben wir gleich ein zweites Lied gegen die Ratten gedichtet, das wir auch auf dem RG-Kongreß gesungen haben.



Die Roten Pioniere Dortmund tragen ihr Lied über die Ratten auf dem 1. Ordentlichen Kongreß der Roten Garde vor.

RM: Und wie sorgt ihr dafür, daß die anderen Kinder selbst mitkämpfen?

Roter Pionier: Zum Beispiel bei den Fahrpreisen. Die sollen jetzt wieder erhöht werden, und wir wollen erreichen, daß die anderen uns helfen, was dagegen zu tun. Vielleicht Unterschriften sammeln, Aufkleber in die Straßenbahn kleben, oder sogar demonstrieren. Die Stadt soll sehen, daß sie nicht alles machen kann, was sie will, und die Klassenkameraden sehen, was sie von der Stadt zu halten haben.

RM: Ihr habt doch auch den Kampf gegen die Rattenplage unterstützt.

RM: Wie denken denn eure Mitschüler über die Roten Pioniere und ihre Arbeit?

Roter Pionier: Einige finden es gut, andere weniger. Viele sind von ihren Eltern so erzogen, daß Kommunismus schlecht ist. Andere fragen uns aber auch, wieso und was wir so machen. Daß viele es gut finden, sieht man daran, daß sie öfter mal kommen und uns unterstützen, vor allem, wenn wir was tun, gegen die Nazis oder die Ratten.

Eine glückliche Kindheit und eine sichere Zukunft


Spaß und Spiel albanischer Kinder in einem der Tageslager, die jedes Jahr in allen Teilen des Landes eingerichtet werden. Die Eltern brauchen für die Unterbringung bloß ein Fünftel der Unkosten zu tragen, den Rest übernimmt der Staat.

Eine glückliche, von Familie und Staat behütete Kindheit und eine sichere Zukunft haben die Kinder in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

- **Für Kinder im ersten Lebensjahr ist jede Art medizinischer Versorgung kostenlos. Vorsorge wird großgeschrieben. Kommt ein Kind ins Krankenhaus, darf die Mutter so lange bei ihm bleiben, wie der Arzt es empfielt. Sie bekommt während dieser Zeit 70 Prozent ihres Lohnausfalls ersetzt.**
- **Für jedes Kind gibt es einen Platz in Kinderkrippe oder Kindergarten. Wartelisten u. ä. sind unbekannt. Alle Krippen und Kindergärten sind staatlich. Hier werden die Kinder nicht „verwahrt", sondern nach wissenschaftlichen pädagogischen Richtlinien erzogen. Entsprechend groß ist die Zahl der Betreuer.**
- **Lehrermangel und Stundenausfall sind in albanischen Schulen unbekannt. Hier und in den Kinderpalästen, wo die Kinder ein breites Angebot von Freizeitgruppen erwartet, erhalten die Schüler eine umfassende Allgemeinbildung und werden entsprechend ihren individuellen Begabungen und Neigungen gefördert. Jedem Schüler und jedem Studenten ist ein Arbeitsplatz sicher.**

„Modell Deutschland"? — Ja! Für Kinderfeindlichkeit!

Kinder müssen sterben

...weil dieser Staat nicht das notwendige Geld zur Verfügung stellt, um das Leben unserer Kinder zu schützen. Über 20.000 Kinder bis zu 15 Jahren sterben jedes Jahr. Über 13.000 bereits im ersten Lebensjahr. Das sind 2,5 Prozent aller Lebendgeburten. Damit liegt die Bundesrepublik — übrigens zusammen mit der DDR, die eine Säuglingssterblichkeit von 2,3 Prozent hat — mit an der Spitze der Industriestaaten. Ca. 1.500 Kinder sterben jedes Jahr auf der Straße. Das sind von 100.000 Kindern 25. (In Italien sind es 17, in Schweden und Frankreich 13). Aber nichts geschieht, um das zu ändern. Weder werden mehr Kinderspielplätze eingerichtet, noch wird in Wohngegenden mit Geschwindigkeitsbegrenzungen usw. für sichere Straßen gesorgt. Als Frankfurter Kinder und Erzieher 1975 in Selbsthilfe eine Straße neben einem Kinderspielplatz blockierten, auf der bereits viele Kinder angefahren worden waren, schritt die Polizei ein und ging mit der „Chemischen Keule" gegen die Kinder vor.

Kinder müssen arbeiten


Früher wie heute: Kinderarbeit

...weil gerade in Familien mit mehreren Kindern, wo nur der Mann arbeitet, das Geld so knapp ist, daß auch die Kinder mithelfen müssen. So lag 1975 selbst nach der Erhebung des CDU-Funktionärs Geißler das Einkommen von 35,3 Prozent aller Arbeiterfamilien mit drei Kindern unter dem offiziellen Sozialhilfesatz. Bei Familien mit vier Kindern waren es sogar 50 Prozent.

...weil viele Unternehmer Kinder als billige Arbeitskräfte betrachten und ausbeuten. Kinder arbeiten — für ein, zwei Mark die Stunde oder noch weniger — praktisch überall: in Brauereien, in Fabriken, auf dem Bau. Kommt es heraus, haben die Unternehmer nicht viel zu befürchten. In der Regel — wenn überhaupt etwas geschieht — kommen sie mit 100 DM Geldbuße davon. Oft haben sie bei der Beschäftigung von Kindern direkt den Segen des Staates. So war etwa für 13 von 30 Kindern zwischen 11 und 15 Jahren, die 1975 in einer Spielzeugfabrik arbeiteten, eine Lohnsteuerkarte von der Gemeinde ausgestellt worden. Und für einige Branchen schließlich ist seit dem 1.5.76 die Kinderarbeit ausdrücklich im Gesetz vorgesehen — unter anderem für landwirtschaftliche Betriebe und für die Zeitungsvertriebe. (In Zeitungsvertrieben arbeiteten übrigens 1974 80.000 Kinder.)

Spielen und lernen? — Fehlanzeige





Nach wie vor gibt es viel zu wenig Spielplätze für Kinder, ganz zu schweigen von kulturellen Einrichtungen, wo die Kinder entsprechend ihren Begabungen und Neigungen gefördert werden. In Duisburg z. B. kommen auf ein Kind ganze 2,1 qm Spielfläche. Dabei dürfen sich etwa 840 Kinder einen Sandkasten teilen, 2.800 einen Bolzplatz! Mit dem Lernen ist es ähnlich schlimm. 20 Prozent der Hauptschüler verlassen inzwischen die Schule ohne einen Abschluß. Die Zahl der Sonderschüler wächst. Bei den ausländischen Kindern ist die Lage noch katastrophaler. Ca. 25 Prozent von ihnen besuchen überhaupt keine Schule, ca. 80 Prozent verlassen die Hauptschule ohne Abschluß. Und ihre Aussichten? Hunderttausende liegen nach der Schule auf der Straße. Ohne Lehrstelle, ohne Arbeit, ohne einen Pfennig Geld vom Arbeitsamt.

Auf Kinder darf geschossen werden



Im Februar 1977 wurde der 14-jährige Peter Lichtenberg von einem Polizisten erschossen. Er hatte abends in einem leerstehenden Haus gespielt. Im gleichen Jahr beschloß der Bundestag das neue Polizeirecht. Ausdrücklich heißt es unter § 41, daß auch auf Kinder unter 14 Jahren geschossen werden darf!

Argentinien '78

Fußball — Ja! Militärdiktatur — Nein!

Einige Fakten über Argentinien

Argentinien hat eine Landfläche, die etwa 11 mal so groß ist wie die der Deutschen Bundesrepublik und eine Bevölkerung von 24,3 Millionen Einwohnern.

81 Prozent der Bevölkerung lebt in den Städten, davon entfallen 9 Millionen auf die Hauptstadt Buenos Aires. Über 90 Prozent der Bevölkerung sind Weiße, meist spanischer und italienischer Abstammung. Etwa 8,5 Prozent sind Indios und Mestizen.

Die Zahl der deutschsprachigen Argentinier wird auf eine halbe Million bis 600.000 geschätzt. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus sind 40 — 50.000 aktive Nazis nach Argentinien geflohen. Sie gelangten zum Teil in einflußreiche Stellungen im Militär- und Polizeiapparat oder in den Filialen der Westdeutschen Monopole. In Argentinien lebte der Massenmörder und Judenvernichter Adolf Eichmann. Hier wurde vor drei Jahren der Kriegsverbrecher Kutschmann als leitender Angestellter in einem der Osram-Werke entlarvt.

Argentinien wird von der amerikanischen Supermacht beherrscht. Ein Drittel der Industriebetriebe des Landes sind in den Händen der Wallstreet-Monopole. Einen großen Teil der Wirtschaft kontrollieren die westeuropäischen und japanischen Imperialisten.

Ca. 50 westdeutsche Konzerne haben ihre Werke in Argentinien errichtet. Zehntausende schuften in diesen Betrieben für die Monopole der westdeutschen Konzernbosse. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters, der 1975 noch 320 Mark betrug, ist von den Faschisten auf 132 (!) Mark monatlich herabgedrückt worden. Für die westdeutschen Imperialisten ein Grund, ihr Kapital verstärkt in Argentinien anzulegen. (Siehe Artikel auf der nächsten Seite). Diese Konzerne sind u. a. an der Ausbeutung der argentinischen Arbeiterklasse beteiligt: BASF, Bayer (3 Werke), Beiersdorf, Bosch, Daimler, Flick GmbH, Gutehoffnungshütte (2 Werke), Hoechst, Hoesch, KHD (2 Werke), Krupp, Merck, Osram (2 Werke), Reemtsma (5 Werke), Schering, Siemens (4 Werke), Varta (2 Werke).

Die argentinische Landwirtschaft wird von Großgrundbesitzern beherrscht. Das drückt sich deutlich in folgender Zahl aus: 1 Prozent der Bevölkerung besitzt 70 Prozent des Bodens.



Ein alltägliches Bild aus Argentinien: In den Straßen wütet der Terror des faschistischen Regimes. Willkürliche Verhaftungen gehören zur Tagesordnung und viele der Opfer kehren nie zurück.

Der faschistische Putsch

Was geschah 1976? Die ersten Monate des Jahres waren gekennzeichnet von einem Anwachsen der Kämpfe der Arbeiterklasse und der bewaffneten Aktionen. **Am 8. März wurde gegen der Willen der Gewerkschaftsbonzen der Generalstreik ausgerufen, um ein von den amerikanischen Monopolen verfügtes Lohnstopp-Programm niederzukämpfen. Der Apparat des Gewerkschaftsverbandes CGT (90 Prozent der Arbeiter waren dort organisiert), eine der wichtigsten Stützen des alten Regimes, hatte seinen Einfluß auf die Werktätigen weitgehend verloren.** Am 24. März rollten die Panzer der Generäle



Mutig demonstrieren die Frauen von politischen Gefangenen gegen die Militärdiktatur.

durch die Straßen. Das Ziel des Putsches: durch die Errichtung des faschistischen Terrorregimes den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu brechen. General Videla, Chef der Militärjunta: „Falls es erforderlich sein sollte, müssen in Argentinien so viele Menschen sterben, wie es zur Wiederherstellung der Sicherheit notwendig ist".

Faschistischer Terror. Im San Roque-See bei Cordoba machen Angler einen grausigen Fund: 30 Leichen liegen im seichten Wasser am Ufer. Strandwanderer am La Plata stoßen auf 25 grausam verstümmelte Körper. Alltägliche Ereignisse im heutigen Argentinien. Niemand kennt genau die Zahl der Opfer. Von 8.000 Ermordeten haben die faschistischen Gorillas selbst gesprochen. Dann gibt es die „desaparecidos" — die Verschwundenen. Auf Zehntausende beläuft sich ihre Zahl. Ihr Schicksal ist ungewiß, die Angehörigen wissen nicht, ob sie unter den 10.000 politischen Gefangenen in den Folterkellern des Regimes sind oder ob sie schon längst ermordet wurden.

Die Faschisten haben die Parteien verboten, bis auf eine — die revisionistische Partei. Sie haben die Gewerkschaften unter Militärkontrolle gestellt und alle vom Volk erkämpften Rechte, wie das Streikrecht, die Versammlungsfreiheit usw. aufgehoben. Alle politischen Prozesse sind zu militärischen Geheimnissen erklärt worden, es gibt für die Verhafteten weder Anwälte noch Richter, nur die schrankenlose Willkür der Militärs.

Der General Iberico Saint-Jean, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, sagte: **„Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Sympathisanten, danach die Gleichgültigen und zuletzt die Laschen".**

Der Kampf der argentinischen Arbeiterklasse

„Die Einheit unter uns festigte sich"

In den Fabrikhallen von Ford Argentina bot sich ein merkwürdiges Bild: an den Arbeitsplätzen der Autowerker lagen Schraubenzieher, alle in einer bestimmten Richtung. Die Werkzeuge signalisierten das Ergebnis einer Urabstimmung. Die Kollegen hatten so ihr Ja zu einem Bummelstreik gegeben, um gegen die drastische Verschlechterung des Kantinenessens zu kämpfen. Das Ergebnis: binnen einer Woche sank die Produktion im Betrieb auf ein Achtel.

Das ist ein Beispiel dafür, wie die argentinische Arbeiterklasse unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur den Kampf für ihre Rechte, den Kampf gegen die ausländischen Monopole und die einheimischen Kapitalisten führt. Und solche Beispiele gibt es Hunderte, ja Tausende. Seitdem im März 1976 die faschistischen Generäle im Auftrag der amerikanischen Imperialisten, der eigentlichen Herren des Landes, ihr Blutregime errichteten, hat es keinen Monat, keine Woche gegeben, in der nicht Massenkämpfe gegen das Regime aufgeflammt wären. **Und die Arbeiterklasse stand stets an der Spitze dieser Kämpfe. Argentinien ist das am weitesten industrialisierte Land Lateinamerikas. Es verfügt über ein Proletariat, das seine Kraft schon in jahrzehntelangen Kämpfen bewiesen hat.**

Nach dem Putsch der Faschisten waren es die Auto-Arbeiter, die als erste in den Kampf traten. Damals waren die hauptsächlichen Formen dieses Kampfes kleine Streikaktionen und die Sabotage der Produktion. So mußte etwa FIAT in diesen Monaten Hunderte von Wagen aus dem Verkehr ziehen, weil die Bremsschläuche defekt waren, das Motoröl fehlte usw.

Aber auch in anderen Bereichen begann schon in den ersten Monaten nach dem Putsch der Kampf. Auf der Werft Rio Santiago zum Beispiel legten die Kollegen in einer genau geplanten Aktion zur gleichen Zeit die Arbeit nieder. Als Einheiten der Marine die Werft besetzten, drohten die Arbeiter damit, die Trossen der Schiffe im Trockendeck zu kappen. Das Militär mußte wieder abziehen. Die argentinischen Arbeiter wissen, was sie in ihren Kämpfen riskieren. Die faschistische Diktatur hat ihnen alle in Jahren des erbitterten Klassenkampfes errungenen Rechte genommen. Nach dem Gesetz 21840 der Militärjunta des Generals Videla wird Streik mit mindestens drei Jahren Gefängnis bestraft. Jede Organisierung der Arbeiter, ja selbst jede Versammlung ist verboten. Mit grausamem Terror haben die Faschisten diejenigen verfolgt, die vor dem Putsch an der Spitze der Kämpfe standen. Im FIAT-Werk in Cordoba zum Beispiel sind 180 Vertrauensleute nicht mehr zur Arbeit erschienen. Sie blieben verschwunden, niemand wußte von ihrem Verbleib. Nur fünf hat man bislang wiedergefunden: als Tote, von den Faschisten grausam gefoltert und hingemordet.

Streiks, Sabotage, Demonstrationen

Mit diesem Terror wollen die Generäle das Programm der „Sanierung der Wirtschaft" durchführen, so wie es die amerikanischen Banken und Industriemonopole von ihnen verlangen. (Siehe Artikel auf der nächsten Seite). Und das sieht in der Praxis so aus: für die Hafenarbeiter von Buenos Aires sollen alle Zulagen gestrichen werden. Die Stärke ihrer Gangs soll von zwölf auf acht Mann herabgesetzt werden. Die Arbeiter beantworten diesen Angriff mit Kämpfen, die sich über einen Monat hinziehen. Die Bosse des Elektrizitätsunternehmens SEGBA in der Hauptstadt Buenos Aires verfügen im Oktober 1976 die Verlängerung des Arbeitstages, die Kürzung des Urlaubs und der Sozialleistungen, sowie die Entlassung von 200 Kollegen. Die Antwort der Arbeiter: Streik! 35.000 beteiligen sich, nicht nur bei der SEGBA, sondern auch in den anderen E-Werken der Stadt. Einige Kollegen erleiden das gleiche Schicksal wie die Vertrauensleute von FIAT: sie „verschwinden". Es gibt Militäreinsätze, schließlich die Drohung, daß alle Streikenden zur Armee eingezogen werden. Aber die Front steht. Verschiedene Kampfformen werden angewandt: der Totalstreik, dann wieder Bummelstreiks oder Arbeitsniederlegungen in begrenzten Bereichen, Straßendemonstrationen und Sabotageakte. Einen Monat dauern diese Kämpfe, an denen sich auch Arbeiter anderer Branchen beteiligen.



Streikende Arbeiter in Argentinien

Ein Kollege von SEGBA berichtet: „Die Organisierung des Konfliks erfolgte vom Untergrund aus. Man bildete Einsatzkommandos für Sabotageakte. Der Konflikt begann mit der Verweigerung von Überstunden und Bummelstreiks, bis er sich schließlich zu einem friedlichen Streik ausweitete. An die Militärs richteten wir die Warnung, die Stromerzeugung auf ein Drittel zu reduzieren, wenn die Militärs kommen würden. So geschah es dann auch. Trotz der Anwesenheit der Streitkräfte wurde kaum gearbeitet...

In der ersten Tagen herrschte noch viel Furcht unter uns, weil unsere Gewerkschaft seit Jahren nicht mehr gestreikt hatte. Aber im Laufe der Tage wurden die Zweifel unter uns abgebaut, und die Einheit unter uns festigte sich".

Die Kämpfe in den Monaten nach dem faschistischen Putsch — auch wenn sie wie bei der SEGBA keinen unmittelbaren Erfolg hatten — waren von großer Bedeutung für die argentinische Arbeiterklasse. Brachten sie doch wichtige Erfahrungen dafür, wie auch unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur der proletarische Klassenkampf geführt werden kann. Und es entstanden in den kämpfenden Betrieben neue Formen revolutionärer, gewerkschaftlicher Organisierung. Die Arbeiter gingen auch in diesen Monaten schon zu bewaffneten Aktionen gegen das Regime über. So wurden etwa eine Reihe von Militärs und Polizisten, die für die Ermordung oder Entführung von Streikführern verantwortlich waren, hingerichtet. Das hatte zur Folge, daß allein in Buenos Aires über 2.000 Polizisten die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand beantragten.

Die Streikwelle vom Herbst '77

Die bislang mächtigste Welle der Arbeiterkämpfe erlebte Argentinien Ende des letzten Jahres. Hier der Verlauf der Aktionen. 17,5 Prozent Lohnerhöhung sollten die Arbeiter von Renault bekommen. Ein Hohn angesichts einer Inflationsrate, die auch nach offiziellen Angaben weit über 100 Prozent liegt angesichts der Tatsache, daß die Faschisten den Reallohn der Arbeiter in etwas mehr als einem Jahr um mehr als die Hälfte gedrückt hatten. Die Kollegen von Renault treten in den Streik für Lohnerhöhung. Nach vier Tagen wird der Betrieb vom Militär besetzt, kämpferische Arbeiter werden entlassen. Schließlich müssen die Entlassungen zurückgenommen, muß eine Lohnerhöhung von 30 Prozent gewährt werden. Inzwischen ist der Funke des Streiks übergesprungen auf die Werke von Daimler, Peugeot und Ford. Auch hier erkämpfen die Arbeiter 30 Prozent. Dann beginnt es im Transportwesen. Den Anfang machen die Bahnwärter an der Strecke General Roca, die von der Hauptstadt in den Süden führt. Einige Tage später sind die Eisenbahnen im ganzen Land vom Streik erfaßt.

Der Kampf bei der Bahn kann nicht wie der in den Auto-Werken von der gleichgeschalteten Presse verschwiegen werden. So bekommt der Streik der Eisenbahner eine mobilisierende Wirkung. Die Arbeiter der U-Bahn von Buenos Aires erklären den Generalstreik. Die Militärs sind in der Klemme. Obwohl ja alle diese Kämpfe illegal und die Streikenden von Gefängnisstrafe bedroht sind, wollen die Generäle verhandeln. Aber in Absprache mit den Eisenbahnarbeitern halten die U-Bahnarbeiter am Streik fest. Die Terrorkommandos Videlas beginnen mit Massenverhaftungen. Die Bahnlinien werden vom Militär besetzt. Alle 15 Minuten wird über die Radiostationen ein Militär-Kommunique ausgestrahlt, in dem den Streikenden Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren angedroht werden.

Aber die Streiks weiten sich aus: die Busfahrer, die Arbeiter der Post und der Telefongesellschaften, die Kollegen in Textilfabriken, in den Häfen von Buenos Aires und Rosario beteiligen sich an den Kämpfen. Und vielerorts können sie ihre Forderungen durchsetzen. So die Postarbeiter Lohnerhöhungen von 80 Prozent, die Hafenarbeiter von Buenos Aires die Rücknahme der Entlassungen von 100 Kollegen. **In diesen Kämpfen haben die Arbeiter trotz des massiven Terrors, trotz Verhaftungen und Gewehrfeuer auf ihre Versammlungen, den von der Militärjunta verhängten Lohnstopp durchbrochen. Sie haben ihre Stärke unter Beweis gestellt, die Stärke der argentinischen Arbeiterklasse, die auch heute an der Spitze des Kampfes gegen die faschistischen Generäle und ihre imperialistischen Hintermänner steht.**

Westdeutsche Monopole
Militärdiktatur bringt Superprofite

920 Millionen Mark wird die Weltmeisterschaft in Argentinien kosten. Das ist den faschistischen Generälen diese Propagandaschau wert. Zahlen müssen ohnehin die Werktätigen. Ein beachtlicher Teil dieser Riesensumme wird in die Taschen des westdeutschen Siemens-Konzerns fließen. Allein für sechs neue Fernwahlämter, die sie zur WM bauen lassen, stecken die Siemens-Bosse 50 Millionen Mark ein. Und sie sind auch sonst gut im Geschäft in Argentinien.

So hat dieser multinationale Konzern bei Atacha das erste Atomkraftwerk Lateinamerikas gebaut. Und wie die Herren im Münchener Vorstand betonten, brachte das nicht nur sagenhafte Profite, sondern auch die Möglichkeit, Einfluß auf die Energieversorgung des Landes zu nehmen. Mit dem Blutregime der Generäle sind die westdeutschen Monopolherren durchaus zufrieden. So bescheinigte erst vor wenigen Wochen der Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Sohl, bei einem Besuch in Buenos Aires den Faschisten einen „richtigen Kurs".

Kein Wunder! Nehmen wir nur einmal Siemens: 1974 war in Argentinien im Zusammenhang mit dem AKW-Geschäft ein Verfahren gegen den Konzern eröffnet worden. Die Vorwürfe: verdeckter Gewinntransfer, Unregelmäßigkeiten in der Buchführung, bis zu 200 Prozent überteuerte Preise usw. Es war damals sagar von Verstaatlichung die Rede. Nach dem Putsch aber löste sich all das in Wohlgefallen auf. Nicht nur das Verfahren wurde niedergeschlagen, der Konzern bekam auch noch 9 Millionen Dollar Entschädigung für erlittene Unbill. Juristisch vertreten wurde Siemens übrigens durch Martinez de Hoz. Und dieser Herr ist der Wirtschaftsminister der faschistischen Diktatur.

Die Richtlinien seiner Politik werden nicht in Buenos Aires, sondern in Washington festgelegt. Der unter Kontrolle der Wallstreet-Banken stehende Internationale Währungsfonds (IWF) hat das Programm entwickelt, nach dem die argentinische Wirtschaft „saniert" werden soll und das von den Imperialisten durch Kredite abgestützt wird. Hier einige Kernpunkte: Das ausländische Kapital wird dem einheimischen gleichgesetzt. Das bedeutet schrankenloses Eindringen der imperialistischen Monopole durch Zollbefreiung für Kapitalgüterimporte, Steuererleichterung usw. und damit die weitgehende Ruinierung der nationalen Wirtschaft. So haben dann die Faschisten nach dem Putsch den Verband mittlerer Unternehmer in Argentinien gleich aufgelöst.

Die wesentlichen Lasten dieses Programms aber müssen die Werktätigen, vor allem die Arbeiter tragen. So wurden alle Preisbeschränkungen aufgehoben, die Löhne aber eingefroren. Das Ergebnis: für einen Warenkorb, der im August 1975 noch mit dem Entgelt von sechs Arbeitsstunden bezahlt werden konnte, mußte im November 1976 schon 13,2 Stunden gearbeitet werden. Darüber hinaus werden staatliche Sozialleistungen drastisch gekürzt. Um „den Haushalt zu entlasten" wurden auch 300.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für überflüssig erklärt. Nicht überflüssig ist für die Faschisten und ihre imperialistischen Hintermänner etwas anderes: die Kosten für die „Subversionsbekämpfung", das heißt für den Ausbau des Unterdrückungsapparates, sind heute der größte Haushaltsposten.

So haben die Imperialisten, vor allem die amerikanischen, den faschistischen Militärputsch inszeniert, um die Wirtschaft des Landes vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, um die Arbeiter in den argentinischen Filialen ihrer Monopole noch gnadenloser ausbeuten zu können (Durchschnittslohn heute umgerechnet 132 Mark im Monat), und um den Widerstand der Werktätigen mit blutigem Terror niederzuhalten. Aber wie der nebenstehende Bericht zeigt, ist ihre Rechnung nicht aufgegangen: trotz Folter und Massenmord führt die argentinische Arbeiterklasse einen heldenhaften Kampf.

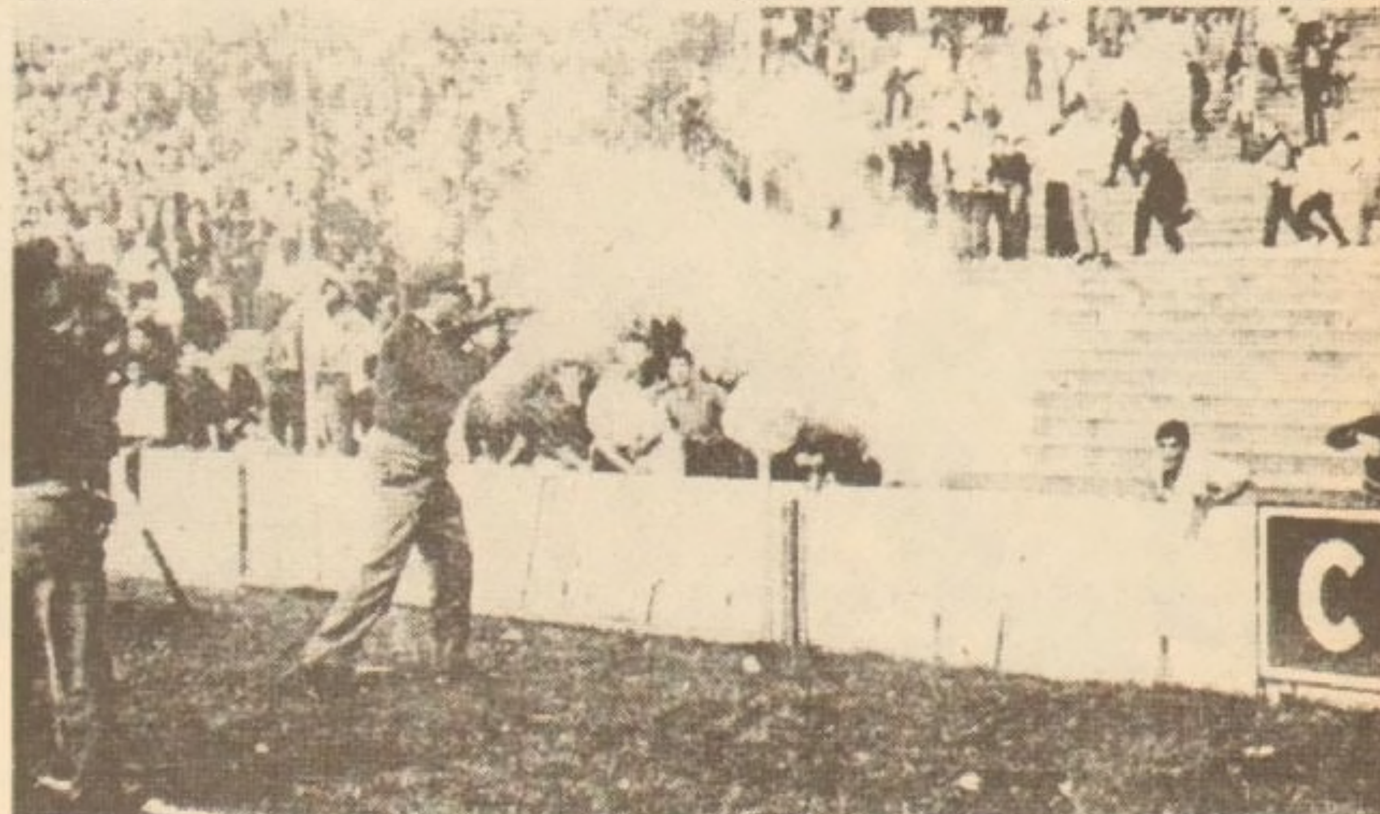
Argentinien '78
Fußball — Ja!
Militärdiktatur — Nein!

WM-Schlaglichter

So wie die Nazi-Olympiade 1936

„Die WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und den mehr als 1.500 Millionen Fernsehzuschauern hilft dem Ansehen Argentiniens mehr als Hunderte von politischen und diplomatischen Erklärungen" (Brigadegeneral Merlo). Wie die Hitlerfaschisten 1936, so sehen die argentinischen Generäle in einer gigantischen Sportveranstaltung ein geeignetes Mittel, um vom Terror ihres Regimes abzulenken und ihre blutige Diktatur herauszuputzen.

Um ein sauberes Argentinien zu präsentieren, werden gegenwärtig die Slums am Rande der Großstädte von Bulldozern niedergewalzt. Die Bewohner werden vertrieben.




Militäreinsatz gegen Fußball-Zuschauer

Militär-WM

Die Spiele werden nicht, wie üblich, vom nationalen Fußballverband des Landes ausgerichtet, sondern von einer Kommission der Militärs, an der Spitze General Merlo. Der Weltfußballverband Fifa, sonst auf „Trennung von Sport und Politik" bedacht, hatte nichts daran auszusetzen.

Die westdeutsche Mannschaft wird nicht in einem Hotel wohnen, wie das bei internationalen Begegnungen üblich ist, sondern im Erholungsheim der Luftwaffe.

Kein Geld für Eintrittskarten

Fußball ist der Lieblingssport der argentinischen Werktätigen. Die Faschisten wollen diese Tatsache ausnutzen und durch die Ausrichtung der WM eine „Volksgemeinschafts"-Stimmung im Land schaffen. Aber die Arbeiter können sich noch nicht einmal die Eintrittskarten für die Stadien leisten. Während zum Beispiel früher Zehntausende die Plätze der beiden Klubs von Buenos Aires, „Boca" und „River Plate", füllten, sind es heute im Schnitt nur noch 7.000.

Die Karten für die WM-Spiele sind natürlich noch teurer, außerdem werden sie nur in Sechser-Blocks abgegeben, für einen Arbeiter fast unerschwinglich. Die Militärs haben auch einen konkreten Grund, die Werktätigen während der WM aus den Stadien auszusperren: in der Vergangenheit wurden gerade Fußballspiele dazu benutzt, um von den Rängen aus antifaschistische Sprechchöre anzustimmen.

Millionen für WM — kein Geld für Staatsangestellte

400 Millionen Dollar wird voraussichtlich das Defizit der WM betragen. Davon könnten die vom Staat beschäftigten Werktätigen des Landes ein halbes Jahr lang entlohnt werden. Sie warten heute zum großen Teil schon seit Monaten auf Lohn und Gehalt.

Fußballanhänger mit Gefängnis bedroht

Kurzen Prozeß will die Militärjunta auch mit ausländischen Fußballanhängern machen, wenn sie die Ruhe im Land stören. „Jeder, der gegen die Gesetze verstößt, wandert ins Gefängnis", tönten die Generäle. In Buenos Aires wäre das Villa Devoto, eines der berüchtigsten Gefängnisse des Landes. Hier wurden im März bei einem Massaker der Faschisten 150 bis 200 Gefangene ermordet.

Sowjetunion: Argentinien — keine Probleme

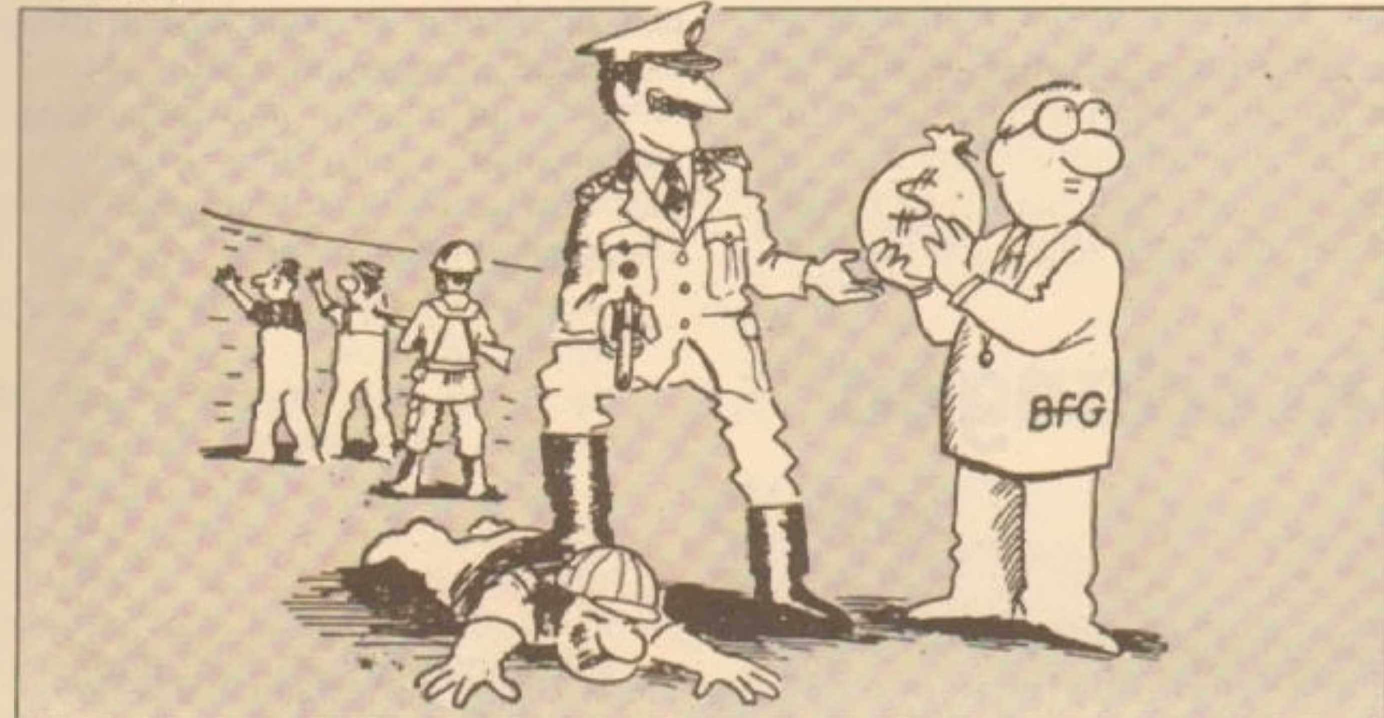
Eine der ersten Fußballmannschaften, die nach dem Putsch zu einem Spiel in Argentinien antraten, war die der Sowjetunion. Nicht weniger als 6.000 (!) Soldaten, Polizisten und Zivilspitzel wurden von den Faschisten im Stadion postiert. Fußballfreunden ist noch die Propagandaschau in Erinnerung, die die Kreml-Herrn während der letzten Weltmeisterschaft abzogen, als sie ihre Mannschaft nicht gegen Chile spielen lassen wollten. Mit den argentinischen Faschisten haben diese Leute keine Probleme. Das Argentinien der Generäle ist ihr größter Handelspartner in Lateinamerika. Und auch sonst klappt die Zusammenarbeit. So verhinderten die Diplomaten des Kreml gemeinsam mit ihren Kollegen aus Washington schon mehrere Male in der UNO eine Verurteilung der faschistischen Diktatur wegen Verletzung der Menschenrechte.



„...nichts gesehen, von dem man sagen könnte, es handele sich um eine ausgesprochene Diktatur" (Helmut Schön).

DGB-Bank für Gemeinwirtschaft
Mit Arbeitergroschen Faschisten finanziert

In einer Woche vor dem Anpfiff der WM brachte auch die IG Metall ihre Zeitschrift „Metall" mit einer Titelgeschichte über Argentinien auf den Markt. Einer kritischen — versteht sich. Da ist dann über den faschistischen Terror zu lesen und über die internationalen Stützen des Regimes. Das klingt dann so: „In dieser Situation kamen internationale Finanzagenturen der Junta zu Hilfe" oder „Die internationalen Kredite trugen ... zur Stabilisierung der Militärdiktatur bei". Alles richtig. Nur eines verschweigen die Herren „Metall"-Redakteure den Lesern ihrer Zeitschrift: daß nämlich unter denen, die der Junta zu Hilfe eilten, in den vordersten Reihen niemand anderes zu finden war als — die DGB-Bonzen.



Nach dem Militärputsch konnten die Faschisten zwei Großkredite in Empfang nehmen, einen im November 1976 über 90 Millionen Dollar und einen im September 1977 über 100 Millionen Mark. An der Spitze der Konsortien, die diese Kredite gewährten, stand beide Male die Deutsche Bank unter der Führung ihres damaligen Chefs, des ehemaligen Nazi-Bankiers und Kriegsverbrechers, Josef Abs. **Und beide Male war an den Krediten auch die Bank für Gemeinwirtschaft (BFG) beteiligt, die zu 100 Prozent im Besitz des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist.**

So finanzieren die DGB-Bosse die argentinischen Faschisten. Und als die Sache ans Tageslicht kam, und die Herren sich um eine Stellungnahme nicht mehr herumdrücken konnte, behaupteten sie frech, ihre Millionen kämen ja schließlich den argentinischen Werktätigen zugute, weil sie zu einer „Stabilisierung der ökonomischen Situation" beitrügen. Dreister geht es wirklich nicht mehr! Die BfG-Kredite dienen der Stabilisierung der faschistischen Diktatur. Und sie dienen dem weiteren Eindringen der westdeutschen Monopole nach Argentinien. Denn mit diesen Geldern aus Arbeitergroschen wird unter anderem auch der Ausbau der argentinischen Filialen dieser Monopole finanziert. Das bedeutet: eine Verlagerung der Produktion in das Billiglohnland Argentinien auf Kosten der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik.

Der Zynismus der BfG-Bosse wird nur noch von einem übertroffen, von IGM-Chef Loderer. Auf die Proteste gegen die Gewerkschaftskredite und die Forderung nach Boykottmaßnahmen der faschistischen Regime, hatte dieser Herr die Stirn zu sagen: „Zumindest müßte die Zustimmung der jeweiligen nationalen Gewerkschaften der betroffenen Länder zu derartigen Boykottmaßnahmen vorliegen". Und dieser Herr weiß genau, daß die Gewerkschaft in Argentinien zerschlagen und jeder antifaschistische Gewerkschafter liquidiert oder eingekerkert ist!

Doch über all das kann man — wie gesagt — in „Metall" nichts lesen. Dafür findet man aber Appelle des Vorsitzenden Loderer wie diesen: „Internationale Solidarität nicht nur proklamieren, sondern auch praktizieren!"

Revisionisten für das Militärregime

Aufgrund der massiven Proteste gegen die argentinischen Faschisten sah sich in der letzten Zeit die bürgerliche Presse genötigt, ihre WM-Berichte mit einigen kritischen Anmerkungen über das Austragungsland anzureichern. Zwei Zeitungen allerdings blieben davon völlig unberührt: Springers „Bild" und das DKP-Blatt „UZ". Bei „Bild" — klarer Fall! Aber die „UZ", die ja sonst Seiten mit ihrer angeblichen Chile-Solidarität füllt und sich auch sonst antifaschistisch gibt?

Des Rätsels Lösung ist eben so einfach wie für die Revisionisten entlarvend. In Argentinien besteht nämlich ein inniger Pakt zwischen dem faschistischen Mordregime und der KPA, der revisionistischen Partei. Sie ist als einzige Oppositionspartei nach dem Putsch nicht verboten worden. Ihre Mitglieder können weiter ihrer politischen Tätigkeit nachgehen, ihre Organe können erscheinen, während die kämpfenden Arbeiter hingemordet und sogar bürgerliche Antifaschisten mit Kerker und Folter rechnen müssen. Aber man muß sich die Tätigkeit dieser Partei einmal ansehen: So erklärte sie, daß „der von Präsident Videla getragene Plan zur Stärkung der nationalen Wirtschaft begrüßt" wird (über diesen Plan, der den Arbeitern u. a. einen Reallohnabbau von über 50 Prozent brachte, siehe oben). Und weiter: „Es gilt, die progressiven (!) Bestrebungen der Regierung Videla zu unterstützen."

So fordern die Revisionisten das Volk auf, Folter und Massenmord nicht nur hinzunehmen, sondern die Henker auch noch zu unterstützen. Was könnte deutlicher ihren Charakter als Sozialfaschisten entlarven?

Polizeiterror in Bielefeld

„Bei Fluchtversuch schießen!"

Morgens früh um sechs Uhr. Die Ausfallstraßen von Bielefeld sind durch Polizei abgeriegelt. Gleichzeitig an fünf Stellen schlagen mehrere hundert Beamte zu. Sie durchwühlen drei Wohngemeinschaften, das Arbeiterjugendzentrum und die Räume der „Bielefelder Selbsthilfe". Eine Durchsuchungsaktion, wie sie die Stadt Bielefeld in den vergangenen Jahren nicht gesehen hat.

Der offizielle Anlaß für diese Razzia: im Arbeiterjugendzentrum soll eine Zeitung gedruckt worden sein, die eine Presseerklärung der in Holland inhaftierten politischen Gefangenen Knut Folkerts und Christian Wackernagel enthielt. Und die „Bielefelder Selbsthilfe" soll Fahrten zur Schwangerschaftsunterbrechung nach Holland organisiert haben. Bei der Durchsuchung waren unter anderem auch Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes beteiligt.

sierten auch die Polizisten die Bielefelder Jugendlichen. Obwohl der Durchsuchungsbefehl nur auf angemeldete Räume der „Bielefelder Selbsthilfe" ausgestellt war, durchwühlten die Polizisten auch andere Räume der Wohngemeinschaften. Sie beschlagnahmten Tagebücher, Notizbücher, Briefe. Sie marschierten mit Maschinenpistolen auf, bereit, diese Waffen auch rücksichtslos gegen die aus dem Schlaf geschreckten Jugendlichen einzusetzen. **Denn der Durchsuchungsbefehl enthielt den Vermerk: „Bei Fluchtversuch ist von der Schußwaffe Gebrauch zu machen".**



Schon einmal, 1973, hat die Polizei mit brutaler Gewalt ein Arbeiterjugendzentrum in Bielefeld geräumt.

Diese Groß-Razzia gibt ein anschauliches Bild davon, was nach der Verabschiedung des neuen Razzien-Gesetzes durch den Bundestag auf die Bevölkerung zukommt. Ein „an den Haaren herbeigezogener Grund", wie es ein Sprecher der „Bielefelder Selbsthilfe" formulierte, — und schon werden Hunderte von Polizeibeamten in Bewegung gesetzt. Bezeichnend dabei ist, daß die Durchsuchungsverfügung am 9. März ausgestellt war, also etwa zweieinhalb Monate vorher, und erst jetzt nach Verabschiedung dieses Freibriefs für den Razzienterror angewendet wurde.

Und entsprechend offen terrori-

Dieser offene Polizeiterror in Bielefeld richtet sich ebenso wie der Polizeiüberfall auf das von Jugendlichen besetzte Haus in Hamburg oder das von Studenten besetzte Heidelberger „Collegium Academicum" im März dieses Jahres gegen den Kampf der Jugendlichen. Denn die Bourgeoisie spürt, daß unter den Jugendlichen der Haß auf dieses kapitalistische System, das ihnen keine Zukunft bietet, mehr und mehr anwächst. Sie wird den Haß nicht unterdrücken können. Kampf dem Polizeiterror gegen Jugendliche!

Drei Stücke

Jugendarbeitslosigkeit auf der Bühne

Jugendtheater in Wuppertal. Drei Stücke: „Lehrjahre — Mangelware", „Das hältste ja im Kopf nicht aus", „Leerlauf". Alle drei greifen das Thema „Jugendarbeitslosigkeit" auf. Also ein Thema, das den Jugendlichen auf den Nägeln brennt. So weit, so gut. Nur, wie die Theatergruppen zur Jugendarbeitslosigkeit Stellung beziehen, ob sie über die Ursachen aufklären oder Illusionen machen, ob sie Resignation hervorrufen oder Mut zum Kampf machen — darin unterscheiden sich diese drei.

„Lehrjahre — Mangelware"

Dieses Stück wird von dem „Lehrlingstheater Dortmund" gespielt. Die Handlung: Zwei Hauptschülerinnen machen ihr Berufspraktikum in der Lehrwerkstatt eines Metallbetriebes. Dort treffen sie auf Lehrlinge, die in der Gewerkschaftsjugend arbeiten. Zusammen überlegen sie, was man gegen die Nichtübernahme von Lehrlingen machen kann. Die Mädchen sagen: „Streik." Darauf die Lehrlinge: „Dann können wir ja gleich Revolution machen. Wo habt ihr den Unsinn denn her? Von einem Lehrer?"

Die Junggewerkschafter schlagen stattdessen einen Info-Stand vor mit „Lehrstellen-Verlosung". Damit die älteren Kollegen auf die Probleme der Lehrlinge aufmerksam gemacht werden! Denn die, das zeigt dieses Stück, denken nur an sich.

Allerdings gibt es da auch noch den Betriebsrat Otto von der IG Metall. „Obwohl er kaum Zeit hat", kümmert er sich um die Jugendlichen. Darum ist die nächste Aktion der Gewerkschaftsjugendgruppe „Aktion Beschwerdestelle Otto". Alle Lehrlinge wollen gemeinsam zum Betriebsrat gehen und eine Resolution überreichen. Und siehe da, der Betriebsrat hört die Jugendlichen an, er bringt ihre Probleme auf den Tisch des Unternehmers, — und wer hätte das gedacht, — der Unternehmer ist bereit, zwanzig neue Lehrstellen zu schaffen und alle Lehrlinge zu übernehmen!

Dieses Stück des „Lehrlingstheaters Dortmund" ist nichts anderes als ein revisionistisches Machwerk, das Illusionen über den Gewerkschaftsapparat verbreitet, daß die Jugendlichen vom Klassenkampf abhalten will und sie auf SDAJ-Aktionen nach der Art der „Lehrstellen-Verlosung" vertröstet. Besonders perfide ist dabei, daß „kritische Positionen" gegen den Gewerkschaftsapparat, daß Worte vom Klassenkampf dem Lehrer in den Mund geschoben werden, der am Schluß des Stückes als Verräter am Kampf der Lehrlinge hingestellt wird. Damit will diese Gruppe jede Kritik am Gewerkschaftsapparat als „pseudolinks" und „Intellektuellen-Geschwätz" abstempeln!

„Das hältste ja im Kopf nicht aus"

Dieses Stück von Volker Ludwig (GRIPS-Theater Westberlin) wurde in Wuppertal von einer Theatergruppe der Volkshochschule Erkrath vorgeführt. Die Handlung: Die Schüler einer Abschlußklasse der Hauptschule haben noch Träume von ihrem zukünftigen Beruf. Doch ein Besuch beim Arbeitsamt macht ihnen ihre Zukunft klar: Jugendarbeitslosigkeit. Während eines Betriebspraktikums werden die Jugendlichen als kostenlose Hilfsarbeiter ausgenutzt. Charly und Doris zum Beispiel müssen Spraydosen mit Preisschildern bekleben.

Charly ärgert sich über seine Ausbeutung und zeichnet die Ware zu niedrig aus. Der „Streich" hat Konsequenzen. Der Kapitalist setzt sich mit dem Rektor in Verbindung, der reaktionäre Schulleiter versetzt Charly in eine andere Klasse. Die Klassenkameraden beschließen, sich gegen die Strafversetzung zu wehren. Sie malen an die Schulmauer „Charly rein und Rektor Gabler raus!". Die fortschrittliche Klassenlehrerin ruft die Eltern der Schüler zusammen. Sie erzwingen, daß Charly in seine alte Klasse zurückkommt. Allerdings eröffnen die Schulbehörden gegen die Lehrerin, die den Schülern auch einige Zusammenhänge über das kapitalistische System beigebracht hat, ein „Disziplinarverfahren".

Die Aufführung dieses Stückes von Volker Ludwig ist von einigen städtischen Theatern verboten worden. Denn es schildert realistisch die Lage der Jugendlichen. Hier wird keine Illusion verbreitet nach dem Motto: Die Jugendlichen sind selbst daran schuld, wenn sie keine Arbeit finden. Sicher, das Stück zeigt nicht den revolutionären Ausweg, aber es macht Mut, sich zu wehren, zu kämpfen. „Gemeinsam sind wir stark" — diese Erfahrung wird anschaulich im Kampf der Schulklasse und der Eltern.

„Leerlauf"

Willi Thomczyk von der Theater-Kooperative „Kohlenpott" hat dieses Stück geschrieben. Er selbst spielt bei der Aufführung der Essener Bühnen mit. „Leerlauf" handelt von einer Jugendgruppe, die sich „Rolling-Stones-Club" nennt. Drei von ihnen sind ohne Arbeit. Enno, ein Ausländer, arbeitet auf dem Bau, das Mädchen F. an der Stanzmaschine in einer Fabrik.

Die Fünf sind mit ihrem Leben unzufrieden — mit Flippern, Biertrinken, Disco, Langeweile. Aber ihre Bemühungen, eine anständige Arbeit zu finden, schlagen fehl. Sie werden mürbe gemacht, sie kommen nicht klar. Der zaghafte Versuch des jungen Ausländers, sich gegenseitig durch Solidarität zu stützen, scheitert. Die Jugendlichen treiben in den Sumpf.

Die beiden arbeitslosen Jungen machen einen Handtaschen-Diebstahl. Der eine kommt ins Gefängnis, der andere lügt sich heraus und nimmt eine Stelle auf dem Schlachthof an, obwohl ihm vom Blut schlecht wird. Das Mädchen F. geht aus Verzweiflung auf den Strich und landet im Erziehungsheim.

„Sie haben ihren Platz im Leben gefunden", erzählt strahlend der Showmaster, der dieses Stück begleitet und zwischen den Szenen des „Leerlaufs" bekannte Phrasen drischt: „Jeder ist seines Glückes Schmied" oder „Jeder ist sich selbst der Nächste". Thomczyks Stück hat moralischen Charakter. Es zeigt, in welches materielle, aber auch psychische Elend der Kapitalismus Jugendliche treibt. Aber dabei weckt es nicht in erster Linie Empörung, sondern Mitleid und Resignation. Den entscheidenden Mangel des Stücks nannte ein Jugendlicher in der anschließenden Diskussion. Er sagte: „Mich hat die totale Resignation gestört. Man hätte zeigen müssen, daß man sich auch wehren kann. Eben: Einigkeit macht stark. Daß man sich gegen die Obrigkeit auflehnen kann."

Hausbesetzung in Erlangen

„Diese Häuser werden beschützt"

Bis vor einem Monat waren die Gebäude der Hufpla (Heil- und Pflegeanstalt) in Erlangen noch belegt. Hinter den vergitterten Fenstern hausten psychisch Kranke. Doch jetzt hat die Universität die Gebäude und das Gelände gekauft. 1982 sollen hier neue Institute gebaut werden, ein neues Klinikum. Allerdings will die Universitätsleitung nicht bis 1982 warten, schon jetzt ist der Abriß der Gebäude „eine gemachte Sache". Obwohl in Erlangen unter den Studenten eine große Wohnungsnot herrscht, obwohl die alten Gebäude bei entsprechender Renovierung noch für viele Menschen eine Wohngelegenheit bieten würden. Um auf diesen Skandal aufmerksam zu machen, zogen am 24. Mai über 50 junge Leute in das ehemalige Bezirkskrankenhaus ein.

„Wir wollen erreichen, daß die Universität die Wohnhäuser der alten Heil- und Pflegeanstalt (Hupfla) Studenten, Lehrlingen oder anderen Wohnungssuchenden zur Verfügung stellt. Deshalb sind wir heute früh in das Haus Maximiliansplatz 3 eingezogen, um dieses Wohnhaus vor dem Abriß zu retten."

Die „Hausbeschützer", so nennen sich die neuen Bewohner der Gebäude selbst, sind in das Verwaltungsgebäude gezogen. Hier können 20 Personen gut wohnen. Die anderen Häuser würden sogar für einige hundert Menschen reichen. Gar nicht zu reden von dem Schwesternwohnheim mit 60 Appartments, das bis vor kurzem noch bewohnt war und in das man sofort ohne jede Renovierung einziehen könnte. Doch die Universitätsleitung will diese Gebäude völlig zerstören. Ebenso den riesigen Park, der als Spielplatz oder Erholungsraum für die Erlanger Bevölkerung dienen könnte.

Ein Volkskorrespondent des „Roten Morgen" hat mit den Hausbesetzern ein Gespräch geführt. „Wir nennen uns Bürgerinitiative Maximiliansplatz 3. Wir hatten am Sonntag eine Zusammenkunft. Dort haben wir besprochen, daß wir das Haus besetzen, falls die Uni nicht mit uns verhandeln will. Am Montag sind wir zum Präsidenten der Uni, Fiebinger, gegangen und haben versucht, ihn zu erreichen, ebenso den Oberbürgermeister. Und um 11 Uhr sind wir dann in das Haus eingezogen."

Wie war das Echo in der Bevölkerung? „Wir haben etwa 2.000 Flugblätter verteilt, und ein sehr positives Echo gehabt. Es gibt nämlich in Erlangen große Wohnungsnot, vor allem für Studenten. Fiebinger selbst hat noch vor kurzem einen Aufruf losgelassen und an die Bevölkerung appelliert, Wohnungen für die Studenten zur Verfügung zu stellen."

Die Hausbesetzer, zur Hälfte Studenten, haben in der Stadt einen Informationsstand aufgebaut, um die Bevölkerung über ihren Kampf gegen die Wohnraumzerstörung zu informieren. Sie wissen, nur mit Unterstützung der Werktätigen können sie ihren Kampf durchhalten. Bis jetzt ist die Polizei noch nicht aufgetaucht. Ein Hausbesetzer meint: „In letzter Zeit waren immer wieder Razzien der Polizei, bei denen sie angeblich nach Terroristen suchten. Ich bin der Meinung, die haben auch in Erlangen noch einen großen Schlag gegen die Wohngemeinschaften vor. Wenn der Universitätspräsident Fiebinger allerdings jetzt hier mit Polizei anrückt, dann

Zu dem Film

„Deutschland im Herbst"

„Deutschland im Herbst" heißt ein Filmfabrikat von Böll, Faßbinder, Kluge, Schlöndorff und anderen, das zur Zeit in den Kinos zu besichtigen ist. Mit „Herbst" ist der Herbst 1977 gemeint; es geht um die Schleyer-Entführung, die Entführung der Lufthansa-Maschine nach Mogadischu und das Massaker von Stammheim.

Man sieht farbige Dokumentaraufnahmen von dem Aufwand rund um das Hinscheiden Schleyers: Staatsakt, Begräbnisbankett, verordnete Trauerminute; man sieht sie Beerdigung der geselbstmordeten Revolutionäre Baader, Ensslin und Raspe — Polizisten prügeln auf die Trauergäste ein. — Zwischen diese Aufnahmen sind — anscheinend gedacht als Auseinandersetzung mit dem Geschehen — kurze Sketche und Szenen einmontiert: Da gräbt eine vom Berufsverbot bedrohte junge Geschichtslehrerin in verschneiter Landschaft nach den „Grundlagen deutscher Geschichte"; da produziert sich an einem Grenzübergang ein Grenzschutzbeamter mit MP vor einem erschrokkenen Liebespärchen; da dringt ein gesuchter Terrorist blutbeschmiert in die Wohnung einer luxuriösen Pianistin ein und bringt sie in Konflikte; da setzt die Programmkommission einer Fernsehanstalt Sophokles' „Antigone" vom Spielplan ab, weil der fast 2.500 Jahre alte Text ihr zu „aktuell" erscheint, zuviele „Anspielungen" auf die Vorgänge in und um Stammheim enthält. Diese letztgenannte Szene ist zweifellos gut gemachte satirische Kritik. Aber wo solche Kritik im Film auftaucht, bleibt sie vereinzelt. Nur zu oft werden reaktionäre Meinungen und Handlungsweisen hervorgehoben, beschönigt, gerechtfertigt, verherrlicht.



Szene aus dem Film „Deutschland im Herbst"

Der gefeierte Biermann trägt — in eleganter Pose, sanft intonierend — ein Gedicht vor, in dem er die Genossen Baader, Ensslin und Raspe als ‚Selbstmörder' beschimpft. Der bekehrte Horst Mahler gibt in seiner Zelle ein Interview und stellt den Vietnam-Protest der 60er Jahre in eine Reihe mit der konterrevolutionären Entführung der Lufthansamaschine nach Mogadischu. (Die antiimperialistische Bewegung — sagt er —, die sich einst an der Empörung über Massaker wie in My Lai entzündet hatte, sei nun — **ihrer eigenen Logik folgend** — mit der Entführung von Frauen, Kindern und Greisen bei ähnlichen Taten gelandet!) Und schließlich wird in einem Rückblick die Ermordung des faschistischen „Wüstengenerals" Rommel durch die Nazis mit dem Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verglichen; beides wird dem Tod Schleyers und den Morden von Stammheim gegenübergestellt und man soll sich wohl die Kombination heraussuchen, die einem am besten paßt! ...

„Deutschland im Herbst" — und seine Repräsentanten

„Deutschland im Herbst" heißt der Titel, doch wer repräsentiert in diesem Film Deutschland? — Die luxuriöse Pianistin haben wir schon erwähnt, die etwas spinnerte Geschichtslehrerin auch, Biermann und Mahler; bleiben noch: ein kritischer Regisseur; eine schicke Mitarbeiterin einer politischen Gruppe", die — wie es heißt — „privat einem einflußreichen Redakteur beim Fernsehen gehört"; der Filmemacher Faßbinder und ähnliche. Die Helden des Films sind bürgerliche Intellektuelle, meist gut situiert, die sich selbst für mehr oder weniger progressiv halten, sich aber durch die Ereignisse des „Herbstes" in dem Frieden, den sie mit dem Staat der westdeutschen Kapitalisten geschlossen haben, gestört fühlen.

Sie bejahen die bürgerliche Ordnung, das bürgerliche Eigentum, die Ausbeutung, stehen aber fassungslos vor der Tatsache, daß eben diese Ordnung nur mit immer faschistischeren Methoden aufrechterhalten werden kann. Das ist ihr Dilemma; sie geraten in Verwirrung, ringen mit ihrem „Demokratieverständnis", verbreiten Angst, Resignation und Hoffnungslosigkeit.

Da ist zum Beispiel die Szene mit Faßbinder zu Beginn des Films: Faßbinder führt mit einem etwas naiven, aber robusten Partner friedlich einen Homosexuellen-Haushalt — da brechen nacheinander die Nachrichten von der Entführung Schleyers, von der Entführung der Lufthansamaschine und von dem Massaker in Stammheim über ihn herein. Faßbinder gerät aus den Fugen. Er schreit seinen schwulen Kompagnon an; er schreit eine „Dame mittleren Alters" an, die er zwischenzeitlich interviewt — diese „Dame" ist übrigens Faßbinders eigene Mutter! Er schreit überhaupt viel. Er mixt sich Drinks, vergräbt seinen Kopf in die Hände und weiß keinen Rat. Zusehens wird er blauer. Er muß sich übergeben. Er gerät in eine Schaffenskrise. Zwischendurch brüllt er immer wieder. Er läßt sich ein Rauschgift kommen, schnupft eine Prise und schüttet den Rest, durch Polizeisirenen erschreckt, in panischer Angst ins Klo. Dicke Luft ist in den Haushalt eingezogen; eine „Ehe"krise bahnt sich an. Doch bevor es soweit kommt, endet die Szene in einem großartigen Weinkrampf: Faßbinder fällt vom Stuhl und wälzt sich mit seinem Partner schluchzend auf dem Fußboden.

„Deutschland im Herbst"! — Ja, das „Deutschland", das dieser Film zeigt, ist wirklich ‚im Herbst' ist — um im Bild zu bleiben — welkes Laub, Moder. Die Reaktion erhebt ihr bekanntes faschistisches Haupt immer höher, doch von den „Gegenkräften", die der Film zeigt, diesen verängstigten, verheulten, hysterischen, kaputten Intellektuellen ist keine ernsthafte Opposition zu erwarten. Eine Perspektive ist nicht erkennbar; der Film stellt die deutschen Verhältnisse dar als ein sich vergrößerndes, unentwirrbares Knäuel von Gewalt, das nicht mehr erkennen läßt, wo Recht und wo Unrecht ist. — ‚Die Gewalttätigkeit auf beiden Seiten' — heißt es sinngemäß am Anfang und Ende des Films — ‚hat ein solches Maß erreicht, daß nicht mehr wichtig ist, welche Seite recht hat, sondern nur noch: daß die Gewalttätigkeit aufhört'. — Amen! möchte man hinzufügen. Doch leider wird durch fromme Stoßseufzer der Faschismus nicht aus der Welt geschafft!

Die Alternative heißt „Deutschland im Frühjahr"

Die Arbeiterklasse taucht in diesem Film nur am Rande auf: Friedhofsarbeiter schaufeln die Gräber zu; Gärtner bringen Kränze; Servierer schleppen Delikatessen-Platten aufs Schleyer-Trauer-Bankett; Mercedesarbeiter warten auf das Ende der Trauerminute und beginnen dann gleichmütig wieder ihre monotone Arbeit am Fließband. Diesen Bildern gegenübergestellt ist eine Szene folgenden Inhalts: Eine Gruppe junger Schauspieler dreht — wie es heißt — „einen Arbeiterfilm im Stil der 20er Jahre"; man sieht hochgereckte Fäuste, grimmige Gesichter, wehende und brennende Fahnen — Klassenkampf aus der verzerrten Sicht des Kleinbürgers. Die Gegenüberstellung soll wohl besagen: Die Pose des Klassenkampfes paßt nicht mehr zum heutigen Arbeiter, wirkt da lächerlich, unwirklich, illusionär. Der Arbeiter wird in dem Film als stumpfsinnig, unbeteiligt und reaktionär verspottet.

Doch auch hier täuschen sich die Autoren des Films. Auf das „Deutschland im Herbst" 1977 folgte das „Deutschland im Frühjahr" 1978 mit mächtigen Streikkämpfen der Arbeiterklasse in Baden-Württemberg, mit großen Erfolgen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsratswahlen. In diesem Frühjahr 78 stehen — z. B. in Hamburg — junge Arbeiter vor Gericht, weil sie faschistischen Provokationen, weil sie dem Polizeiterror entgegengetreten sind. Folgt man jedoch der Logik des Films, so dürfte es diese Dinge alle nicht geben. Doch die Logik des Films ist nicht die Logik der wirklichen gesellschaftlichen Entwicklung. Wo Ausbeutung und Unterdrückung herrscht und die faschistischen Tendenzen zunehmen, da flammt der Widerstand dagegen, der revolutionäre Kampf auf; und dieser Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen wird eines Tages auch hier in Deutschland Schluß machen mit Ausbeutung, Unterdrückung und Faschismus.



Antifaschisten-Demonstration in Hamburg im Mai 78 anläßlich des Antifaschisten-Prozesses.

Vor 130 Jahren zum ersten Mal erschienen

Die „Neue Rheinische Zeitung"



Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie.



Friedrich Engels an einer Barrikade in Elberfeld während der Revolution 1849

Sie erschien nicht einmal ein ganzes Jahr und wurde doch zur berühmtesten Zeitung der Revolutionsjahre 1848/49 in Deutschland. Die „Neue Rheinische Zeitung", in der unter der Leitung von Karl Marx die besten Journalisten und Schriftsteller der damaligen Zeit für den Sieg der Revolution schrieben, das Rückschrittliche geißelten und das Fortschrittliche unterstützten.

In der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen zum ersten Mal so bedeutende Artikel von Karl Marx wie „Lohnarbeit und Kapital", „Bürgerkrieg in Frankreich", „Revolution und Konterrevolution" usw. Aber die „Neue Rheinische Zeitung" war deshalb keineswegs ein „theoretisches" Blatt. Sie war vielmehr eine Zeitung, die im aktuellen Geschehen mit politischer Schärfe Partei ergriff und sich in ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der revolutionären Kämpfe auch durch die finsterere preußische Reaktion nicht im mindesten hindern ließ.

Friedrich Engels schrieb in seinem Artikel „Karl Marx und die ‚Neue Rheinische Zeitung' "*: „Jede Nummer, jedes Extrablatt zeigte hin auf die sich vorbereitende große Schlacht, auf die Zuspitzung der Gegensätze in Frankreich, Italien, Deutschland und Ungarn. Namentlich die Extrablätter vom April und Mai waren ebensoviel Aufrufe an das Volk, sich bereit zu halten zum Losschlagen.

‚Draußen im Reich' wunderte man sich, daß wir das alles so ungeniert in einer preußischen Festung ersten Ranges, gegenüber einer Garnison von 8.000 Mann und angesichts der Hauptwache betrieben; aber von wegen der acht Bajonettgewehre und 250 scharfen Patronen im Redaktionszimmer und der roten Jakobinermützen unserer Setzer galt unser Haus bei den Offizieren ebenfalls für eine Festung, die nicht durch bloßen Handstreich zu nehmen sei".

Erst als die revolutionären Aufstände unterdrückt, die Macht der Reaktion gefestigt war, wagte man es auch, gegen die „Neue Rheinische Zeitung" vorzugehen. Sie verabschiedete sich von den Kölner Arbeitern mit den Worten: „Die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung' danken Euch beim Abschiede für die bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird immer und überall sein: ‚Emanzipation der arbeitenden Klasse!"

*MEW, Bd. 21, Seite 16

Revolverhelden in Uniform

Nach Beendigung seiner Arbeit als Kranwagenführer setzte sich der Arbeiter Ernst K. in seinen PKW, um zu seinem abendlichen Stammtisch zu fahren — es war zur Zeit der Schleyerfahndung. Unterwegs wurde er von einem Polizeiwagen ohne ersichtlichen Grund gestoppt.

Ernst verließ nach entsprechender Aufforderung sein Fahrzeug und sah sich zwei Polizisten gegenüber, von denen ihn einer mit seiner Pistole bedrohte. Ihm schoß der Gedanke an den vor einiger Zeit in dieser Gegend von der Polizei ermordeten Schäfer Schlaudraff durch den Kopf und er forderte den Beamten auf, die Waffe einzustecken: „Mach doch keinen Scheiß und steck das Ding weg!" Dieser ignorierte jedoch die Aufforderung und erlebte bald sein blaues Wunder. Ohne Diskussion schlug der körperlich überlegene Kranführer dem verblüfften Polizisten, der verdächtig nach Alkohol roch, die Waffe aus der Hand, nahm sie an sich und fuhr schleunigst ohne ein weiteres Wort nach Hause. Dort angekommen, verständigte er die nächste Polizeistation mit den Worten: „Eben hielt mich einer Eurer Schauspieler an und bedrohte mich mit seiner Waffe. Ich schlug ihm die Pistole aus der Hand. Ihr könnt sie morgen bei mir oder meiner Frau abholen, und außerdem halte ich nichts von Euch Revolverhelden".

Am nächsten Morgen holte eine Streifenwagenbesatzung die Pistole kleinlaut und ohne Kommentar ab. Wie später bekannt wurde, hatte der nächtliche Revolverheld den Vorfall nicht gemeldet und soll angeblich (wer's glaubt, wird selig) dafür disziplinarisch bestraft worden sein.

Das Gespräch des Abends

„Bild" war dabei. Aber diesmal ging es nicht um Mord und Totschlag oder um den letzten Auftritt von Strauß. Nein, aufsehenerregende Ereignisse hatten sich in Bonn angebahnt. Und „Bild" berichtete unter so sensationellen Schlagzeilen wie „Prinz Philip guckte begeistert in die Luft" oder „Loki erklärte ihr die Bäume". Ihr — der Königin von England. Als Hofberichterstatterin war „Bild"-Chefreporterin Ingrid Gallmeister nach Bonn geeilt. Im hautnahen Kontakt zur Queen konnte sie atemberaubende Meldungen absondern. Zum Beispiel: "Sie trägt nur flache Schuhe."

Sie interessieren sich nicht für das Schuhwerk der Queen? Nun, es gab auch noch andere, glänzendere Höhepunkte. "Die Juwelen der Queen funkelten in märchenhafter Schönheit", meldete „Bild". Kein Wunder, daß diese Juwelen das Gespräch des Abends waren. Und der Leser wird auch mittenhinein versetzt in ein solches Gespräch. Natürlich unterhalten sich da nicht Meier und Krause. Schließlich feiert man Staatsbesuch in Bonn, und da geht es schon etwas erlauchter zu. Da ist zum Beispiel Else Beitz, die Frau des Krupp-Chefs („Sie trug eine dreiteilige Perlenkette."), die staunend ihrem Mann anvertraut: "Das alles gehört der Queen, im Gegensatz zu Kaiserin Farah, die sich die Juwelen aus dem staatlichen Tresor ausleihen muß." Woraus man sieht, daß der Schah doch ein ganz armes Schwein sein muß, wenn er es nötig hat, seine Frau mit Leihgaben zu behängen.

Aber weiter geht es in dem Gespräch des Abends. Da spekuliert einer — wie uns der „Bild"-Hofstab berichtet — darüber, daß man mit dem Schmuck der Queen ja wohl das ganze Schloß Brühl kaufen könnte. Aber dem Mann fährt gleich der Mannesmann-Boß Overbeck in die Parade: "Alle Schlösser Nordrhein-Westfalens könnte sie sich damit leisten."

Man sieht: Diese Herren kennen sich aus mit den Preisen. Ja, sie sind sogar so preisbewußt, daß sie noch nicht einmal Eintritt bezahlen zu diesem Staatsbankett. Den zahlen nämlich für sie Meier, Krause und all die anderen. Und die zahlen gleich auch noch die notwendigen Beigaben: die dreiteiligen Perlenketten, kostbaren Roben und was man eben sonst noch so braucht, wenn man bei der Queen zu Gast ist.

Warum fernsehfreier Tag?

Das erste, was ich dachte, war: Der spinnt doch wohl. Aber als dann unser Kanzler zum zweiten Mal mahnend den Zeigefinger in die Luft stach und mit leicht überhöhter Stimme den fernsehfreien Tag forderte, kam ich doch ins Grübeln. Wenn er so darauf besteht — da muß er sich ja was gedacht haben dabei. Aber auf der anderen Seite: Wenn ich mich mal so ansehe oder meine Kollegen. Also ganz abgesehen davon, daß man sich den meisten Mist, der da über den Bildschirm flimmert, sowieso nicht ansehen kann. Wir machen auch jetzt schon mal so einen fernsehfreien Abend — aber unfreiwillig. Da passiert es nämlich nicht selten, daß einer schon nach der Tagesschau einnickt. Der Scheißakkord, wird dann am nächsten Tag in der Frühstückspause gesagt, die Hetze den ganzen Tag über, die macht einen vollkommen kaputt. Und wenn man dann noch Frühschicht hatte, um halb fünf aufstehen mußte... Aber ich will ja nicht ablenken von diesem Problem, was da unser Kanzler auf den Tisch gepackt hat. Das mit dem „Defizit an Kommunikation". So hat er sich ja ausgedrückt.

Also, wie gesagt, ich bin noch am Grübeln darüber, was der Schmidt wohl gemeint haben kann, da bringt unser Gewerkschaftsvorsitzender, der Vetter, die Erklärung. Das mit dem fernsehfreien Tag, so meint er, das wäre "der altväterliche Ratschlag eines Mannes, der 16 Stunden am Tag arbeitet." Und der Vetter muß es ja wissen. Er ist doch, wie man so sieht, sehr intim mit dem Kanzler. Mir fiel es da wie Schuppen von den Augen. Das Ganze ist ein persönliches Problem von dem Schmidt. Der Mann kann keinen Tatort gucken, keinen Kojak und die ganze WM in Argentinien findet wohl auch ohne ihn statt. Er hat eben einfach keine Zeit für sowas, wo er doch 16 Stunden arbeiten muß. Wahrscheinlich hat der Mann überhaupt nichts vom Leben. Jetzt habe ich immer ein richtig schlechtes Gewissen, wenn ich zu Hause den Apparat anstelle. Wenn ich da sitze und warte, daß der Fischer endlich mal ein Tor schießt, sehe ich immer den Kanzler vor mir, wie er arbeitet und arbeitet.

So ist das nun mal: wir mit unseren acht Stunden, na ja, vielleicht zehn, wenn man die Überstunden noch mitrechnet, und dann die Fahrzeit... Aber egal, wir fordern mehr Geld und sogar die 35-Stunden-Woche, und der Schmidt hat nicht mal Zeit zum Fernsehen. Darauf, glaube ich, wollte der Vetter angesichts unserer Forderungen doch mal hingewiesen haben.

„Katastrophenübung" an Westberliner Krankenhäusern

Korrespondenz. Eine sogenannte „Katastrophenübung" wurde in der vergangenen Woche an Westberliner Krankenhäusern durchgeführt. Alle Chefs waren anwesend, zusätzlich Personal mobilisiert. Tragen waren aufgestellt, Sprechfunkkontakt zur Einsatzleitung hergestellt. Dann kamen mit Martinshorn und Blaulicht die „Patienten", entsprechend geschminkt und aufgemacht. Sie wurden in leichte, schwere und in sofort zu operierende Fälle aufgeteilt.

Ein Arzt berichtet aus seinem Krankenhaus: Wenn nur zwei bis drei wirklich Schwerverletzte dabeigewesen wären, dann wäre das ganze Theater in kürzester Zeit in ein Chaos ausgeartet. So aber ließen die Beteiligten die „Katastrophe" gelassen vorübergehen. Das Krankenhaus Moabit allerdings hat sich wegen der vielen Verletzten im Krankenhaus geweigert, an der Übung teilzunehmen.

Vor der Übung hieß es, sie habe „rein zivilen Charakter", Polizisten würden nicht eingesetzt. Allerdings wurde die Übung dann wegen der Großfahndung auf Till Meyer und seine Befreier abgebrochen, was vermuten läßt, daß doch Polizisten eingesetzt worden waren.

Der wirkliche „Ernstfall" ereignet sich in den Krankenhäusern Westberlins tagtäglich. So werden in der Rettungsstelle Neukölln jeden Tag Verletzte abgewiesen (wegen Überbelegung) und oft bis zu 30 Kilometer durch die Stadt transportiert, bis sie in einem anderen Krankenhaus unterkommen. Für manchen Betroffenen kann das die letzte Fahrt bedeuten. Auf den Stationen: Personalmangel und Arbeitshetze. Trotzdem sollen bis 1990 nach den Plänen des Abgeordnetenhauses in Westberlin 7.000 Betten gestrichen werden. Das ist die wirkliche, die tägliche Katastrophe im Gesundheitswesen!

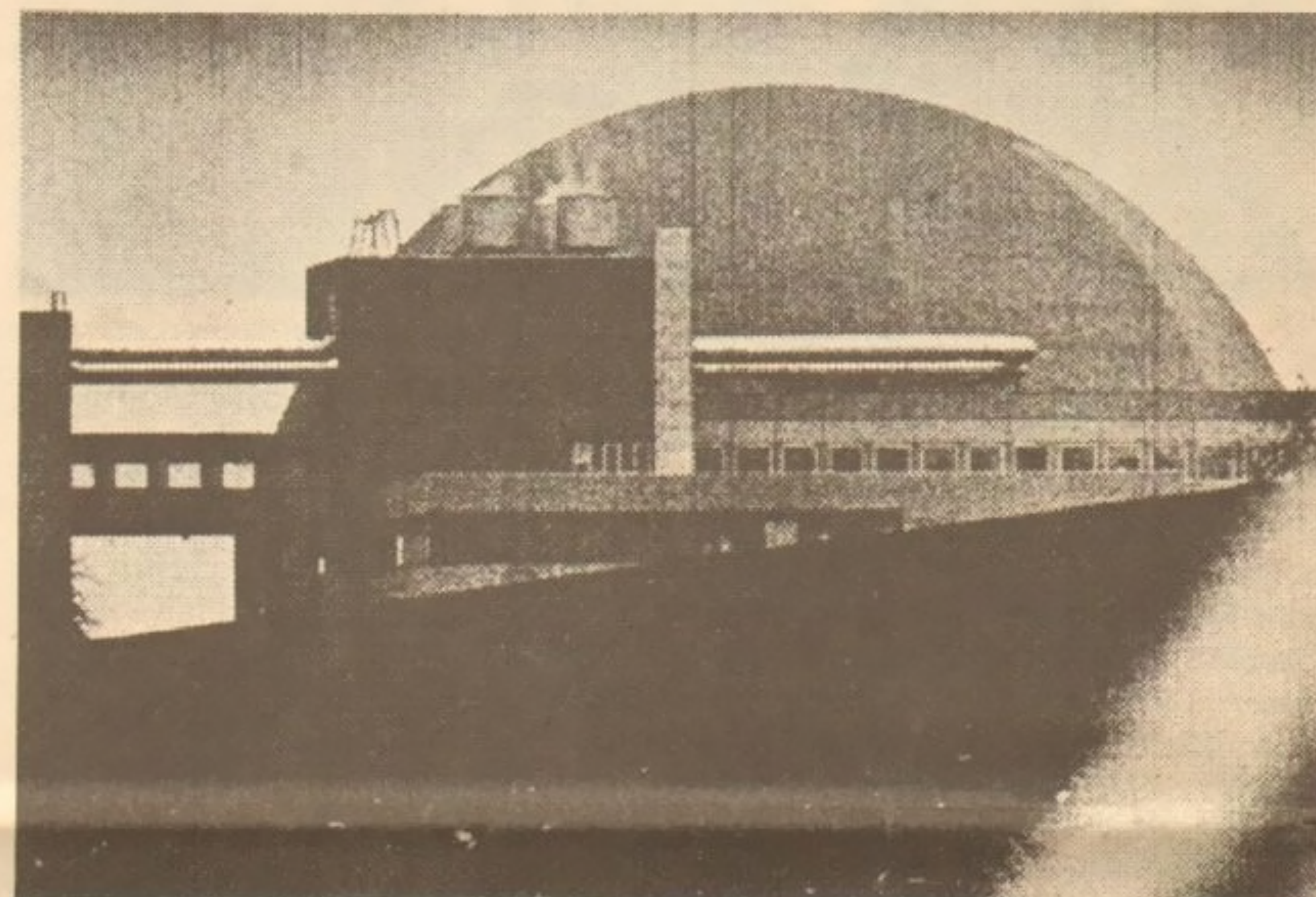
Unwetter-Katastrophe

Alarmstufe 1 im Atomkraftwerk

Die schweren Unwetter der vergangenen Woche brachten Zerstörungen mit sich, deren Ausmaß noch nicht zu übersehen ist. In erster Linie betroffen sind die Werktätigen in den Katastrophengebieten, denen teilweise die gesamte Habe vernichtet wurde. Die Überschwemmungen brachten nicht nur wahrhaft kriminelle Mängel in den Schutzvorrichtungen gegen solche Katastrophen zum Vorschein. Sie zeigten auch wieder einmal, wie es um die angeblich absolute Sicherheit der Atomkraftwerke bestellt ist.

So wurde jetzt bekannt, daß im AKW Obrigheim am Neckar die höchste Alarmstufe ausgelöst werden mußte. Der Grund? Die vom Hochwasser des Flusses mitgeführten Bäume, Tierkadaver usw. hatten die Eingangsfilter der Kühlwasserleitungen verstopft. Das einfache Anschwellen des Neckar hatte also gereicht, um in dieser angeblich störungsfreien Anlage den Alarm auszulösen und den Reaktor zu drosseln.

Und Obrigheim ist kein Einzelfall. Ebenfalls in der letzten Woche wurde bekannt, daß der Speisewasserbehälter beim AKW Biblis B ernstzunehmende Risse aufweist. Das gleiche war bei Biblis A schon vor einem Jahr aufgetreten. Ob Biblis, Stade oder Ohu, die Meldungen über Störungen und Defekte in AKWs häufen sich. Wobei es bezeichnend ist, daß die Mehrzahl dieser Meldungen nicht von den Pressestellen der AKW-Betreiber kommt, sondern von Bürgerinitiativen, die diese Vorfälle durch eigene Nachforschungen aufgedeckt haben. Denn die Herren in den Chefetagen der Energie-Konzerne vertuschen bewußt solche Defekte. Sie erzählen ihre Märchen vom „sicheren Atomkraftwerk" auch dann noch, wenn durch Störungen in der Anlage die Gefahr für die Bevölkerung der Umgebung schon akut geworden ist.



Kernkraftwerk Obrigheim

Bundeswehr auf der Zeche Consolidation



Schnappschuß eines RM-Lesers: Bundeswehr auf der Zeche Consolidation.

„Kein Zutritt", hieß es im April dieses Jahres auf der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen. Stutzig geworden durch dieses Schild und demonstrativ aufgebauten NATO-Stacheldraht, besah sich ein Leser des „Roten Morgen" das Zechengelände genauer — und stellte fest, daß eine Feldjägereinheit auf der Zeche eine Übung durchführte.

Worum es bei solchen Bundeswehrübungen auf Betriebsgelände geht, hatte eine Übung auf der stillgelegten Zeche Pluto in Recklinghausen, die ebenfalls im April stattfand, gezeigt. Dort hatten Iserlohner Feldjäger mit Maschinengewehren und Granaten den Sturm auf ein besetztes Zechengelände — also den Bürgerkrieg gegen Arbeiter — geprobt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!



Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** (Hamborn), Buchladen „Roter Morgen", Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Fr 16.00-18.30 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124 geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Di, Do, Fr, 16.30-18.30

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.